

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Der
planmäßige Untergang
der US-Kolonie
BRD**

Sonderheft Nr. 52



Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

Sonderheft Nr. 52

Klimawandel vom 10.03.2023-04.07.2023

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über den Klimawandel vom 10.03.2023-04.07.2023	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über den Klimawandel vom 10.03.2023-04.07.2023

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 11/23" berichtete am 10. März 2023 (x1.387/...): >>>**Warum die Untergangspanthasien radikaler Klimaaktivisten den grünen Eliten in Davos in die Hände spielen**

Für Demokratie bleibt keine Zeit

Thomas Fazi

Vor kurzem wurde ich von einer Gruppe progressiver Studenten und Akademiker eingeladen, an einer norwegischen Universität einen Vortrag über Demokratie zu halten. Die Erfahrung bestätigte viele meiner Vorbehalte gegenüber der aktuellen Entwicklung der politischen Linken in Europa.

Ich sprach über den zunehmend oligarchischen und autoritären Charakter des westlichen Kapitalismus, insbesondere seit der Pandemie, über die jahrzehntelange Aushöhlung der nationalen Demokratie, den Kampf der Eliten gegen die Arbeiter, über die wachsende Macht von zügellosen und antidemokratischen internationalen und supranationalen Organisationen wie der EU, der WHO und dem WEF und über den gefährlichen Vorstoß der Nato in Richtung Konfrontation mit Rußland. Mit anderen Worten: Ich habe über Themen gesprochen, die Linke und Sozialisten bis vor nicht allzu langer Zeit als äußerst wichtig erachtet haben: Klasse, Demokratie, Imperialismus.

Aber während ich sprach, konnte ich sehen, wie das junge Publikum zunehmend unruhig wurde. Wie private Gespräche mit einigen der Anwesenden später deutlich machten, wurden diese Themen als wenig interessant, wenn nicht sogar als "rechts" angesehen - vor allem, was die Kritik am Pandemiemanagement betraf. Es gab nur ein Thema, das die Studenten zu diskutieren schienen und das auch die meisten anderen Sitzungen der Konferenz in Anspruch nahm: der Klimawandel.

Was könnte Norwegen tun, um das Problem des Klimawandels anzugehen und seinen CO₂-Fußabdruck zu verringern? Was wäre der schnellste Weg für das Land, seine Netto-Null-Ziele zu erreichen? Für viele lag die Antwort auf der Hand: Der Staat muß eine viel aggressivere, proaktivere Rolle bei der Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien übernehmen.

Für viele der Anwesenden stellte die Pandemie in dieser Hinsicht sogar eine positive Blaupau-

se dar, da sie die Macht des Staates demonstrierte, Gesellschaften radikal umzugestalten, wenn er es will. Ich fand diese Ansichten sehr beunruhigend und war noch überraschter, als ich herausfand, daß Norwegens Beitrag zu den weltweiten CO₂-Emissionen ... 0,1 Prozent beträgt. Mit anderen Worten: Was auch immer Norwegen verändert, es macht keinen Unterschied im Vergleich zu den weltweiten CO₂-Emissionen. Als ich das Thema ansprach, schienen die Anwesenden zutiefst beleidigt zu sein. An diesem Punkt wurde mir klar, daß es wahrscheinlich eine gute Idee wäre, das Thema zu wechseln.

Diese Eindrücke bringen die Probleme mit der Besessenheit der heutigen Linken vom Klimawandel sehr gut auf den Punkt. Da wäre zunächst ihr Tunnelblick-Ansatz. Natürlich sollte über den menschengemachten Klimawandel und mögliche Abhilfemaßnahmen diskutiert werden können. Viele sind besorgt über die Umweltzerstörung unseres Planeten, die weit über mögliche Auswirkungen des Klimawandels hinausgeht.

Aber wenn der Fokus auf den Klimawandel auf Kosten aller anderen Probleme geht, dann wird er selbst zum Problem. Wenn der Klimawandel selbst in den Ländern des Westens, die nur wenig zu den globalen Emissionen beitragen, Streitpunkte wie die wirtschaftliche Ungleichheit oder sogar die Aussicht auf einen Atomkrieg in den Schatten stellt, dann wird klar: Jeglicher Sinn für eine vernünftige Perspektive ist der Linken verlorengegangen.

Dies hängt mit einem zweiten Problem zusammen: Die jüngeren Generationen, die die meiste Zeit ihres Lebens in einen Kontext von "Klima-Pessimismus" eingetaucht sind, sind mehr oder weniger bewußt zu der Überzeugung gelangt, daß das Leben auf dem Planeten dem Ende entgegengeht. Dies führt zu allen möglichen kognitiven Verzerrungen. Tausende von jungen Menschen in der westlichen Welt leiden heute unter "Klimaangst".

Laut dem jüngsten UN-Bericht über die menschliche Entwicklung ist die Welt pessimistischer als je zuvor in der modernen Geschichte. Die Anzahl der Depressionen und anderer Formen psychischer Probleme steigt seit Jahrzehnten. Übermäßig negative Wahrnehmungen der Welt und ihrer Zukunft haben stark zugenommen. Und so viel ist sicher: Die ständigen Erzählungen über das Ende des Planeten haben eine ganze Menge damit zu tun.

Durch die Annahme einer apokalyptischen Weltsicht - also der Idee, daß wir entweder noch alles in Ordnung bringen werden oder wir am Arsch sind - ist demnach alles gerechtfertigt, um "den Planeten zu retten", einschließlich aller Arten von autoritären Eingriffen.

Das ist wie Zero Covid auf Steroiden. Wenn doch das Überleben des Planeten auf dem Spiel steht, können wir nicht zulassen, daß die Komplexität demokratischer Debatten und Überlegungen uns daran hindert, das Notwendige zu tun, trichtern uns die "Fridays for Future-Aktivisten" ein.

Schlimmer noch ist, daß sie damit indirekt die Eliten von Davos ermächtigen, die den "Klimanotstand" zu nutzen versuchen, um das zu tun, was sie am besten können: eine Umstrukturierung des kapitalistischen Systems durchzusetzen, die darauf abzielt, unter dem Deckmantel der Rettung des Planeten Kapital und Reichtum in immer weniger Händen zu konzentrieren. Schließlich ist es leicht zu erkennen, wie ihre Appelle, "weniger zu konsumieren", in eine Politik münden können, die schlußendlich darauf abzielt, den Normalbürger ärmer zu machen.

Darüber hinaus stärkt der "Doomerismus" unweigerlich den Kult des Globalismus, der uns propagiert, daß die Herausforderungen, vor denen wir stehen, so tiefgreifend sind, daß sie nur durch supranationales Handeln gelöst werden können. Klimaaktivisten vertreten diesen Standpunkt vielleicht nicht ausdrücklich, aber er ist die unvermeidliche Konsequenz ihrer Logik.

Das ist höchst problematisch, denn es bedeutet eine weitere Isolierung der Politik von der Demokratie, indem der Entscheidungsprozeß von der nationalen und internationalen Ebene, wo die Bürger zumindest theoretisch noch in der Lage sind, einen gewissen Einfluß auf die Politik auszuüben, auf die supranationale Ebene verlagert wird.

Dort entscheiden nicht gewählte, nicht rechenschaftspflichtige "Stakeholder" - hauptsächlich große Konzerne -, die einen massiven Einfluß auf globale Entscheidungen haben, die alles betreffen, von der Energie- und Nahrungsmittelproduktion bis hin zu den Medien oder dem öffentlichen Gesundheitssystem.

Die Folgen davon werden deutlich, wenn wir uns die verschiedenen "Globalen Agenden" ansehen, die von Institutionen wie der Uno, der Weltbank und dem Weltwirtschaftsforum fortlaufend aufgestellt werden. Ideen wie "Sustainable Development Goals" (Ziele für nachhaltige Entwicklung), die in der Agenda 2030 verankert sind, oder auch "Net Zero" (Klimaneutralität) mögen sich auf dem Papier gut anhören. Doch ihre praktische Umsetzung erweist sich als widersprüchlich und trifft deshalb zu Recht auf harten Widerstand.

In den Niederlanden hat der Vorschlag von Ministerpräsident Mark Rutte, die Stickstoffemissionen in der Landwirtschaft drastisch zu reduzieren, massive Proteste unter denen ausgelöst, die dies als Teil eines umfassenderen Plans grüner Eliten sehen, das internationale Lebensmittelsystem neu zu gestalten. Sie verweisen darauf, daß Rutte ein Posterboy und Agenda-Zuträger des Weltwirtschaftsforums ist, der auch zu den vehementesten Befürwortern von "Net Zero" gehört.

Nach Ansicht der protestierenden Landwirte führt dieser Schritt dazu, Kleinbauern aus dem Markt zu drängen, damit sie von multinationalen Agrarriesen aufgekauft werden können. Ähnliche Proteste sind in mehreren Ländern, vor allem in Entwicklungsländern, ausgebrochen, nachdem Institutionen wie das Weltwirtschaftsforum und die Weltbank Druck auf diese Länder ausgeübt haben, die Subventionierung fossiler Brennstoffe einzustellen oder Düngemittel in der Lebensmittelproduktion zu verbieten.

Damit verdeutlicht sich noch ein ganz anderes Problem des Klimaaktivismus: sein Westzentrismus. Unabhängig davon, was wir im Westen tun, gibt es Milliarden von Menschen, die in Ländern wie Indien noch immer in Armut leben, ganz zu schweigen von denen in Afrika. Sie alle streben zu Recht nach den Annehmlichkeiten der Industrialisierung, was in den kommenden Jahren einen kolossalen Anstieg der Energienachfrage verursachen wird.

Bedauerlicherweise werden die Bestrebungen der ärmsten Länder der Welt durch ein pauschales Verbot der Finanzierung der Erschließung fossiler Brennstoffe im Namen der Eindämmung des Klimawandels behindert. Noch unglaublicher ist, daß die meisten Entwicklungsbanken sogar die Kernenergie ausschließen - eine saubere, emissionsfreie Energiequelle. Der Klimawandel wird also als Vorwand genutzt, um Entwicklungsländer in wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Westen zu halten.

Man kann also über den Klimawandel und den Zustand des Planeten besorgt sein, doch man muß zugleich skeptisch gegenüber der Vorstellung bleiben, daß diese Probleme durch technokratische Lösungen von oben nach unten gelöst werden können. Denn die Problemlösungen werden den Nationen durch megareiche, Davos besuchende, Privatjets fliegende, durch Konzerne gestützte, politische Eliten dieser Welt aufgezwungen - den Menschen an der absoluten Spitze der globalen kapitalistischen Machtpyramide.

Und es wäre in der Tat alles andere als abwegig zu behaupten, daß letztere Hintergedanken haben, wenn sie die "grüne Revolution" unterstützen. Das ist das ultimative Paradoxon des radikalen Klimaaktivismus von "Fridays for Future" oder "Extinction Rebellion":

Seine Befürworter geben zwar vor, den Kapitalismus stürzen zu wollen, aber ihre Ideologie stärkt in Wirklichkeit die globalistischen kapitalistischen Eliten, die sie angeblich bekämpfen wollen.

Thomas Fazi, Jahrgang 1982, lebt als freier Journalist in Rom. Er schreibt regelmäßig für die englischsprachigen Magazine "UnHerd" und "Compact". In Deutschland publiziert er beim linken Wirtschaftsmagazin "Makroskop". Im Januar 2023 erschien sein neuestes (und bislang nicht auf deutsch übersetztes) Buch "Der Corona-Konsensus: Der globale Angriff auf die De-

mokratie und die Armen - eine Kritik von links".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 12. März 2023: >>**Der neue Vahrenholt: Faktenhammer gegen Klima-Wahn**

Von *Sven Reuth*

Fritz Vahrenholts neues Buch ist eine grandiose Abrechnung mit einer einseitigen Klimawissenschaft wie auch mit einer geradezu verrückten Energiepolitik, die Deutschland in die Armut führt. ...

Man soll bekanntlich vorsichtig sein mit Superlativen, aber was sich gut zwölf Monaten an den Strommärkten abspielt, kennt keine Parallelen. Ende August 2022 durchbrach der Preis die zuvor für unerreichbar gehaltene Schwelle von 1.000 Euro pro Megawattstunde. Damit hatten die Notierungen gegenüber den vorherigen Normalwerten um 3.000 Prozent zugelegt. Das überstieg sogar noch die Verhältnisse am Gasmarkt, wo sich die Preise in der Spitze verzehnfachten.

Die Deindustrialisierung läuft

Seit dem Spätsommer vergangenen Jahres sind die Preise zwar wieder etwas zurückgekommen. Dennoch sind sie viel zu hoch, als daß Deutschland als Industriestandort noch eine Zukunft haben könnte. Die Meldungen über Betriebsverlagerungen, Standortschließungen und Stellenabbaupläne häufen sich - egal, ob man nach Aachen und Köln zu Ford, nach Ludwigshafen zur BASF oder nach Herzogenaurach zu Schaeffler schaut. Auch die Privathaushalte leiden schwer, viele von ihnen fallen wegen der extremen Energiepreise unter das Existenzminimum.

So kann das auf keinen Fall weitergehen, sagt Fritz Vahrenholt, einer von Deutschlands bekanntesten Energie-Experten. Von 1991 bis 1997 war er Umweltsenator in Hamburg, dann übernahm er im Vorstand der Deutschen Shell den Bereich der Erneuerbaren Energien. Von 2001 bis 2007 leitete er als Vorstandsvorsitzender das Windenergieunternehmen Repower Systems, es folgten weitere vier Jahre als Vorstandsvorsitzender des RWE-Tochterunternehmens RWE Innogy.

Schon seit längerer Zeit übt Vahrenholt in verschiedenen Publikationen sowie in zahlreichen Interviews und Artikeln eine pointierte Kritik an der sogenannten deutschen Energiewende. In seinem neuen Buch "Die große Energiekrise:... und wie wir sie bewältigen können" zeigt der frühere Top-Manager aber auch auf, welchen Weg es aus dieser Mega-Krise noch gibt.

Deutsche Gas-Reserven nutzen

Dabei plädiert Vahrenholt - ganz im Gegensatz zum energiepolitischen Kurs der Ampel-Regierung - für Technologieoffenheit als eine unabdingbare Voraussetzung zur Lösung der Energiekrise. Mit der alleinigen Präferenz für die Erneuerbaren manövrierte sich Deutschland in eine Sackgasse.

Die Ampel und viele selbsternannte Klimaschützer müßten nur ihre Schützengräben verlassen und sich für neue Technologien öffnen, um die Situation zu verbessern. Als Beispiel nennt Vahrenholt die CO₂-Abscheidung und -Einlagerung, aber auch den Neubau von Atomkraftwerken. Gerade die Nukleartechnologie hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nochmals enorm weiterentwickelt, was die Agitation der AKW-Gegner mittlerweile völlig substanzlos werden läßt.

Vahrenholt schlägt außerdem vor, die deutschen Gasreserven zu heben, statt überteuertes US-amerikanisches Fracking-Gas zu importieren.

Verdrängte Zyklen des Klimas

Auch Fracking im eigenen Land sollte kein Tabu sein, denn in Österreich wurde mittlerweile eine umweltschonende Fracking-Methode entwickelt, deren Anwendung in Deutschland und Europa weit besser wäre als der Import des unter teilweise haarsträubend umweltschädlichen Methoden gewonnenen Fracking-Gases aus dem Mittleren Westen der USA. Die Alternative,

die derzeit leider gerade schon tagtäglich zu einer äußerst unschönen Realität wird, ist die schnelle Deindustrialisierung Deutschlands. Wollen wir diesen Preis wirklich zahlen?

In dem neuen Buch Vahrenholts finden sich außerdem wieder zahlreiche Betrachtungen zu bislang noch unzureichend geklärten Klima-Phänomenen, die möglicherweise starken Einfluß auf das Weltklimahaben, die in den meisten Debatten aber skandalös unterbelichtet bleiben. So klärt Vahrenholt seine Leser über das hochinteressante Phänomen der Atlantischen Multi-dekaden-Oszillation auf, die dafür gesorgt haben könnte, daß das Klima von der Mitte der 60er Jahre bis zur Mitte der 80er Jahre sehr viel rauher war als heute. Zur Erinnerung: Damals gab es auch in deutschen Zeitungen ständig Spekulationen darüber, ob bald eine neue Eiszeit beginnen würde.

Fritz Vahrenholt beschließt sein Buch mit 20 Thesen, wie wir aus der Energiekrise herauskommen können. Für jeden, der an Fragen des Klimas wie auch an grundlegenden Fragen unseres Energiesystems interessiert ist, ist es ein großes Lesevergnügen sowie eine wichtige Wissenserweiterung.

Eine falsche Energiepolitik gefährdet die tägliche, sichere Versorgung mit Energie, führt zu Wohlstandseinbußen der privaten Haushalte und vernichtet industrielle Arbeitsplätze, die im internationalen Wettbewerb stehen. Die Antwort auf die drängenden Energiefragen unserer Zeit muß eine technologische Energie-Offensive in Deutschland sein, die alle Alternativen einbezieht, von der Schiefergas-Förderung über die CO₂-freie Nutzung heimischer Braunkohle bis zur Entwicklung einer neuen Generation sichererer Kernkraftwerke. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 13/23" berichtete am 24. März 2023 (x1.387/...): >>Ökonomen haben das Rechnen verlernt und die Wissenschaft verraten

Der Berliner Klima-Hammer

Reiner Osbild

Als ob CO₂-Preis, Inflation, Grundsteuerreform, Wärmepumpen- und EU-Sanierungszwang nicht schon Schock genug wären: Jetzt kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW aktuell 87/23) mit einer neuen Idee um die Ecke. Mit einer Steigerung der jährlichen Sanierungsrate von einem auf vier Prozent des Gebäudebestandes seien die energetischen Maßnahmen in 25 Jahren abgeschlossen.

Keine Erwähnung findet, daß die deutsche Gebäudewirtschaft mit 112 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten nur 0,23 Prozent zu den Weltmissionen beiträgt. Was aber müßte für deren "Beseitigung" aufgewendet werden? Würden jährlich vier Prozent der 43 Millionen Wohneinheiten saniert, entstünde bei Durchschnittskosten von 40.000 Euro ein Aufwand von 69 Milliarden Euro pro Jahr; zusammen wären es 1,7 Billionen Euro. Auch der subventionierte Teil dieser Ausgaben muß vom Steuerzahler finanziert werden - oder über weitere Schulden kommenden Generationen aufgehalst werden.

Aufwand und Ertrag stehen in keinem vernünftigen Verhältnis. Eine CO₂-Reduktion in dieser mikroskopischen Dimension wäre global kaum fühl- und meßbar, zumal andere Einflußfaktoren diese Einsparung locker konterkarieren. Das Weltklima ist ein öffentliches Gut. China, die USA und Indien sind zusammen für über die Hälfte der Emissionen verantwortlich - und wenn die nicht mitziehen, könnte ganz Deutschland sich versenken: der Erdatmosphäre wäre es egal. Wird die vermehrte Produktion und der Transport von Baumaterialien auch nur ansatzweise in Erwägung gezogen?

Brauchen wir planwirtschaftliche Vorgaben, wenn doch der gestiegene Gaspreis allein schon das marktwirtschaftliche Signal liefert, Sanierungen in Angriff zu nehmen - aber dort, wo sie sich lohnen. Und ob sich angesichts steigender Insolvenzen, ausufernder Abgaben und Auflagen, fehlender Firmennachfolger und geburtenschwacher Jahrgänge genügend Fachpersonal herbeisubventionieren läßt, ist fraglich.

Die DIW-Klimaschutzmaßnahmen sind nur dann sinnvoll, wenn die 1,7 Billionen Euro nicht

anderweitig besser verwendet werden könnten, wenn man also die Opportunitätskosten in Betracht zöge. Wären eine bessere Gesundheits- und Infrastruktur in ärmeren Ländern, höhere Deiche, Investitionen in die Landwirtschaft nicht die bessere Verwendung? Die Berliner DIW-Ökonomen messen den Erfolg an der Erfüllung des 25-Jahres-Plans - dafür hätten wir eine gigantische Wohlstandsvernichtung hierzulande, das Scheitern von zigtausend Lebensplänen, die Zerstörung der Altersvorsorge vieler Menschen und Notverkäufe an allen Ecken und Enden: eine klima-sozialistische Enteignung.

Daß das DIW diese massiven finanz- und ordnungspolitischen Dimensionen nicht benennt, daß es die Aushöhlung des Privateigentums für das Erreichen von "Klimazielen" übersieht, daß es planwirtschaftlichen Zielvorgaben unkritisch das Wort redet, das zeigt nur eins: Sie sind Handlanger ihrer Geldgeber - des Bundes und des Landes Berlin. Beide wollen die Bürger durch Klimaschutzgesetze aus ihren Wohnungen und Häusern drängen - wenn sie nicht zahlen können. Dabei leistet das DIW der Wissenschaft einen Bärenienst. Statt sich mit der Frage "Wer soll das bezahlen?" zu befassen, handelt man getreu dem Motto: "Wes Brot ich eß, des Lied ich sing".

Prof. Dr. Reiner Osbild ist Ökonom und Ordinarius an der Hochschule Emden/Leer.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 13/23" berichtete am 24. März 2023 (x1.387/...): >>**Vernunft und Augenmaß fehlen**

Der SPD-Politiker Fritz Vahrenholt kritisiert die von Gesinnungsethik dominierte Klimapolitik in Deutschland und hält die übereilte Energiewende für einen Fehler

Fritz Söllner

Fritz Vahrenholt analysiert in diesem Buch die Hintergründe und Ursachen der aktuellen Energiekrise und präsentiert Vorschläge für deren Lösung. "Die große Energiekrise" kann als Ergänzung des 2020 erschienenen und gemeinsam mit Sebastian Lüning verfaßten Werks "Unerwünschte Wahrheiten" angesehen werden.

Während letzteres die Ursachen und Folgen des Klimawandels thematisiert und die herrschende Meinung in der Klimawissenschaft kritisch hinterfragt, geht es bei dem vorliegenden Buch um die konkreten wirtschaftlichen Folgen der einseitig an diesen angeblichen klimawissenschaftlichen Fakten ausgerichteten Energiepolitik.

In gewohnt anschaulicher, gut verständlicher, aber dabei sachlich fundierter Manier rechnet Vahrenholt mit der deutschen Klimapolitik ab. Er weist zu Recht darauf hin, daß die aktuellen Probleme mitnichten ausschließlich Putin und dem Ukrainekrieg angelastet werden können. Dieser Krieg war nur der Auslöser, nicht die Ursache der Energiekrise. Deren eigentliche Ursache liegt vielmehr in einer ideologisch motivierten, technikfeindlichen und jede ökonomische Rationalität ignorierenden Energiepolitik.

Diese brachte unter anderem eine Vernachlässigung von Investitionen in fossile Energien, die übereilten Ausstiege aus Kernenergie und Kohleenergie sowie die Verteufelung der Schiefergasförderung und von Technologien wie der Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid mit sich. Alles wurde und wird auf die Karte der erneuerbaren Energien gesetzt, obwohl diese nicht grundlasttauglich sind und deshalb zur Netzstabilisierung und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit konventionelle Kraftwerke bereitgehalten werden müssen.

Diese doppelte Energieinfrastruktur ist der Hauptgrund dafür, daß die deutschen Strompreise die weltweit höchsten sind (und zwar nicht erst seit dem Ukraine-Krieg). In dem Maße, wie durch Kohle- und Kernkraftausstieg diese Kraftwerksreserven nicht mehr zur Verfügung stehen, drohen zunehmend Stromrationierungen und Stromausfälle.

Beides zusammen - die hohen Kosten und die mangelnde Versorgungssicherheit - werden über kurz oder lang zur Abwanderung wichtiger Industrien und zu großen Wohlstands- und Arbeitsplatzverlusten führen. Denn die Probleme der erneuerbaren Energien werden sich auch durch den vielbeschworenen Einsatz von Wasserstoff als Energiespeicher nicht lösen lassen.

Die diesbezüglichen Hoffnungen werden sich schnell als Illusionen erweisen und an der harten Realität exorbitanter Kosten, großer Wirkungsgradverluste und mangelnder großtechnischer Eignung scheitern.

Vahrenholt lehnt erneuerbare Energien keineswegs grundsätzlich ab. Er sieht diese als sinnvollen und wichtigen Baustein der Energieversorgung, hält diese aber aus guten Gründen für ungeeignet, die gesamte oder auch nur den Großteil der Energieversorgung zu gewährleisten. Auch bezweifelt er weder die Realität des Klimawandels noch, daß die anthropogenen Treibhausgasemissionen eine Ursache desselben sind und hält deshalb eine Reduktion dieser Emissionen für geboten.

In diesem Zusammenhang hat es Vahrenholt leider unterlassen, auf den geringen Anteil hinzuweisen, den Deutschland bzw. die EU an den globalen Treibhausgasemissionen hat (1,5 Prozent bzw. 6,8 Prozent im Jahr 2021). Ohne eine international koordinierte Klimapolitik, die es bis heute nicht gibt, haben deshalb alle noch so gutgemeinten und noch so teuren Klimaschutzanstrengungen in Deutschland und der EU praktisch keinen klimapolitischen Nutzen - was die aktuelle Energiepolitik ohnehin, und ganz abgesehen von den von Vahrenholt herausgearbeiteten Problemen, ad absurdum führt.

Nicht zuletzt deshalb ist Vahrenholt zuzustimmen, wenn er für eine Energie- und Klimapolitik mit Augenmaß und Vernunft plädiert. Die ausschließliche Fixierung der Energiepolitik auf den Klimaschutz müsse beendet werden, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit dürften nicht länger vernachlässigt werden, und Technik und Wissenschaft dürften nicht länger ideologisch motivierten Tabus unterliegen, wenn Deutschland ein führendes Industrieland bleiben wolle.

Wie eine solche Energiepolitik konkret aussehen müßte, zeigt Vahrenholt im letzten Kapitel seines Buches, in dem er "20 notwendige Schritte auf dem Weg aus der Großen Energiekrise" präsentiert. Zu diesen gehören die Reaktivierung von Kern- und Kohleenergie, die Intensivierung der Fusionsforschung, die Förderung von Schiefergas im Inland und die Rücknahme der Verbote von Verbrennungsmotoren und Öl- bzw. Gasheizungen.

Vahrenholt führt dem Leser eindringlich vor Augen, wie irrational die aktuelle Energiepolitik ist und welche katastrophalen Folgen diese für unser Land und unseren Wohlstand haben wird. Nicht ohne Grund hat das Wall Street Journal die deutsche Energiepolitik als "die dümmste Energiepolitik der Welt" bezeichnet.

Diese Energiepolitik ist aber leider nur ein Beispiel für die Dominanz der Gesinnungsethik in der deutschen Politik. Moral und gute Absichten zählen mehr als Vernunft und Fakten. Für eine verantwortungsethische Wende ist es allerhöchste Zeit - vor allem, aber bei weitem nicht nur, in der Energiepolitik.

Fritz Vahrenholt: Die große Energiekrise ... und wie wir sie bewältigen können. Verlag Langen-Müller, München 2023, ... 208 Seiten ... <<

[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/25585" berichtete am 30. März 2023 \(x1.253/...\): >>>Der Wolf ist nicht wählerisch: Heute ein Hund - morgen unsere Kinder?](https://www.klagemauer.tv/25585)

Kürzlich wurde in der Oberlausitz eine entlaufene Collie-Hündin von ihrem Besitzer tot aufgefunden - ihr Kadaver war teils aufgeessen, sehr wahrscheinlich von Wölfen. Vier Wochen vorher verfolgten in Niedersachsen 3 Wölfe eine Radfahrerin auf dem Weg zur Arbeit. Besteht durch die wieder angesiedelten Raubtiere nicht eine offensichtliche (Lebens-) Gefahr für Menschen, insbesondere Kinder? ...

Für viele Menschen aus der Stadt ist die "Wiederkehr des Wolfes" gleichbedeutend mit "der Wiederkehr der Natur". Deshalb begrüßen und akzeptieren viele den Wolf im europäischen Raum.

Der französische Filmemacher und Ziegenbauer Bruno Lecomte, der eine umfassende Dokumentation "Über die schwerwiegenden Folgen der Rückkehr des Wolfes in Frankreich" dreh-

te, ist jedoch überzeugt: "Die meisten Leute kennen die Zusammenhänge über den Wolf nicht - sie sind falsch informiert und haben die wirklichen Folgen einer Wolfspräsenz vergessen".

...

Die Weidetierhaltung fördert in großem Umfang die biologische Vielfalt in unserer Natur. So werden z.B. Schafe zur Pflege von Biotopen eingesetzt. Weideland ist vor Erosion und Verbuschung geschützt, Grasnarbe und Bodenleben bleiben intakt. Die Vielfalt an Blumen und Pflanzen bietet zudem zahlreichen Tieren Lebensraum, wie Schmetterlingen, Insekten oder bodenbrütenden Vögeln. Mit ihrem Kot verbreiten Weidetiere Pflanzensamen und tragen so zum Erhalt seltener Arten bei. Nun ist die biologische Vielfalt auch das Hauptargument für die Wiederansiedlung und den strengen Schutz der Wölfe.

Durch die Zunahme von Wolfsattacken entstehen allerdings so hohe Verluste bei den Weidetieren, daß sich immer mehr Halter zur Aufgabe ihrer Herden gezwungen sehen. Damit schadet der Wolf der Vielfalt in der Natur nicht nur, er bringt auch keinen erkennbaren Nutzen. Vom Wolfskompetenzzentrum wird den Tierhaltern oft vorgeworfen, daß sie ihre Tiere ungenügend schützen. Doch die dafür aufgestellten Schutzmaßnahmen stellen in der Praxis keine ausreichenden Hindernisse für die Wölfe dar.

Die Kombination aus Elektrozaun und Schutzhund ist z.B. eine weit verbreitete Maßnahme zum Schutz von Tierherden vor dem Wolf. So sollen etwa Elektrozäune laut der deutschen Beratungsstelle zum Thema Wolf 120 cm hoch sein. Doch im September 2017 übersprang eine Wölfin in einem Wildpark in Deutschland einen 270 cm hohen Elektrozaun. Dazu zeigen langjährige Erfahrungen aus Frankreich: 90 % der Schafe werden in Herden gerissen, die zuvor mit mindestens zwei Herdenschutzmaßnahmen geschützt wurden.

Der Ökologe Laurent Garde, Experte für Tierhaltung mit Weidewirtschaft, war viele Jahre im Auftrag des französischen Umweltministeriums öffentlicher Ansprechpartner in Sachen Herdenschutz. Sein erschreckendes

Resümee aus der Praxis lautet: "Der Wolf reagiert auf die Schutzmaßnahmen wie Laborratten im Labyrinth. Man hat ihm während Jahren beigebracht, die Hindernisse zu umgehen, um an die Belohnung zu gelangen. Und das ist gravierend! Weil man eine Art "biologisches Monster" kreierte hat, welches nichts mehr mit einem Wolf zu tun hat, der in der Wildnis lebt. Es gibt auch noch andere Berichte davon, wie gefährlich es wird, wenn Wölfe sich an uns Menschen gewöhnen.

Der 80-jährige kanadische Wildlife-Biologe Professor Valerius Geist war jahrelang der Meinung, Wölfe seien scheue Tiere. Dies sah er widerlegt, als in seinem Dorf in Kanada ein Wolfsrudel ihr Territorium einrichtete. Ausgehend von seiner eigenen Erfahrung und aufgrund anderer, ähnlicher Berichte beschreibt der Professor in sieben Stufen das Verhalten der Wölfe in Nähe menschlicher Siedlungsgebiete. Wölfe lernen durch ständige Beobachtung.

Die Tiere erkunden ein neues Gebiet am Anfang scheu, doch mit zunehmender Annäherung verlieren sie die Angst vor dem Menschen. Wölfe nehmen die Menschen dann nicht mehr als Bedrohung wahr.

Die erschütternde Schlußfolgerung des Professors lautet: "Wir wissen jetzt und wir wissen es seit Jahrhunderten, daß freie Wölfe, die Futter brauchen und dabei sind, sich an Menschen zu gewöhnen, schließlich beginnen werden, die Menschen als alternative Beute zu erkunden."

Schauen wir uns diese Stufen des Wolfverhaltens in Menschnähe nach Prof. Valerius Geist genauer an.

Die Sieben Stufen des Wolfverhaltens in Menschnähe

1. Scheue nächtliche Nahrungssuche auf Müllplätzen
2. Nächtliche Streifzüge in Dorfnähe
3. Streifzüge auch am Tage in der Nähe von Siedlungen/Beobachtung der Menschen aus sicherer Distanz

4. Angriff von Schafen, Hunden und kleineren Haustieren auch am Tage - selbst in der Nähe von Wohnhäusern

5. Erkundung und Verfolgung von Großvieh und Reitern. Es kommt vor, daß Reiter eingekreist werden oder Wölfe Hausbewohner durch bodennahe Fenster beobachten

6. Zahm erscheinende Wölfe begeben sich in unmittelbare Nähe von Menschen. Es kann vorkommen, daß sie vorsichtig an Armen und Beinen zupfen. Dabei handelt sich um unsichere, fast spielerische Annäherungen. Die Tiere ziehen sich bei Gegenwehr jedoch noch zurück. Die Wölfe, beginnen im Menschen eine Beute zu erkennen.

7. Wölfe haben ihre Scheu endgültig verloren. Es kann zu Angriffen auf Menschen kommen, die anfangs noch ungeschickt sind.

Anhand folgender alarmierender Zeugenaussagen aus Niedersachsen sehen wir, daß diese sechste Stufe in unserem Land bereits erreicht ist.

Mitte 2016 bewegt sich ein Wolf zielgerichtet und ohne Scheu an einer Straße auf eine Sportlerin zu. Ein Landwirt mit Traktor half der Frau.

Im Winter 2016 bemerkte ein Jogger zwei sich annähernde Wölfe zuerst nicht, da er Kopfhörer trug. Er spürte ein Knabbern an seiner Hand. In Panik begann er zu schreien und vertrieb die Tiere mit Tritten und Ästen.

Im Februar gab es einen Vorfall, wo ein Wolf einem kleinen Jungen seinen Hund durch Knurren und Ducken zum Sprung streitig machen wollte. Durch das Beherzte Eingreifen der Großmutter konnte hier Schlimmeres verhindert werden. Allerdings war das Kind lange Zeit traumatisiert, von Alpträumen geplagt und wollte nicht mehr zur Schule gehen.

Im Februar 2018 lief ein Wolf am Tage mitten durch den Ort an einem Kindergarten vorbei. Diese wenigen Beispiele zeigen doch überdeutlich, daß Verharmlosung und Verschweigen der Gefahren durch den Wolf unverantwortlich sind.

Wer zum Beispiel einen Wildpark besucht, erkennt die Gehege der Wölfe an extrem hohen und stabilen Metallzäunen, die mehrfach mit elektrischen Drähten gesichert sind. Vorhandene Scheinwerfer sowie Zugangsschleusen für Personen und Fahrzeuge erinnern stark an Bilder von Hochsicherheitsgefängnissen. Wenn sich freilebende Wölfe allerdings in Maisfeldern neben Wohnhäuser niederlassen, brauchen sich Eltern laut Naturschutzorganisationen um ihre im Garten spielenden Kinder keine Sorgen machen ...

Es ist kein Wunder, daß schon jetzt viele Menschen Angst haben, in den Wald zu gehen. Diese Realität bringt kla.tv-Gründer Ivo Sasek wie folgt zum Ausdruck: "Warum regt sich keine Staatsanwaltschaft und keine Justiz, um ein offensichtlich daher rollendes menschliches Blutbad im Ansatz zu wehren? Sind sie gar Teil von diesen Drahtziehern?"

Schauen wir einmal zurück in die Vergangenheit: Wie war es damals, als die Wölfe in Europa mehr verbreitet waren? Es kommt nicht von ungefähr, daß das Märchen vom "Rotkäppchen" in Frankreich entstand. Bis ins 19. Jahrhundert galt der Wolf hier als große Gefahr. Er attackierte alle Nutztierarten wie Rinder, Schafe und Pferde, und machte auch vor Menschen nicht Halt. Heute gibt es die Tendenz, diese Tatsachen zu verdrängen. Viele Historiker entlarven das Märchen vom lieben Wolf.

So fand der Historiker Jean Marc Moriceau anhand von Aufzeichnungen in Archiven heraus, daß es in Frankreich vom Ende des Mittelalters bis Anfang des 19. Jahrhunderts jährlich bis zu 240 menschliche Todesopfer und ca. 400 Verwundete durch Wolfsattacken gab. Die Dunkelziffer ist wohl weit höher. Angesichts dieser historischen Tatsache erscheinen die heutigen Beruhigungssätze der Umweltverbände in einem neuen Licht, wie z.B.:

"Wölfe brauchen keine Wildnis und leben mit uns in der Kulturlandschaft. Daher ist eine Wolfssichtung in der Nähe von Siedlungen an sich nichts Ungewöhnliches." Wer hat ein Interesse daran, die Gefahren für die Bevölkerung so zu verschweigen?

Auch von Rußland gibt es schwerwiegende historische Fakten zu berichten: Dort wurden zu

Beginn des 2. Weltkrieges alle gesunden Männer aus den Dörfern an die Front einberufen. Gleichzeitig wurden alle Jagdwaffen konfisziert mit der Folge, daß Frauen, Kinder und alte Menschen völlig wehrlos zurückblieben. Darauf reagierten die Wölfe sehr schnell, was schwere Beutezüge auf Vieh und eine Welle tödlicher Attacken auf die Dorfbewohner, vorrangig auf Kinder, zur Folge hatte.

Derartige Zeugenberichte über tödliche Wolfsattacken wurden nicht nur von der damaligen russischen Regierung zensiert, auch die heutigen westlichen Verantwortlichen scheinen alles dafür zu tun, daß die Bevölkerung nichts von derartigen Übergriffen durch Wölfe erfährt.

Gegenwärtig gibt es zudem noch eine weitere, verschwiegene Gefahr durch Wölfe. Nämlich die Hybridisierung. Das unabhängige deutsche Labor "For Gen" untersuchte Schafrisse. Die Proben ergaben ein DNA-Profil, das als Täter sog. Wolfs-Hybriden, in diesem Fall eine Mischung aus kanadischem (!) Timberwolf und Hund ausmachte. Auch in Frankreich wurden unter fünfzig Reißproben als Verursacher etliche Wolfshybriden gefunden, die alle von derselben (!) Hunderasse stammten.

Diese offensichtlichen Hinweise auf gezielte Züchtung und Ansiedelung künstlich vermehrter Wolfshybriden wurden von einem weiteren unabhängigen Labor bestätigt, was von staatlicher Stelle jedoch vehement geleugnet wird. Noch mehr Brisanz erhält das Ganze durch folgenden Fakt aus der Geschichte:

Während des Kalten Krieges wurden Kreuzungen aus Hund und Wolf zu militärischen Zwecken gezüchtet, weil sie extrem leise, überdurchschnittlich intelligent und aggressiver sind sowie weniger Scheu vor Menschen haben. Doch gerade im Krieg haben Soldaten im Angesicht der übermächtigen Gefahr einen wunderbaren Sieg erlebt.

Die New York Times berichtete, daß während des Ersten Weltkrieges zahlreiche Wölfe die Soldaten an der Front in Polen und im Baltikum über Wochen angegriffen haben. Die Lage wurde so unerträglich,

daß der deutsche und der russische Kommandant Waffenstillstand vereinbart haben. Die eigentlich feindlichen Truppen der beiden Seiten haben dann mit Erfolg die Wölfe bekämpft. Diese Begebenheit zeigt, daß widernatürliche Mächte sich nur vereint bezwingen lassen - vereint, trotz äußerster Gegensätze.

Aktuell spaltet die Wolfsproblematik aber die Bevölkerung in Stadt und Land. Viele verstehen z.B. nicht, warum der Wolf derartig unter Schutz gestellt wird - ist er doch keinesfalls ein vom Aussterben bedrohtes Tier. Durch die Weiten Kanadas und Alaskas streifen zwischen 58 000 bis 70.000 Wölfe. Für Rußland werden Zahlen von 25.000 - 50.000 genannt. Obwohl in Kanada und Alaska jährlich rund 3000 Exemplare erlegt werden, wird dadurch der Gesamtbestand der Wölfe nicht gefährdet.

Nachfolgendes Statement von Dipl. Politologe Frank N. Möller fällt auf Grund dessen folgendermaßen aus:

"Wie sich heute abzeichnet, sind Wölfe in einem dicht besiedelten Land, dessen Verfassung auf Menschenrechten und sozialstaatlicher Verantwortung beruht, nicht begründbar. Von den Entscheidungsträgern ist daher zu verlangen, daß sie sich dafür einsetzen, was nach allgemeinen Maßstäben eigentlich keines besonderen Anstoßes bedürfte: Die Wölfe sind vollständig aus der Landschaft zu entfernen, ihre staatlich mit hohem Verwaltungsaufwand betriebene Tolerierung ist umgehend zu beenden und zwar bevor hierzulande der erste Mensch durch Wölfe zu Schaden oder gar zu Tode kommt." <<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 14/23" berichtete am 31. März 2023 (x1.387/...): >>> **Von oben bevormundet**

Nur noch Verbote: Wie Europäische Union und Ampel-Regierung die Bürger mit grünen Vorschriften drangsaliieren

Holger Douglas

Die Heizung soll weg - das Auto soll weg - auf Fleisch, Öl und Gas soll verzichtet werden: die grüne Verbotsliste wird immer länger und betrifft mittlerweile nahezu jeden Lebensbereich der Deutschen. Die Öko-Utopisten sehnen sich nichts sehnlicher herbei als endlich ein Staatsgebilde umfassend zu transformieren, ohne daß sich der Bürger dagegen wehrt.

Diejenigen, die sich nicht um schnöde Erwerbsarbeit in der Privatwirtschaft kümmern müssen, können mit einer Verlängerung der Verbotsliste trefflich ihre Tage ausfüllen. Da sie wesentliche Schaltstellen des Staates gekapert haben, können sie entsprechende Hebel stellen, und der Apparat funktioniert weiter - noch.

Denn die Widersprüche zur Realität werden immer größer. Elektroautos entpuppen sich als Ladenhüter, sobald Subventionen wegfallen. Die Menschen kaufen wider alle politischen Direktiven Autos, mit denen sie preisgünstig hinreichend weite Strecken fahren können. Laut einer aktuellen Forsa-Umfrage wollen 40 Prozent einen Benziner oder Diesel kaufen, nur 16 Prozent ein Elektroauto.

Es sind zwei Welten, die aufeinanderprallen, mehr Gegensatz geht eigentlich nicht. Der Bürger, der sich einreden lassen muß, seine Glühlampen für den Klimaschutz wegzuworfen, Staubsauger mit minderer Saugleistung zu kaufen und keine regenstabilen Plastiktüten mehr verwenden zu dürfen, und die grünen Eliten, die der Bevölkerung ihren Irrsinn aufzwingen wollen.

Doch in Berlin zeigt das Ergebnis des Volksentscheids über die Klimaneutralität der Stadt bis 2030, daß den Einschränkungen im Namen des heiligen Klimas auch Grenzen gesetzt sind. Die Initiative verfehlte das nötige Quorum deutlich, dabei gab es nicht einmal eine wirkliche Gegenkampagne.

Die hohe Zahl von 423.418 Nein-Stimmen gegen 442.210 Ja-Stimmen erstaunte, schließlich handelt es sich bei der Hauptstadt um die vermeintliche Hochburg der linksgrünen Bewegung. Trotz üppiger Finanzierung durch US-amerikanische Millionäre sowie der Unterstützung durch die dauerwerbende Medien- und Kulturlandschaft muß eine solche Kampagne eben nicht automatisch erfolgreich sein. Die grüne Trompete reichte gerade einmal bis an die Grenzen der Innenbezirke Berlins.

Dabei hätte die Begleitpropaganda nicht günstiger sein können. Kurz vor der Abstimmung schmetterte der Weltklimarat IPCC seine jüngsten Alarmmeldungen über Kippunkte, schmelzende Polkappen, Hitzerekorde und andere Untergangsszenarien hinaus. Doch die verfangen ebensowenig wie früher Bußpredigten des Pfarrers in der Dorfkirche.

Die nächste Frage für einen Volksentscheid müßte jetzt sein: Wer will eigentlich das festgelegte Klimaziel, laut dem Deutschland bis spätestens 2045 einen angeblich klimaneutralen Zustand erreichen soll? Kommt es zu einer direkten Befragung, siegt eher die Realität. Kein Wunder: Neben dem Heizungsverbot der Ampel-Regierung kommt nun auch noch eine Sanierungspflicht aus Brüssel auf viele Immobilienbesitzer und indirekt auch Mieter zu.

In Deutschland könnten mehr als sieben Millionen Eigenheime davon betroffen sein, hinzu kämen rund 7,2 Millionen Wohnungen, erklärt der Verband "Haus & Grund". Die deutsche Förderbank KfW prognostiziert Gesamtkosten von 254 Milliarden Euro. Absurde Zahlen fernab jeder Realität, die das Wahnbild deutlich machen.

Eigentlich eine Verrücktheit sondergleichen, daß fürstlich bezahlte Planungsstäbe, Staatssekretäre und EU-Minister solche Pläne schmieden, von denen bereits völlig klar ist, daß sie niemals realisiert werden können. Größer kann der Widerspruch zum normalen Volk kaum sein: hier die große Mehrheit - dort kleine Trupps, die davon leben, auch die absurdesten Vorschläge in die Welt zu posaunen.

Heute steht eine brachiale Medienmacht auf der Seite der Guten, die auch noch die absurdesten Anwendungen unterwürfig verbreitet. Auch die Führungsspitzen der großen Konzerne schwenken auf Linie ein und befeuern den Prozeß selbst durch die Einführung von grünen

Klimazielen.

Die meisten Bürger sind diesem Ansturm scheinbar schutzlos ausgeliefert. Nicht wenige sind der Furcht einer Klimakatastrophe anheimgefallen und hängen in einem Gedankengebäude fest, laut dem sich das Klima wie mit einem Thermostat an der Heizung hinauf- und hinunterschrauben läßt. Also müsse eben eine rigide Politik her. Demonstrationen dagegen gibt es kaum. Jahrelanges Trommelfeuer hat die Bevölkerung auf den Untergang eingestimmt.

Beim Streit um das Verbrenner-Aus ab 2035 durch die EU präsentiert uns FDP-Verkehrsminister Volker Wissing nun die nächste Mogelpackung. Auch nach 2035 sollen Autos mit Verbrennungsmotoren zugelassen werden können, bejubelt er den beschlossenen Kompromiß mit der EU-Kommission. Das gilt aber nur, wenn sie ausschließlich mit CO₂-neutralen synthetischen Kraftstoffen, sogenannten E-Fuels, betankt werden.

"Technologieoffen", wie er behauptet, ist dies nicht. Widerspruch zu den CO₂-Zertifikaten gibt es ohnehin kaum, obwohl die dem Bürger pro Jahr mittlerweile mehr als 33 Milliarden Euro unter dem Deckmantel des Klimaschutzes aus der Tasche ziehen. Die Zertifikate sind seit dem mittelalterlichen Ablaßhandel das gerissenste Mittel, um Menschen auszuplündern. Mit dem Ablaßgeld erschuf die Kirche wenigstens ein Kulturgut wie den Petersdom, die Zertifikate hinterlassen lediglich Windmühlruinen in der Landschaft.

Sinistre Bewegungen gab es zwar schon immer, okkultistische, technikfeindliche Maschinenstürmer. Sie verschwanden jedoch meist recht schnell, bevor ein Staatsgebilde an den Rand der Existenzfähigkeit gerät. Ihnen fehlte der wirksame Hebel, größeren Einfluß zu bekommen. Der steht heute mit Massenmedien und Internet zur Verfügung. Die Klima-Bewegungen verstehen es, diese Mittel für sich zu nutzen.

Das Bürgertum wirkt aufgrund des Dauerbeschusses mit Unsinn erschöpft. Landwirte, Handwerker und Mittelstand werden mit Verwaltungsvorschriften traktiert, daß sie kaum noch atmen können. Eine wildgewordene Gesetzgebungsmaschine pumpt Verbote im Takt eines Schnellfeuergewehres hinaus. Es hilft eigentlich nur: ignorieren. Denn deren Halbwertszeit wird - je überdrehter - immer geringer.

Und so zeigt nicht nur das Beispiel Berlin: Zu all dem gibt es noch immer Widerstand. Vielen Jugendlichen, die mit ihrer Handarbeit noch etwas bewerkstelligen müssen und die noch einen Eindruck von Größenordnungen, Gewicht, Masse und Energie haben, sind grüne Gedanken zunehmend fremd. Dies wird sich verstärken. Und zum Troste: Die Deutschen waren immer gut im Wiederaufbau.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 14/23" berichtete am 31. März 2023 (x1.387/...): >>>Die Macht der grünen Billionen

Blackrock: Wie der weltgrößte Vermögensverwalter seinen Einfluß spielen läßt und über woke Investment-Kriterien Unternehmen unter Druck setzt

Björn Harms

Der politische Druck auf Blackrock-Chef Larry Fink nimmt seit Jahren zu. Immer wieder häufen sich die Vorwürfe gegen ihn und den weltgrößten Vermögensverwalter mit Sitz in New York City. Alles dreht sich um die Frage: Inwieweit zwingt Blackrock andere Unternehmen und Einzelaktionäre, sich einer woken Agenda aus Nachhaltigkeitsträumen und Diversitätsversprechen anzuschließen? Kern der Debatte ist dabei das Thema ESG.

Fast jedes größere Unternehmen gibt heutzutage auf seiner Homepage an, sich an den Versprechungen der heiligen drei Buchstaben zu orientieren. ESG steht für Environmental (Umwelt), Social (Soziales) und Governance (Unternehmensführung). Es ist im Grunde der Versuch, woke Kriterien meßbar zu machen. Wenn eine Firma also Nachhaltigkeit verspricht, den CO₂-Ausstoß verringern will, nach Diversität im Unternehmen strebt oder dem Kampf gegen strukturellen Rassismus eine hohe Priorität einräumt, stehen die Chancen gut, in den entsprechenden ESG-Rankings nach oben zu klettern.

In seinem alljährlichen Brief an die Chefs der Unternehmen, in die Blackrock investiert, sieht sich Fink seit geraumer Zeit genötigt, Rechtfertigungen abzulegen. Man selbst "stelle ja nur Fragen", wie Unternehmen "planen, die Energiewende zu bewältigen", schrieb der 70jährige vor zwei Wochen in seinem diesjährigen Brief.

Es sei "nicht unsere Aufgabe, den Unternehmen vorzuschreiben, was sie zu tun haben", versicherte er. Blackrock wolle nicht die "Umweltpolizei" spielen. Schon im Jahr zuvor verteidigte sich Fink gegen die Vorwürfe: "Beim Stakeholder-Kapitalismus geht es nicht um Politik", beteuerte der Anhänger der Demokratischen Partei und Vertraute der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton. "Es geht nicht um eine soziale oder ideologische Agenda. Er ist nicht 'woke'."

Blickt man in die Abstimmungsrichtlinien seines Konzerns für Jahreshauptversammlungen, läßt sich eine ganz andere Sprache erkennen: Blackrock erwartet von Unternehmen, daß "der gesamte Vorstand zeigt, wie sich klimatische Risiken auf das Unternehmen auswirken und wie die Unternehmensleitung diese Risiken bewertet, sich darauf einstellt und sie abmildert", heißt es dort. Andernfalls würden "Abstimmungsmaßnahmen ergriffen". Benachteiligt sind dadurch vor allem Unternehmen in der Schwerindustrie oder Firmen, die fossile Energieträger produzieren beziehungsweise nutzen.

Zudem verlangt Blackrock im Vorstand "mindestens zwei Frauen" und eine Person, "die sich als Minderheit identifiziert". Unternehmen sollten "die Schritte offenlegen, die sie zur Förderung von Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion ergreifen", sowie "die Demographie der Belegschaft" preisgeben. Im aktuellsten "Bericht über Vielfalt, Gleichberechtigung und Integration" von 2021 dokumentiert Blackrock, wie das aussehen kann:

Detailreich listen die Autoren des Papiers auf, wie "divers" der US-Arbeitsmarkt im Vergleich zum Vorjahr geworden ist. Ob in der "Geschäftsführung" oder bei "Fachkräften" - bei weißen Personen zeigen die rotmarkierten Zahlen nach unten. Gleichzeitig schnellt die Zahl der angestellten "Schwarzen" oder "Latinx" grünmarkiert nach oben, was gemäß ESG-Richtlinien also eine wünschenswerte Entwicklung darstellt.

An anderer Stelle geht Blackrock selbst mit Beispiel voran: Der Vermögensverwalter erhält bei mehreren Banken - bei denen der Vermögensverwalter selbst Großaktionär ist - Kredite, die an Diversity-Klauseln gebunden sind. Grundsätzlich kann der Zinssatz von Blackrock um 0,05 Prozent sinken oder steigen, wenn etwa in der Belegschaft nicht genügend schwarze Mitarbeiter tätig sind. Dieses Muster macht bereits Schule: Auch der Pharma-Konzern Pfizer oder die Beratungsfirma Ernst & Young haben solche Verträge unterschrieben. Unternehmen, die sich an die ESG-Richtlinien halten, gelangen somit an günstigere Kredite als Konzerne, die sich den woken Kriterien verweigern.

"Vermutlich haben die Banken dem Kredit nicht zugestimmt, weil ihnen die Vielfalt oder Nachhaltigkeit von Blackrock am Herzen liegt, und auch nicht, weil sie eine Art wirtschaftliche Wette gegen das Erreichen der Diversitätsziele von Blackrock eingehen", kommentierte der US-Finanzkolumnist Matt Levine bei Bloomberg. "Sie haben dem Kredit zugestimmt, weil Blackrock ein riesiger globaler Vermögensverwalter ist, der eine Menge Geschäfte mit Banken macht, so daß sie zu seinen seltsamen Launen nicht wirklich nein sagen können."

Die Macht, die Blackrock heute in der Investorenwelt innewohnt, wurzelt in Teilen in den frühen 1980er Jahren, als die Regeln für die Stimmrechtsvertretung in den USA geändert wurden. Fondsmanagern wurde es so ermöglicht, im Namen ihrer Kunden bei Hauptversammlungen abzustimmen. Einerseits erschien der Schritt sinnvoll, denn wohl kaum ein Einzelaktionär hat die Zeit, auf allen Hauptversammlungen anwesend zu sein. Gleichzeitig aber übertrug man den Investmentgesellschaften und ihren Managern damit enorme Macht. Die Auswirkungen zeigen sich heute.

An die Spitze des Kampfes für eine gerechtere Welt gestellt

Wie in vielen modernen Wirtschaftsbranchen hat sich auch bei den großen Vermögensverwaltern eine oligopole Struktur entwickelt. Die drei Giganten Blackrock, Vanguard und State Street beherrschen weite Teile des Börsenhandels. Bei fast allen großen Konzernen gehören sie zu den Hauptanteilseignern. Zugleich besitzt Blackrock allein in Europa fast 50 Prozent der Marktanteile bei Exchange Traded Funds (ETFs), mit denen jede beliebige Einzelperson auf die Entwicklung von Aktienindizes wetten kann. In den USA sind es 33 Prozent.

Gerade durch jüngere Aktionäre, die auch in Deutschland über Neo-Broker wie Trade Republic oder Scalable Capital in den Markt drängen, verstetigt sich die Marktmacht. Jeder Kleinaktionär, der die verlockend günstigen Angebote von Blackrock nutzt, schließt sich der Herangehensweise des Konzerns an - gleichgültig ob die Person die ESG-Spielchen ablehnt oder nicht. "Blackrock und Vanguard nehmen durchweg etwa 64 Prozent aller Cash-Einlagen ein", bilanzierte kürzlich Eric Balchunas, leitender ETF-Analyst bei Bloomberg. Eine "Verlangsamung des Duopols" sei nicht in Sicht.

Nur wenige Jahre nach der Änderung des Stimmrechts in den USA vollzog sich auch die Gründung von Blackrock. 1988 schlossen sich unter dem Kommando von Larry Fink acht Asset-Manager zu einer Investment-Gruppe innerhalb der Blackstone Group zusammen. Die anfängliche Finanzierung sicherte sich Fink von Pete G. Peterson, dem Gründer der Investmentgesellschaft, der an Fink glaubte und die ersten fünf Millionen Dollar bereitstellte.

Das Unternehmen wurde schnell profitabel, wuchs beständig und nahm 1992 schließlich den Namen Blackrock an. Nach zwei weiteren Jahren und der endgültigen Entwicklung zum Vermögensverwalter spaltete sich die Gruppe von Blackstone ab und stand fortan auf eigenen Füßen. Ende 1994 verwaltete der Konzern bereits 54 Milliarden US-Dollar. 1999 ging er an die Börse.

Im Laufe der Zeit begann Blackrock, die Portfolios mehrerer großer Firmen zu übernehmen. Einer der entscheidenden Schritte folgte im Zuge der Finanzkrise 2008/09, die Blackrock geschickt für sich nutzte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich die britische Großbank Barclays über ihre Sparte "iShares" zu einem der größten Anbieter von ETFs entwickelt. Im Zuge der Lehman-Pleite war jedoch auch Barclays ins Trudeln geraten.

Die Not des Finanzinstituts weckte Blackrocks Interesse. Der Konzern bot ein Geschäft an, um die wachstumsstarke "iShares-Sparte" zu übernehmen: Barclays bekäme durch den 13,5 Milliarden-Dollar schweren Deal das nötige Kapital, um einen Bailout zu vermeiden. Gleichzeitig würde der Konzern einen beträchtlichen Anteil an Blackrock erhalten. Barclays nahm schließlich an.

Damit begann Blackrocks Aufstieg zum weltweit größten Anlagenverwalter - und das in einem äußerst feindlichen öffentlichen Klima. Denn selten war das Mißtrauen gegenüber der Finanzwelt größer als nach der Lehman-Pleite. In den Straßen protestierte die Bewegung "Occupy Wall Street". Beinahe wöchentlich erschienen große Enthüllungstorsys, die das schauerliche Ausmaß der Gier und der Skrupellosigkeit in der Finanzwelt schonungslos offenbarten. Der normale Bürger durfte dabei zusehen, wie mit seinen Steuergeldern Banken gerettet wurden.

Doch die Führungskräfte von Blackrock wußten sich zu helfen. Warum nicht an die Spitze eines Kampfes für eine gerechtere und nachhaltigere Welt stellen? Was, wenn man sowohl die Konkurrenz als auch die antikapitalistischen Kritiker ganz einfach mit dem engelsgleichen Versprechen von Tugendhaftigkeit, Diversität und Klimaschutz aus dem Spiel nehmen könnte? Die entsprechenden ESG-Pläne lagen bereits in der Schublade.

Supranationale Akteure arbeiten mit Finanzinstituten zusammen

2004 erwähnte die globale Initiative "Who Cares Wins" ("Wer sich kümmert, gewinnt"), eine gemeinsame Arbeitsgruppe von mehreren Finanzinstituten, darunter etwa Goldman Sachs,

Morgan Stanley und Deutsche Bank, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen erstmals die drei Buchstaben der Macht. Supranationale Organisationen und private Vermögensverwalter machten über die Jahre weiter Druck und forcierten die Einführung.

Schon 2008 frohlockte die auf Diversität, Gendergerechtigkeit und Klimaschutz spezialisierte "International Finance Corporation" der Weltbank: Nach einer "Zeit des intensiven Experimentierens in bezug auf die Relevanz von ESG-Themen für Investitionen" habe "die Branche seit 2004 erhebliche Fortschritte gemacht". Führende Analysten hätten bereits "die notwendigen Techniken entwickelt, um ESG-Themen in die Finanzanalyse zu integrieren".

Wie häufig also stand am Beginn einer solch einschneidenden Richtungsentscheidung kein demokratischer Prozeß, sondern die strategische Überlegung sogenannter "public private partnerships", in denen die Gerechtigkeitsphantasien supranationaler Organisationen wie der UN mit den Interessen großer Konzerne verschmelzen. Auch die Ausarbeitung der schwammigen ESG-Kriterien oblag jenen internationalen Institutionen. Blackrock-Chef Larry Fink setzt bis heute fest auf diese Art der Ordnung: "Wir brauchen Führungspersönlichkeiten sowohl in der Regierung als auch in Unternehmen, die diese Notwendigkeit erkennen und zusammenarbeiten, um das Potential des privaten Sektors freizusetzen", bestätigte er vor zwei Wochen.

Die Zusammenarbeit mit den woken Regierungen des Westens funktioniert tatsächlich blendend. In den USA sind die Demokraten längst zur Partei der Wall Street geworden. Der wichtigste wirtschaftspolitische Berater von Präsident Joe Biden ist nicht umsonst der 45jährige Brian Deese, der lange Jahre bei Blackrock als Chef für nachhaltiges Investieren tätig war. Über die jährlichen öffentlichen Briefe übt Fink, der mächtigste Mann der Wall Street, zudem einen nicht zu unterschätzenden moralischen Druck auf die Konzerne aus.

Ein jedes Unternehmen müsse "nicht nur finanzielle Leistung erbringen, sondern auch zeigen, wie es einen positiven Beitrag zur Gesellschaft leistet", forderte er bereits vor fünf Jahren. Ausschließlich finanzielle Vorteile können im Zuge des ESG-Strebens tatsächlich nicht überzeugen: Im Jahr 2022 schnitten immerhin acht der zehn größten aktiv verwalteten ESG-Fonds in den USA (darunter einer von Blackrock) schlechter ab als der amerikanische Aktienindex S&P 500. Was Fink sicher nicht davon abhalten wird, weiter eisern an seinem ESG-Kontrollmechanismus festzuhalten.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 14/23" berichtete am 31. März 2023 (x1.387/...): >>**Nach dem Diesel-Aus kommt das Elektroparadies**

Autoindustrie: Die von Stiftungs- und Steuermillionen finanzierte amerikanische Klimaorganisation ICCT moniert erneut den Stickoxid-Ausstoß

Jörg Fischer

Vor zwölf Jahren wollte der Volkswagen-Konzern Toyota und General Motors (GM) als größte Autohersteller ablösen. Doch der US-Absatz war mau, die Amerikaner mögen große Pick-ups und bequeme SUV - doch die waren bei Audi und VW kaum im Angebot. Deshalb wurden Millionen in eine Werbekampagne für die "Clean Diesel-Fahrzeuge" Golf, Jetta und Passat sowie von Audi investiert. Diese hatten einen geringeren Liter-Verbrauch als die durstigen Benziner von Ford, Chevrolet & Co. Und sie sahen ansprechender aus als Toyota-Vollhybride.

Doch die Rednecks und deren Frauen mögen keinen Dieselgeruch, sie verbinden damit Lastwagen und Busse. Zudem ist Diesel in God's Own Country pro Gallone (3,78 Liter) etwa einen Dollar teurer als Normalbenzin. Und noch viel schlimmer: VW machte sich angreifbar, denn die Konkurrenz, Fachleute und Umweltaktivisten wußten selbstverständlich, daß "Clean Diesel" ohne hohen technischen Aufwand praktisch unmöglich ist. 2015 platzte die Bombe: Die US-Umweltschutzbehörde EPA warf VW Verstöße gegen den Clean Air Act vor - und bislang kostete "Dieselgate" die Wolfsburger über 32 Milliarden Dollar.

Auch in Europa kam der Dieselmotor sofort in Verruf, denn auch Fiat, Opel, Mercedes, Re-

nault & Co. konnten nicht zaubern: Auch sie nutzten im Realbetrieb clevere Abschalteneinrichtungen zum Motorschutz. Nur auf den Prüfständen war die Abgasentgiftung voll wirksam. Doch die VW-Konkurrenz war nicht so naiv zu glauben, US-Behörden hinter Licht führen zu können. Die Aufdeckung des "Dieselgate" übernahm aber nicht die EPA selbst, sondern der 2005 in der "Steueroase" Delaware - Joe Bidens Heimatstaat - gegründete International Council on Clean Transportation (ICCT).

Und der gemeinnützige "Rat für saubere Verkehrsmittel" (Non-Profit-Organisation nach dem Gesetz 26 U.S.C. § 501 c 3) ist inzwischen faktisch viel mächtiger als das Dessauer Umweltbundesamt (UBA) oder der Abmahnverein Deutsche Umwelthilfe (DUH). Der ICCT ist international vernetzt, mit Ablegern in Europa, Südamerika, Asien, Australien und Afrika - und genügend Geld ist offenbar vorhanden. Ein Großteil des ICCT-Etats in den USA finanzieren private Stiftungen: So überwies 2019 die William and Flora Hewlett Foundation laut Geschäftsbericht 1.083.333 Dollar. Die kalifornische Stiftung des kanadischen Internetmilliardärs Jeffrey Skoll gab 1,5 Millionen Dollar, die Familienstiftung von Mark Heising und Liz Simons machte mehrfach sechsstellige Beträge locker, und der "grüne" National Philanthropic Trust aus Pennsylvania war mit 500.000 Dollar dabei.

Und passend zur Niederlage von Mercedes vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH), der einem Dieselauto-Besitzer wegen einer unzulässigen Abschalteneinrichtung bei der Abgasreinigung ("Thermofester") Schadenersatz zusprach, legte der ICCT nur zwei Tage später nach: Eine neue Studie halte "verdächtig hohe Stickoxidemissionen" (NOX) bei 150 Diesel-Modellen für "sehr wahrscheinlich". Es gehe dabei um Pkws mit Euro-5- und Euro-6-Zulassung, "von denen zwischen 2009 und 2019 rund 53 Millionen Fahrzeuge in Europa verkauft wurden". Der ICCT-Bericht habe dazu Labor- und Praxistestdaten von Regierungsbehörden und Umweltvereinen ausgewertet.

Sind die synthetischen Kraftstoffe (E-Fuels) der neue Hauptfeind?

"Verdächtige" NOX-Emissionswerte seien "bei mindestens 77 Prozent der offiziellen Tests von Dieselfahrzeugen festgestellt worden, was auf die wahrscheinliche Verwendung einer verbotenen Abschalteneinrichtung hinweist", heißt es in der "Neubewertung der NOX-Überschreitung bei Dieselfahrzeugen in Europa nach den Urteilen des EuGH" (ICCT-Merkblatt 3/23).

"Bei mindestens 40 Prozent der offiziellen Tests wurden extreme NOX-Emissionen festgestellt, was darauf hindeutet, daß mit ziemlicher Sicherheit eine verbotene Abschalteneinrichtung vorhanden ist." Das für Pkw-Zulassungsfragen zuständige Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) und das Verkehrsministeriums von Volker Wissing (FDP) sehen bislang keinen "Handlungsbedarf".

Doch der ICCT dürfte nicht lockerlassen, denn dessen "Vision 2050" lautet: "Dekarbonisierung des globalen Transportsektors". Und zu den "wichtigsten Geldgebern" in Europa gehören - laut eigener Aussage des ICCT - auch das deutsche UBA, die EU-Kommission und das UN-Umweltprogramm sowie die niederländische European Climate Foundation, die Londoner FIA Foundation, der Rockefeller Brothers Fund oder die in San Francisco beheimatete ClimateWorks Foundation - nicht zu verwechseln mit dem kalifornischen Climate Emergency Fund, der unter anderem die meist urdeutschen "Klimakleber" der "Letzten Generation" finanziell fördert.

Auch den Berliner "Klima-Volksentscheid" finanzierten andere Geldgeber. Wovon die ICCT-Finanziers träumen, zeigt eine euphorische Studie vom 1. März über die "Verbreitung von batteriebetriebenen Elektro- und Plug-in-Hybridfahrzeugen in europäischen Städten".

Volker Wissing und einige EU-Ministerkollegen setzten am Dienstag zwar eine Ausnahme für "E-Fuels" beim ab 2035 geltenden Zulassungsverbot für Neuwagen mit Verbrennungsmotor durch - doch der ICCT dürfte dennoch nicht aufgeben. Denn synthetische Kraftstoffe, die

"klimaneutral" mit Ökostrom aus Wasser und CO2 hergestellt werden, sind bei Umweltaktivisten verpönt. Das untermauert eine neue Studie vom deutschen Ableger der New Yorker Unternehmensberatungsfirma Oliver Wyman.

"Der Aufwand, um E-Fuels in großen Mengen herzustellen, ist gigantisch", erklärte Fabian Brandt, Autoexperte bei Oliver Wyman in München, im Handelsblatt. "Die Voll-Substitution von Diesel und Benzin für den deutschen Pkw-Flottenbestand ist überhaupt nicht leistbar." Sprich: E-Autos sind viel besser. Und der ICCT, seine Finanziere und Tesla sehen das genauso.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 1. April 2023: >>**Haldenwang verteidigt Letzte Generation**

Von *S. Hofer*

Nachdem der Verfassungsschutz die "Letzte Generation" als Prüffall geführt hatte, kam er jetzt offiziell zu dem Ergebnis, daß die Aktivisten nicht verfassungsfeindlich seien.

Verfassungsschutz verteidigt die Letzte Generation

Nachdem der Verfassungsschutz die Letzte Generation als Prüffall geführt hatte, kam er jetzt offiziell zu dem Ergebnis, daß die Aktivisten nicht verfassungsfeindlich seien.

Auf dem Justizgipfel des Deutschen Richterbundes in Weimar erklärte Schlapphut-Chef Thomas Haldenwang, es gebe keine hinreichenden Anhaltspunkte für eine Bestrebung der Gruppe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung,

Die Klima-Aktivisten verübten zwar Straftaten, verzichteten aber auf aktive Gewalt, seien daher nicht als extremistisch einzustufen. Dieses Einschätzen teilten alle 16 Landesämter.

Haldenwang fügte hinzu, daß die Bezeichnung "Klima-RAF" durch CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt die Opfer des Terrorismus verhöhne. ...<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. April 2023 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Journalisten: >>**Betreff: Das langfristig geplante und inszenierte Lügengebilde vom menschengemachten Klimawandel**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Wahrheit kommt mit wenigen Worten aus.

Lao-tse (um 480-390 vor Christus, chinesischer Philosoph)

Bekanntlich hat die Lüge Flügel und die Wahrheit Krücken, deshalb konnten die selbsternannten Klimaretter und ihre allmächtigen Propagandamedien den Schulkult vom menschengemachten Klimawandel und die Ängste vom drohenden Weltuntergang erfolgreich bis zum Exzeß schüren.

Begründer der weltweiten Umweltschutzbewegung

Die globale Umweltschutzbewegung wurde ursprünglich von Julian Huxley begründet. Sir Julian Huxley (1887-1975, britischer Biologe und Schriftsteller, 1946-48 Generaldirektor der UNESCO; befaßte sich vor allem mit Problemen des Bevölkerungswachstums und der Welt-ernährung). Huxley, ein Begründer der globalen Umweltschutzbewegung, war von 1937-1944 und 1959-1962 Vorstandsmitglied der britischen Eugenik-Gesellschaft, erforschte die selektive Fortpflanzung, Geburtenkontrolle und Zwangssterilisation.

Chatham House

1920 wurde z.B. die britische Denkfabrik Chatham House in London gegründet. Chatham House errichtete später mit finanzieller Unterstützung der globalen Finanzeliten in vielen Ländern einflußreiche halbgeheime Organisationen. Chatham House verfügt gegenwärtig über rd. 2.800 Mitglieder, die international als diplomatische, politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Entscheidungsträger tätig sind.

Chatham House setzt sich besonders für globale Umweltschutz-Maßnahmen ein, kritisiert die

globale Umweltverschmutzung und fordert Klimaschutz-Maßnahmen.

Erstaunlicherweise kritisieren gerade die elitären Gruppen, die hauptsächlich selbst für die vermeidbaren Umweltschäden verantwortlich sind, frühzeitig den ungenügenden Umweltschutz und fordern besonders lautstark radikale Klimaschutzmaßnahmen.

Club of Rome

1968 wurde der Club of Rome von David Rockefeller, Aurelio Peccei und Alexander King in Rom gegründet. Diese Vereinigung von Wissenschaftlern und Industriellen zur Erforschung der Menschheitsprobleme veröffentlichte 1972 "Die Grenzen des Wachstums". Danach war ab 1972 der Umweltschutz das Hauptthema des in Winterthur (Schweiz) ansässigen Club of Rome.

UNEP

1972 wurde während der "Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt der Menschen" die UN-Organisation UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) gegründet. Erster Generaldirektor der UNEP war der kanadische UN-Funktionär und Unternehmer Maurice Strong. Hauptaufgabe dieser UN-Organisation war es, die Klimaveränderung zu untersuchen und zu bewerten sowie globale Umweltschutzbewegungen zu unterstützen.

"Die Grünen"

Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sogenannten Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus.

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollten, schlossen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängten anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

In den folgenden Jahrzehnten verfolgte die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung konsequent die Errichtung einer totalitären öko-sozialistischen Klima-Diktatur.

IPCC (Weltklimarat)

Die Umweltorganisation der Vereinten Nationen "UNEP" und die Weltorganisation für Meteorologie "WMO" gründeten im Jahre 1988 in Genf (Schweiz) den Zwischenstaatlichen Ausschuß für Klimaänderungen IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), um Klimaänderungen zu erforschen.

Albert (Al) Gore, (1948*-, amerikanischer Politiker, Demokrat, Mitglied des "Komitees der 300", 1993-2001 US-Vizepräsident, unterlag 2000 bei den Präsidentschaftswahlen gegen G. W. Bush, erhielt 2007 den Friedensnobelpreis) und der kanadische UN-Funktionär und Unternehmer Maurice Strong (1929-2015, ab 1972 erster Generalsekretär des UN-Umweltprogramms, seit 1976 Unternehmer, u.a. auch als Treuhänder der Rockefeller Stiftung tätig) zählten zu den eigentlichen Begründern des IPCC.

Der IPCC war von Anfang an ein politisches Instrument zur Bekämpfung einer bevorstehenden fiktiven Klimakatastrophe. Der Weltklimarat und der ehemalige US-Vizepräsident Albert Gore wurden 2007 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Der IPCC zeichnete sich später vor allem durch maßlos übertriebene oder manipulierte Be-

richte über den menschengemachten Klimawandel aus. Obgleich im sogenannten Climategate-Skandal bereits 2009 nachgewiesen werden konnte, daß man zahlreiche Klimamodelle zweifelsfrei manipuliert hatte, um die gewünschten Klimavorhersagen zu erreichen, behauptet der IPCC bis zum heutigen Tag, daß sich die Erde durch die menschengemachte Erhöhung des CO₂-Gehaltes in den nächsten Jahrzehnten dramatisch erwärmen wird.

UN-Klimakonferenz in Kyoto

Während der UN-Klimakonferenz in Kyoto wurde am 11. Dezember 1997 das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen zur Rettung des Weltklimas.

Im sogenannten Kyoto-Protokoll verpflichteten sich die Industriestaaten, ihren Kohlendioxid-Ausstoß von 2008 und 2012 um rd. 5 % gegenüber 1990 zu senken. Die BRD beschloß bereits 1990, die Kohlendioxid-Emission bis 2005 um 25 % zu reduzieren, um den durch angeblich menschliches Verhalten verursachten Klimawandel zu stoppen.

Das Kyoto-Protokoll trat letzten Endes erst nach der Ratifizierung durch die russische Duma am 16.2.2005 in Kraft.

Der BDI berichtete im Jahre 2015, daß die Bundesrepublik Deutschland zur Senkung der deutschen CO₂-Emissionen von etwa 2,2 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen bis 2050 zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro durchführen müßte.

Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Idee der deutschen Bundesregierung, im 21. Jahrhundert zur Energietechnik des Mittelalters zurückzukehren, führte statt der angekündigten Rettung des Weltklimas zunächst lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher und zur Vernichtung der ehemals effektiven, hochmodernen, umweltbewußten deutschen Energiewirtschaft.

Infolge der unsinnigen Maßnahmen zur Rettung des Weltklimas wurden bis 2019 bereits mindestens 500 Milliarden Euro verpulvert. Trotz dieser riesigen Kosten wurde das Klima in keinsten Weise gerettet, sondern lediglich die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die stabile Stromversorgung in Deutschland wurden systematisch zerstört.

Der Strompreis stieg z.B. von 14 Cent pro kWh im Jahre 2000 auf 30,5 Cent im Jahre 2019 und ist gegenwärtig fast unbezahlbar geworden. Bei der angeblichen Rettung des Weltklimas handelt es sich zweifelsfrei um ein hochgradig unsoziales und völlig irrsinniges Projekt, bei dem in erster Linie spezielle Finanzoligarchen unglaubliche Profite erzielen.

Klima

Das Klima wandelt sich, seit die Erde existiert. Das Klima wird seit jeher hauptsächlich durch die gigantischen Urkräfte der Sonne, die Stärke der Sonnenstrahlung und durch die zyklischen Schwankungen der Erdumlaufbahn um die Sonne geprägt.

Veränderungen der Erdkruste, Erbeben und vulkanische Ausbrüche (Eruptionen), bei denen gewaltige Mengen von Magma und Gasen freigesetzt werden, beeinflussen ebenfalls seit Entstehung der Erde vor etwa 4,6 Milliarden Jahren das Klima unseres Planeten.

Die derzeitige globale Erwärmung von 0,14 ° C pro Jahrzehnt zur Klimakatastrophe zu erklären, ist vollkommen unsinnig, denn diese geringe Erwärmung und etwas mehr CO₂ sind unbedingt zu begrüßen, weil dadurch nachweislich die Erträge von Nahrungspflanzen und von nachwachsenden Rohstoffen gefördert werden.

Ohne CO₂ (Kohlendioxid) gibt es kein Leben auf der Erde

CO₂ ist ein wertvolles und lebensnotwendiges Gas, denn Pflanzen können ohne CO₂ nicht leben. Pflanzen wiederum erzeugen den für Menschen und Tiere lebensnotwendigen Sauerstoff. Ohne CO₂ würde es demnach kein Leben auf der Erde geben.

CO₂ ist ein farb- und geruchloses Gas, das bei Verbrennungsvorgängen und bei der tierischen und menschlichen Atmung entsteht. Der CO₂-Anteil beträgt 0,03 bis 0,04 %. CO₂ strömt aus aktiven Vulkanen, befindet sich in allen natürlichen Gewässern und in Teilen der Erdkruste.

Fast der gesamte Sauerstoff in der Luft wird von Pflanzen hergestellt. Pflanzen erzeugen unter dem Einfluß des Sonnenlichts aus Kohlendioxid Kohlenhydrate (Photosynthese) und scheiden den im Kohlendioxid enthaltenen Sauerstoff wieder aus. Die Kohlenhydrate gelangen danach durch pflanzliche Nahrungsstoffe in den Tierkörper, werden dort umgewandelt und als Kohlendioxid wieder ausgeatmet (Kreislauf des Kohlenstoffs).

CO₂-Treibhauseffekt

Weder in der theoretischen Physik, noch in der Ingenieurthermodynamik gibt es einen atmosphärischen CO₂-Treibhauseffekt. Es ist lediglich eine Erfindung der Pseudo-Klimawissenschaftler.

Das global freigesetzte CO₂ auf der Erde stammt zu 97 % aus der Natur (Ozeane = ca. 44 %, Bodenorganismen = ca. 29 %, Atmung der Landorganismen = ca. 24 %).

Nur 3 % des global freigesetzten CO₂ auf der Erde stammt demnach aus menschlicher Tätigkeit = Industrie, Landwirtschaft etc.

Ungeachtet der Tatsachen, daß zum Beispiel der "Treibhauseffekt" überhaupt nicht existiert und der menschliche Anteil nur höchstens 3 % des global freigesetzten CO₂ auf der Erde beträgt, macht die allgegenwärtige Umweltpropaganda unbeirrt und starsinnig den menschengemachten Klimawandel für die vermeintlich drohende globale "Klimakatastrophe" verantwortlich.

Die Lüge vom menschengemachten Klimawandel

Angesichts der Tatsache, daß die Umweltorganisationen, wie z.B. Club of Rome, Greenpeace UNEP oder IPCC, seit ihrer Gründung größtenteils durch Rockefeller's Erdöl-Mafia finanziert werden, müßte eigentlich jeder normalbegabte Mensch erkennen, warum das Lügengebilde vom menschengemachten Klimawandel in die Welt gesetzt wurde.

Diese Pseudo-Umweltorganisationen der globalen Finanzeliten inszenierten offensichtlich das Lügenmärchen vom menschengemachten Klimawandel, um unter dem Deckmantel des Klimaschutzes weiterhin ungehindert schwerste Umweltverbrechen zu begehen.

Allein die Umweltzerstörung, die durch den Bau der mittlerweile über 30.000 Windturbinen und durch die Umstellung auf Solar und Maismonokulturen in der BRD herbeigeführt wurde, übertrifft alles, was sich wahre Umweltschützer in ihren schlimmsten Alpträumen nicht vorstellen konnten.

Anscheinend müssen erst sämtliche landwirtschaftlichen Nutzflächen betoniert, alle Vögel, Fledermäuse sowie Insekten durch Windräder getötet und der gesamte Industriestandort Deutschland vernichtet werden, um zu erkennen, daß Windkraft- und Photovoltaikanlagen ohne entsprechende Speicher niemals eine stabile Stromversorgung gewährleisten können.

Klimahysterie: Ein einträgliches Geschäftsmodell

Die Klimaschutzpolitik der Ökoideologen beruht nachweislich auf unbewiesenen fiktiven Klimamodellen des selbsternannten "Weltklimarates" IPCC. Nach Meinung der "IPCC-Klimawissenschaftler" kann die Erde nur gerettet werden, wenn man den CO₂-Ausstoß drastisch reduziert.

Bei dem besonders lukrativen Ablaßhandel mit den CO₂-Emissionen handelt es sich in erster Linie um ein Riesengeschäft für die Klimawandel-Mafia. Mit dem Versprechen, das Weltklima zu retten, rechtfertigt man z.B. unbezahlbare Preise für Strom und Gas sowie die Abschaffung von bürgerlichen Freiheitsrechten als alternativlos.

In der Bundesrepublik Deutschland zeichneten sich die selbsternannten Klimaretter seit Jahren durch besonders rücksichtslose und zerstörerische Maßnahmen aus, ohne an die enormen Gefahren, Schäden und Kosten für die nachfolgenden Generationen zu denken. Obgleich seriöse Wissenschaftler den angeblich menschengemachten Klimawandel als den größten Schwindel der Menschheitsgeschichte bezeichnen, belügt, betrügt, manipuliert und täuscht die verbrecherische Klimasekte weiterhin das leichtgläubige Volk, um ihre frei erfundenen Behauptungen

und physikalische Unmöglichkeiten vor der Demaskierung zu schützen.

Der Ablaßhandel mit CO₂-Emissionen ist lediglich ein perverses Geschäftsmodell, daß von den gemeingefährlichen Denkfabriken der Finanzeliten erfunden wurde, um unglaubliche Gewinne aus dem Nichts zu schaffen. Diesen geld- und machtgerigen Oligarchen ging es nie um die Rettung des Weltklimas, sondern es geht darum, gigantische Gewinne mit Betrug und Täuschung zu schaffen.

Da "glücklicherweise" niemand den menschengemachten "Treibhauseffekt" und andere neue menschengemachte "Umweltprobleme" nachweisen kann, erwiesen sich diese willkürlich konstruierten fiktiven "Umweltgefahren" als ungemein wirksame Manipulationsinstrumente, um Industrienationen zu destabilisieren und um Bevölkerungen durch überhöhte Energiepreise in den Ruin zu treiben.

Der arglistig inszenierte Klimaschwindel eignete sich besonders, um z.B. die unbequemen deutschen Konkurrenten durch enorme Wettbewerbsnachteile völlig auszuschalten.

Die dummdreiste Klimalüge wird in erster Linie als wirksames Machtinstrument genutzt, um planwirtschaftliche Maßnahmen zu realisieren. Es handelt sich um eine gigantische Umverteilung von Eigentum zu Gunsten der Finanzeliten oder der angeblich "klimageschädigten" Entwicklungsländer.

Angst- und Schuldkult

Die einzige "Wahrheit" des Weltklimarats vom angeblich menschengemachten Klimawandel und dem drohenden Weltuntergang entwickelte sich schon bald zu einem vorzüglichen Herrschaftsinstrument, denn die systematische Erzeugung von Angst und Schuld war seit jeher ein großartiges Machtmittel, um die Bevölkerung auszubeuten, zu unterdrücken und zu drangsalieren.

Im Mittelpunkt der satanistischen Klimawandelreligion steht der allgegenwärtige Angst- und Schuldkult. Die Menschen werden durch die allmächtigen Propagandamedien unentwegt in Angst und Schrecken gehalten, denn eingeschüchterte Duckmäuser und willenlose Schlafschafe befolgen gewöhnlich widerstandslos alle Anordnungen und Befehle.

Jeder Kritiker der Klima-Ideologie wird sofort als reaktionär, faschistisch oder als vergangenheitsorientiert verleumdet und gesellschaftlich geächtet.

Bekannte Profiteure der Klimalüge

Al Gore, Strong und viele andere Klima-Lobbyisten machten z.B. gigantische Geschäfte mit dem Klimawandel. Al Gore beteiligte sich direkt am Emissionsrechtehandel und erhielt Provisionen für CO₂-Zertifikate. Gore wurde später von der US-Presse als der erste Kohlenstoff-Milliardär gefeiert.

Weitere erfolgreiche Profiteure des cleveren Klimaschutz-Geschäftsmodells waren z.B. der US-Starinvestor und Unternehmer Elon Musk, der US-Spekulant und Milliardär Warren Buffett, der indische Milliardär Vinod Khosla sowie der US-Filmregisseur und Unternehmer James Cameron.

Schlußbemerkungen

Ich weiß, woran ich glaube, / ich weiß, was fest besteht, / wenn alles hier im Staube / wie Sand und Staub verweht; / ich weiß, was ewig bleibt, / wo alles wankt und fällt, / wo Wahn die Weisen treibt / und Trug die Klugen prellt.
--

<i>Ernst Moritz Arndt (1769-1860, deutscher Prof. für Geschichte und Dichter)</i>

Der mit riesigen Geldmitteln geführte irrsinnige Propagandafeldzug gegen das lebensspendende Gas CO₂ (Kohlendioxid) richtet sich eindeutig gegen das Leben überhaupt und gegen die bestehenden Naturgesetze.

Laßt Euch nicht länger von der finanziell, politisch und ideologisch orientierten Klima-Sekte des IPCC belügen, betrügen und manipulieren, denn es gibt keinen menschengemachten Klimawandel und es gibt keinen CO₂-Treibhauseffekt!

Bei der radikalen Senkung der deutschen CO₂-Emissionen handelt es sich zweifelsfrei um ein systematisch geplantes Umverteilungsprojekt. Die gegenwärtige Klimahysterie wurde maßgeblich von den weltweit führenden elitären NWO-Denkfabriken geplant und inszeniert, um unter dem Deckmantel des Klimaschutzes die Interessen von geld- und machtgerigen Finanzoligarchen durchzusetzen.

Wir müssen endlich begreifen und realisieren, daß nichts zufällig passiert, denn in fast allen Demokratien und Diktaturen sind die fremdbestimmten Politiker lediglich Marionetten der Reichen. Nicht die gewählten Volksvertreter, sondern die im geheimen Hintergrund agierenden Finanzeliten besitzen weltweit die gesamte Macht. Diese unsichtbaren Machthaber entscheiden seit Jahrhunderten über Krieg und Frieden. Sie diktieren die Richtlinien der Politik und sie beherrschen die öffentlichen Massenmedien und alle wichtigen Wirtschaftsunternehmen.

Nicht wenige ausländische Diplomaten und Journalisten zweifeln wegen der wahnhaften Klimaideologie an der Zurechnungsfähigkeit der Deutschen. Diese Kritiker unterschlagen jedoch wissentlich, daß die bevormundeten Deutschen bei entscheidenden Fragen nach wie vor kein Selbstbestimmungsrecht gegenüber den westlichen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges besitzen.

Aufgrund der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vom 9. Mai 1945 wurden völkerrechtlich lediglich die Kampfhandlungen eingestellt. Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und Verhaftung der "Dönitz-Regierung" am 23. Mai 1945 übernahm gemäß Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 der Alliierte Kontrollrat die gesamte Regierungsgewalt im Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden.

Da später kein Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges geschlossen wurde, galten weiterhin die Vereinbarungen und Gesetze der Haager Landkriegsordnung, denn die Haager Landkriegsordnung gilt vom Kriegsbeginn bis zum Abschluß eines Friedensvertrages als oberstes Gesetz.

Die Haager Landkriegsordnung ist nach wie vor ein anerkannter Teil des humanitären Völkerrechts. Von diesem humanitären Völkerrecht können sich auch die westlichen alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich nicht kurzerhand einseitig verabschieden.

Die alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges beendeten zwar offiziell den Kriegszustand mit Deutschland (Großbritannien: 9. Juli 1951, Frankreich: 13. Juli 1951, USA: 19. Oktober 1951 und Sowjetunion: 25. Januar 1955), ohne ihre bestehenden Rechte und Pflichten als Siegermächte aufzuheben, aber ein Friedensvertrag wurde nie geschlossen.

Der sogenannte Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 war völkerrechtlich kein Friedensvertrag. **Die Deutschen stehen seit Mai 1945 bis zum heutigen Tag unter Vormundschaft, d.h. sie sind geschäftsunfähig und besitzen** gegenüber den westalliierten Betreuern **bei entscheidenden Fragen nach wie vor keine souveränen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte.** Die Deutschen sind aufgrund der fortgeltenden geheimen Befugnisse und Vorbehaltsrechte der westlichen Alliierten bzw. durch die gegenwärtige Vormundschaft oder die Gebrechlichkeitspflegschaft vollkommen wehr- und willenlos.

Da es zu den Pflichten des Betreuers gehört, alle Angelegenheiten des Betreuten so zu besorgen, wie es dessen Wohl entspricht, sind die westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zwangsläufig auch für die unsinnige Destabilisierungspolitik der betreuten bzw. fremdbestimmten deutschen Politiker und Parteien verantwortlich und sind aufgrund ihrer schuldhaften Pflichtverletzung gemäß Völkerrecht verpflichtet, den entstandenen Schaden zu ersetzen.

Jeder, der nicht der jahrzehntelangen raffinierten Gehirnwäsche zum Opfer gefallen ist, und noch über einen gesunden Menschenverstand verfügt, ist verpflichtet, die geplante Vernichtung unser bisherigen Lebensgrundlagen nicht länger widerstandslos hinzunehmen. Wir können das derzeitige Chaos jedoch nur erfolgreich beenden, wenn wir wieder als freie souveräne Menschen handeln dürfen.

Nach 78 Jahren der Unfreiheit wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung zurückzugeben. Die westlichen alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich sind gemäß der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet, auch den Deutschen die von Gott gegebenen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte zurückzugeben.

GOTT MIT UNS<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. April 2023: >>Grüne Verfassungsfeinde: Ihr eiskalter Plan

Von *Sven Eggers*

Soziale Eiseskälte: Habecks Heizungs-Diktat sorgt für neue gesellschaftliche Ungerechtigkeiten. Protest und Widerstand sind gefragt, egal aus welchem politischen Lager. ...

Ab 1. Januar 2024 keine neuen Öl- und Gasheizungen mehr, es sei denn, man ist über 80 Jahre alt; dann darf man zumindest seine alte Heizung noch reparieren. Hausbesitzern, die noch keine 80 Jahre alt sind, ist es ab (dem) kommenden Jahr zwar erlaubt, eine Gasheizung einzubauen, doch müssen sie nachweisen, ihren Wärmebedarf zu 65 Prozent mit Erneuerbaren zu decken - was ohne zusätzliche Wärmepumpe zu Mondpreisen schlicht unmöglich ist.

Lagerübergreifender Protest

So sieht der "Kompromiß" der Bundesregierung also aus, der zu Recht den Unmut von Millionen Menschen heraufbeschwört. Daß Linke und Rechte gleichermaßen empört sind, kann hier auch als Chance gesehen werden. Denn lagerübergreifend entfaltet ein Protest eine ungleich größere Wucht.

Der Unmut ist jedenfalls groß und in allen politischen Richtungen verbreitet. Gemäß aktueller Forsa-Umfrage halten 88 Prozent der Bürger eine erfolgreiche Energiewende für unrealistisch. Nur noch 10 Prozent folgen der Bundesregierung in dieser Frage, selbst Anhänger der Grünen sind skeptisch.

Der neue Heizungszwang: Auf besonderes Unverständnis stößt das gnädige Ausklammern von Menschen über 80 Jahren. Zynismus pur! Minister Habeck kalkuliert ganz offensichtlich das Ableben dieser Rentner ein.

Verstößt eine solche Altersbeschränkung nicht auch gegen den Gleichheitssatz im Grundgesetz Staatsrechtsexperte Rupert Scholz sagt dazu: "Wenn Minister Habeck und die Ampel ihr Heizungsverbot jetzt mit einer Altersgrenze versehen wollen, müssen sie dafür schon eine sehr gute Begründung liefern."

Auch für den Staatsrechtler Volker Boehme-Neßler ist die Sache klar: "Das ist eine klassische Ungleichbehandlung, die die Verfassung grundsätzlich verbietet."

Im Herbst vergangenen Jahres hatte das COMPACT-Magazin Wirtschaftsminister Habeck eine Titelgeschichte gewidmet und ihn als "Kaltmacher" entlarvt. Jetzt zeigt sich, wie richtig wir damals lagen. Aber dürfen wir uns das alles bieten lassen? Ist nicht Widerstand jetzt ein Gebot der Stunde? ...

Lebensentwürfe in Gefahr

Widerstand ist dringend notwendig. Habecks neue Heizungspläne zielen direkt auf die Lebensentwürfe von Millionen Bundesbürgern. Das Eigenheim als Wertanlage und Absicherung gegen Altersarmut und niedriges Rentenniveau ist in Gefahr. Die Menschen werden sozusagen gezwungen, sich wirtschaftlich zu ruinieren. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. April 2023: >>>**Minus 78 Grad Celsius: Neuer Kälterekord in den USA**

Von *Sven Reuth*

In Deutschland kann es auch noch in der Karwoche zu Frost und Schneefällen kommen. In den USA wurde nun sogar ein neuer Kälterekord aufgestellt. Ein Super-GAU für Klima-Ideologen ...

In Deutschland will der Frühling einfach nicht in die Gänge kommen. So beklagten sich die Stuttgarter Nachrichten schon gestern in einer Artikelüberschrift: "Gruselpoggnose: Neue Kältewelle schlägt zu! Kein Frühling bis Mitte April! Frostige Ostern?"

Das meteorologische Portal daswetter.com geht sogar noch weiter und prognostiziert, daß die Kältewelle noch bis in den Mai hineinreichen wird. Es wird prognostiziert, daß aus dem Nordosten weiterhin eiskalte Luftmassen nach Deutschland strömen werden. Das führt schon jetzt zu Temperaturen, die deutlich zu kalt für Anfang April sind. So wurde im nordrhein-westfälischen Arnsberg heute Morgen eine Temperatur von minus neun Grad gemessen.

Kältebeben und Absinken der Stratosphäre

Das ist aber noch gar nichts im Vergleich zu den Zuständen, die derzeit im Nordosten der USA und Kanadas herrschen. Hier wurde auf dem Gipfel des Mount Washington im US-Bundesstaat New Hampshire ein geradezu unfaßbarer Temperatur-Negativrekord aufgestellt. In der Nacht zum vergangenen Samstag sank die durch den Wind beeinflusste Windchill-Temperatur auf unfaßbare minus 78 Grad Celsius, wie die US-Wetterbehörde NSA mitteilte. Schon am 4. Februar dieses Jahres wurde hier mit minus 77,8 Grad Celsius ein neuer USA-Negativrekord aufgestellt, der nun erneut unterboten wurde.

Die extreme Kälte führt zu erstaunlichen meteorologischen Phänomenen. So bewirkte die extreme Kälte am 4. Februar dieses Jahres ein solch starkes Zusammenziehen der Luft, daß die untere Grenze der Stratosphäre knapp unter den 1.917 Meter hohen Gipfel des Mount Washington absank. Normalerweise beginnt die Stratosphäre erst in zehn Kilometern Höhe.

Der jüngste Kälterekord wiederum wurde von sogenannten Frostbeben begleitet, was bedeutet, daß die extreme Kälte Erderschütterungen verursachte. Die US-Wetterbehörde NWS hatte vor dem Kälteeinbruch gewarnt, wie er "nur einmal in einer Generation" vorkomme. Ähnlichen Frost habe etwa der Bundesstaat Maine seit den 1980er-Jahren nicht mehr erlebt.

Der Eiertanz der Klimatologen

Schon seit dem Dezember des vergangenen Jahres purzelt in den USA ein Kälterekord nach dem anderen. Dies führt aber leider nicht dazu, daß eine durch und durch politisierte Klimawissenschaft ihre Modelle endlich anpaßt, sondern zu immer verrückteren Erklärungen für die Kältewellen, die es doch eigentlich gar nicht mehr geben sollte.

Dazu stellte Johann Leonhard in seinem Text "Eissturm in der Glaskugel", der im neuen COMPACT-Spezial "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt" fest:

"Weil aber auf Teufel komm raus irgendeine Erklärung gefunden werden muß, heißt es dann eben: 'Arktische Erwärmung hängt mit kälteren Wintern zusammen.' So jedenfalls ließ es uns Ende 2021 die BBC wissen. Genauer erklärte der britische Sender: 'Eine neue Studie zeigt, daß das extremere Winterwetter in Teilen der USA mit einer schnelleren Erwärmung der Arktis verknüpft ist.' Die Autoren der Studie verkündeten ohne rot zu werden: "Durch die Erwärmung wird es an manchen Orten kältere Winter geben."

Weiter betont Leonhard:

"Damit ist natürlich jeder pseudowissenschaftlichen Kasperei Tür und Tor geöffnet. 'Die Winter der Zukunft werden kälter sein - und auch wärmer', trötete die Nachrichtenagentur UPI Anfang 2019 mit Verweis auf renommierte Klimaforscher wie Jennifer Francis und Judah Cohen ins selbe Horn.

Deren Theorien von der Schwächung des Jet-Streams durch Erwärmung der Arktis, der Ver-

schiebung der Polarwirbel und der Verstärkung von Temperaturunterschieden durch Abkühlung und Erhitzung bestimmter Regionen jonglieren mit kaum meßbaren Größen und machen Klimatologie zur Kaffeersatzleserei. Ihre Quintessenz: 'Die Winter der Zukunft werden - ziemlich kontraintuitiv - beides sein, wärmer und kälter.' Mal ehrlich: Wollen die uns auf den Arm nehmen?"

Übrigens: Da es ja nun bis Mitte Mai mit dem saukalten Wetter weitergehen soll, werden wir wohl öfter in der warmen Stube bleiben. ...

Harte Fakten statt Ideologie: In COMPACT-Spezial "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt" entlarven wir die Lügen der Mainstream-Klimatologen zeigen, wer von der Panikmache profitiert. Sie werden erstaunt sein: Es sind ungefähr die gleichen Kreise wie jene, die Fridays for Future und Klima-Chaoten sponsern. Wir heben den Sumpf aus - und entlarven die menschenfeindlichen Ziele hinter der Klima-Ideologie.<<

Das deutsche Zeitung "Hamburger Morgenpost" berichtete am 3. April 2023 (x1.277/...):

>>**Kungelei? Familienbande rund um Habecks Ministerium**

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) steht schon in der Kritik wegen der undurchsichtigen Postenvergabe bei den Referatsleitern. Nun gibt's neuen Ärger: Offenbar arbeitet ein ganzer Familien-Clan in Habecks Ministerium und im "Öko-Institut", das auch Aufträge vom Wirtschafts- und Klimaministerium (BMWK) annimmt. Ein Interessenkonflikt? Der dann zu Hause im Kreis der Familie verhandelt wird?

Überraschend war Habeck am Montag nach Kiew gereist - um die Zusammenarbeit in Energiefragen neu aufzustellen und über den Wiederaufbau nach einem möglichen Kriegsende zu sprechen. Der Vizekanzler in Kiew bestimmte die mediale Berichterstattung. Parallel gab es aber auch andere Nachrichten: Familienbande im BMWK, im Öko-Institut, beim BUND und in der Grünen-Geschäftsführung - ob das nicht doch ein ziemliches Geschmäckle hat?

Familie Graichen besetzt Klima- und Energie-Schlüsselposten

Zuerst berichteten "Bild" und "Taz" über die Familienbande rund um das Habeck-Ministerium. Dabei sind die Posten an sich ja bekannt in der Öffentlichkeit: Beamteter Staatssekretär im BMWK ist Patrick Graichen, und zwar seit dem 15. Dezember 2021. Er ist im Hause Experte für die Energiewende - früher war er Chef des Thinktanks "Agora Energiewende".

Sein Bruder Jakob Graichen wiederum ist "Senior Researcher" zu Klima- und Energiefragen beim "Öko-Institut e.V." aus Freiburg, das auch Büros in Berlin unterhält. Das Umweltforschungsinstitut berät mit Gutachten unter anderem das BMWK, wird immer wieder zur Begründung von Entscheidungen herangezogen. Finanziert wird es über Drittmittel.

Ehepaar Graichen-Kellner: Kein Interessenkonflikt?

Ebenfalls am Öko-Institut tätig: Verena Graichen, die Schwester von Patrick und Jakob. Sie ist ebenfalls "Senior Researcher" zu Klima- und Energiefragen. Und zufällig auch noch Vizechefin beim Umweltverband BUND in Berlin.

Der vierte und letzte im Bunde ist ihr Ehemann Michael Kellner. Der ist nicht nur Grünen-Abgeordneter im Bundestag und politischer Geschäftsführer der Ökopartei. Seit Dezember 2021 ist er auch Parlamentarischer Staatssekretär in Habecks Ministerium.

Dem Wirtschaftsminister könnte eine unangenehme öffentliche Diskussion ins Haus stehen. Zumal er seit Amtsantritt auch neun Referatsleiter-Posten nach eigenem Gusto neu besetzt hat, wie aus einer Kleinen Anfrage der CDU-CSU-Fraktion hervorging. Und das, obwohl diese Stellen normalerweise ausgeschrieben werden müssen. ...<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 4. April 2023: >>**Habeck: In der Ukraine spielt er Energieberater, in Deutschland ist er Existenzvernichter!**

Der Energieminister der Ukraine heißt offensichtlich Robert Habeck. Diesen Eindruck könnte man jedenfalls gewinnen, wenn man sieht, mit welcher Verve er sich einerseits für eine "de-

zentrale Energieversorgung" in der Ukraine einsetzt, während er andererseits deutsche Bürger im Kalten stehen läßt.

"Niemand wird überfordert", behauptet Habeck völlig weltfremd, wenn er über das bereits beschlossene Verbot von Öl- und Gasheizungen spricht. Dabei sind schon jetzt viele Menschen völlig verzweifelt, weil Habecks Energiewende-Politik die Energiepreise explodieren läßt.

Die von Habeck ausgesendeten Signale erinnern stark an die skandalöse Aussage seiner Parteifreundin und Kabinettskollegin Annalena Baerbock: Sie werde die Ukraine unterstützen, "egal, was meine deutschen Wähler denken". Ob die Ukrainer allerdings froh darüber sein können, daß Habeck ihnen eine "Einladung zur Dekarbonisierung" ausspricht, darf bezweifelt werden.

Vor allem ist Habecks Attitüde jedoch symptomatisch für den Zustand der etablierten Parteien: Ein Mann, der Vaterlandsliebe laut eigener Aussage "zum Kotzen" fand und mit Deutschland nichts anzufangen weiß, ist Bundeswirtschaftsminister. Robert Habeck ist das unpatriotische Gesicht einer Bundesregierung, die den Amtseid systematisch ignoriert.<<

Das schweizerische Wochenmagazin "Die Weltwoche" berichtete am 4. April 2023 (y1.278/...): >>>**Filz-Verdacht im Habeck-Ministerium: Es spricht einiges dafür, daß die Ampel-Koalition die Zuständigkeiten mit dem Glücksrad ausgerattert hat**

Ralf Schuler

Das Verwirrende bei der Berliner Ampel-Regierung sind die Zuständigkeiten.

Es spricht einiges dafür, daß die siegestaumeligen Koalitionäre die Themen für ihre Ministerien gleich zu Beginn mit dem Glücksrad ausgerattert haben. Jedenfalls ist für den jährlichen Geschlechtswechsel, der demnächst mit dem sogenannten Selbstbestimmungsgesetz möglich werden soll, nicht die SPD-Innenministerin zuständig, obwohl sie sich ja um Ausweise, Melderegister und Pässe kümmert, wo das Geschlecht eingetragen wird.

Tatsächlich ist diese Art der Überwindung von Biologie im Familienministerium angesiedelt, wo man offensichtlich nicht an der Förderung von Familien arbeitet, sondern an deren Zerbröselung.

Auch an der sogenannten Verantwortungsgemeinschaft, in der sich bis zu vier Leute künftig als Großfamilie zusammenheiraten können sollen, wird hier im Haus der Grünen Lisa Paus gebastelt.

Schöne neue Familienwelt.

Das Familienministerium im eigentlichen Sinne wird dagegen von Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) unter dem Decknamen Wirtschaftsministerium geführt. Habecks Staatssekretär Michael Kellner, ehemaliger Grünen-Geschäftsführer, ist nämlich verheiratet mit Verena Graichen, der Schwester seines Staatssekretärs-Kollegen Patrick Graichen, der früher den Lobby-Verband "Agora Energiewende" geleitet hat und heute seine Öko-Papiere von damals einfach ins Gesetzblatt plumpsen läßt.

Frau Graichen wiederum arbeitet als "Senior Researcher" beim Öko-Institut zu den Themen Klimapolitik und Emissionshandel und ist gleichzeitig Vorsitzende des Umweltverbands BUND in Berlin. Sollte es beim Öko-Institut Unklarheiten geben, kann Verena Graichen bei ihrem Bruder Jakob Rat holen, der auch als "Senior Researcher" daselbst arbeitet und genau wie der Rest der Familie Kellner-Graichen weder in Interessenskonflikte mit dem Ministerium kommt noch mit Vergabe oder Bezug öffentlicher Gelder aus dem Ministerium etwas zu tun hat. Sagt das Ministerium.

Und wenn schon. Bleibt ja in der Familie.

Ralf Schuler ist Politikchef bei Rome Medien und betreibt auf Youtube den Interview-Kanal "Schuler! Fragen, was ist". Sein neues Buch heißt: "Generation Gleichschritt" (Fontis-Verlag, Basel)<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 15/23" berichtete am 6. April 2023 (x1.387/...):

>>**Der grüne Umbau geht weiter**

Von Eigentümern zu Bittstellern

Ulrich van Suntum

Eines muß man den grünen Ministern lassen, sie sind ausgekochte Polit-Profis. Denn der Ampel-Kompromiß zum Heizungsverbot ist gar keiner. Zwar durfte Christian Lindner sich strahlend als Retter der Vernunft präsentieren:

Die sektoralen Klimaziele seien nun durch ein Gesamtziel ersetzt worden, was wirtschaftlich in der Tat vernünftig ist. Denn während die Einsparung einer Tonne CO₂ im Gebäudesektor schnell mal 2.000 Euro und mehr kostet, wäre der gleiche Effekt z.B. im Stromsektor schon für 90 Euro und damit einen Bruchteil der Kosten zu erzielen.

Aber bei Lichte besehen erweist sich die Kurskorrektur als heiße Luft. Denn Robert Habeck hält unbeirrt an seinen Zwangsvorgaben für einen klimaneutralen Wohnungssektor fest. Daran ändern auch kosmetische Änderungen wie Übergangsfristen oder staatliche Förderprogramme nichts. Völlig willkürlich und eines Roßtäuschers würdig ist die neu eingeführte Altersgrenze von 80 Jahren für den Zwangsumstieg auf erneuerbare Heizenergie. Wer Pech und vielleicht nur einen Tag zu spät Geburtstag hat, ist trotzdem dran, andernfalls eben später die Erben.

Bereits jetzt verursachen diese Pläne massive Wertverluste, insbesondere bei älteren Einfamilienhäusern. Die vage angekündigten Förderprogramme und Härtefallregelungen machen es kaum besser: Aus Eigentümern werden so nur Bittsteller, abhängig von der Gnade der Grünen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 15/23" berichtete am 6. April 2023 (x1.387/...):

>>**Umwelt: Steuergeld in den Sumpf**

Bernd Rademacher

Früher legten Landwirte Moore und Sümpfe trocken, um dem Land Ackerboden abzurufen. Doch diese Mühsal ist vorbei, seit die Klimahysterie Deutschland regiert. Nun heißt es: Kommando zurück! Um das globale Klima bei exakt 1,5 Grad Temperaturanstieg anzuhalten und den CO₂-Ausstoß bis 2050 netto auf Nullkommanull herunterzufahren, sollen in Deutschland jährlich 50.000 Hektar (ha; 70.000 Fußballfelder) ehemalige Moorlandschaften wieder vernäßt werden.

In NRW ist das Landesamt für Natur und Umwelt (Lanuv), eine Behörde der Agrarministerin Silke Gorißen (CDU), wild entschlossen, 2.500 ha des "Großen Torfmoores" am Wiehengebirge unweit von Niedersachsen zu fluten. Doch es gibt ein Problem: Es sind Agrarflächen, auf denen Bauern Milchvieh halten und Getreide anbauen.

Die Folgen der Wiedervernässung auf Höfe und Infrastruktur sind politisch zweitrangig.

Doch Landes- und Kreisvertreter drohen unverhohlen, es gehe nicht mehr um das "Ob", sondern nur noch um das "Wie". Das Lanuv hat die Flächen als CO₂-Speicher zur Erreichung der NRW-Klimaziele im Visier. Allerdings ist den Verantwortlichen klar, daß hier einige berufliche Existenzen (und CDU-Stimmen?) für die Weltklimaretung auf der Kippe stehen. Selbst grüne Moor-Experten räumten bei einer Infoveranstaltung des Kreises Minden-Lübbecke ein: "Wir können nicht alle Flächen aus der Produktion nehmen."

Darum entwickeln die Fachleute nun Wunderwaffen: Die Bauern könnten Rohrkolben anbauen, die in Biogasanlagen fermentiert werden könnten. Die Reste könnte man als "Torf-Ersatzstoff" vermarkten. Die IHK Minden prüft bereits "die Folgen einer Wiedervernässung auf Betriebe und Infrastruktur". Der Arbeitskreis zur praktischen Evaluierung hat schlechte Nachrichten: "Die Verwertung und Vermarktung von Aufwüchsen auf vernäßten Flächen ist schwierig." Die schwarz-grüne Lösung: Fördergelder aus Steuermitteln!<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/25676" berichtete am 7. April 2023 (x1.253/...): >>**Zum Weltgesundheitsstag: Wenn Lebensmittel uns nicht länger leben las-**

sen?

Wie gesund sind ultrahochverarbeitete Nahrungsmittel und was wird die geplante globale Umgestaltung des Ernährungssystems bringen? Darüber denken wir zum Weltgesundheitstag nach.

Zum Weltgesundheitstag ist es treffend, darüber nachzudenken, wie es um unsere Ernährung steht.

Insekten und Mehlwürmer als eine proteinreiche, gesunde Alternative für die Zukunft sind ja gerade in aller Munde. Wie gesund das ist, fragte Kla.TV in den Sendungen "Insekten in Lebensmitteln" (www.kla.tv/25308) und "Insekten am Teller" (www.kla.tv/25016).

Wie aber steht es um unsere konventionellen, also gängigen Nahrungsmittel, die schon jahrzehntelang konsumiert werden? Wie gesund sind sie eigentlich? Und die geplante globale Veränderung des Ernährungssystems, wird sie zur Verbesserung der Gesundheit der Menschen beitragen?

Eines ist klar: Im Supermarkt gekaufte "ultraverarbeitete Nahrungsmittel", wie Fertiggerichte, abgepackte Suppen, Soßen, Tiefkühlpizza, Hot Dogs, Würstchen, Eiscreme, Kekse, Kuchen, Süßigkeiten und Donuts sowie mit Zucker gesüßte Getränke gehören sicher nicht zu den gesündesten Nahrungsmitteln.

Ultra-processed food, auch UPF's genannt, sind industriell hergestellte Produkte, also ultraverarbeitete Nahrungsmittel, die mit allerlei Lebensmittelzusatzstoffen in einer Abfolge umfangreicher industrieller Prozesse zusammengefügt werden.

Auf diese Weise werden sie lange haltbar, verzehrfertig und schmackhaft gemacht. Sie enthalten wenig oder gar keine Vollwertkost, sind oft salz-, zucker- und fetthaltig, ballaststoffarm und energiedicht.

Energiedicht heißt: ein abgespecktes, zusammengesetztes, totes Nahrungsmittel voller verstecktem Zucker im Gegensatz zu einem nährstoffdichten Lebensmittel, das reich an gesunden Nährstoffen und Bakterien ist.

Der Verzehr von UPF's nimmt weltweit immer mehr zu, u.a. auch, weil sie auffällig mit dem Label bekannter Hersteller versehen vermarktet werden, um den Konsum zu fördern. Dadurch wurden vielfach traditionelle Ernährungsmuster verdrängt, die auf frischen und möglichst wenig verarbeiteten Lebensmitteln basieren. Ultraverarbeitete Nahrungsmittel bewirken einen gewissen unersättlichen Drang, der erwiesenermaßen zu Überkonsum, Hungergefühl, Gewichtszunahme und damit verbundenen immunologischen Krankheiten führt.

Studien mit über 160.000 Erwachsenen in einem Zeitraum von 8-10 Jahren ergaben, daß diejenigen, die überwiegend UPF's konsumierten, das höchste Risiko für Herz-Kreislauf-Mortalität, Fettleibigkeit und Diabetes hatten. Hinzu kommt auch ein 28 % schnellerer Rückgang der kognitiven Werte (Wahrnehmen, Denken, Lernen etc.) des Gedächtnisses, der Sprachgewandtheit und der Exekutivfunktionen (Planen, Entscheidungen treffen), bis hin zu einem erhöhten Risiko für Demenz.

In einer neueren, der bisher umfassendsten Studie, kamen Forscher der School of Public Health des Imperial College London auch noch zu dem Ergebnis, daß diese billigen Fertignahrungsmittel Darm-, Brust-, Eierstock- und Hirntumore fördern und vorzeitige Sterbefälle verursachen können. All diese gesundheitsschädlichen Auswirkungen sind mittlerweile hinreichend bekannt, und es hängen den großen Lebensmittelkonzernen darum auch etliche Klagen am Hals.

Daß die geplante globale Veränderung des Ernährungssystems nun zur Verbesserung der Gesundheit der Menschen beiträgt, scheint unwahrscheinlich.

Es ist schwer vorstellbar, daß in den Konzerneigentümern, die jahrzehntelang in aggressiver Weise ungesundes Essen vermarktet haben, plötzlich ein Gesinnungswandel vorgehen sollte. Nein, daß Gegenteil ist der Fall!

Befürworter des Great Reset haben natürliche, gesunde Vollwertkost als nicht nachhaltig und umweltzerstörerisch eingestuft! Der Fleisch- und Milchkonsum soll um bis zu 90 % reduziert und durch im Labor mit Getreide und industriellen Samenölen hergestellte Lebensmittel ersetzt werden.

In der Tat sieht es so aus, als soll uns künftig künstliches Fleisch und andere im Labor hergestellte pflanzliche Pseudonahrung als gesund verkauft werden. Wenn das nicht noch mehr Probleme als die UPF's verursachen wird ...

Es ist unstrittig: Die Ernährung mit Frisch- und Vollkornkost würde das Gesundheitsbild unserer Gesellschaft verbessern und vermutlich das Lebensalter erhöhen! Ein Blick auf die Menschen der Marshallinseln lohnt sich: Sie kannten keine Supermärkte und keine Ärzte; sie lebten in einem Paradies - und ein Durchschnittsalter von 180-200 Jahre war bei ihnen normal! (www.kla.tv/25365).<<

Der deutsche AfD-Politiker Dr. Dirk Spaniel (Mitglied des Deutschen Bundestages) berichtete am 8. April 2023 (x1.281/...): >>... GRÜNE Familienbande(n) rund um Habecks Ministerium

Ein Filz-Verdacht - im Volksmund auch Vetternwirtschaft genannt - der seinesgleichen sucht. Mein Fazit vorweg: Clan-Kriminalität muß nicht auf Ausländer beschränkt sein. Vielleicht erklärt das vieles in diesem unserem Land Absurdistan ...

Es spricht einiges dafür, daß die Ampel-Koalition die Zuständigkeiten nach Familienzugehörigkeit und streng nach den Regeln der Abhängigkeitskorruption besetzt und bei aktiver Vorteilsnahme im Amt für Familien, Freunde und deren Familienmitglieder und sonstwie Verbandelte vorgenommen hat.

In meinen Augen ist das ein beispielloser Vorgang.

Dagegen war selbst die CSU-Amigo-Affäre von 1993 (Ministerpräsident Streibl trat zurück) eher harmlos. Und gerade mal zwei Dekaden später erneut eine solche instinktlose Sauerei, die als Amigo-Affäre 2.0 von 2013 gilt, aber vom Spiegel als die Verwandten-Affäre bayerischer Landtagsabgeordneter bezeichnet wurde.

Familien-Clan in Habecks Ministerium

Da arbeitet nun für alle ersichtlich und nachprüfbar ein ganzer Familien-Clan in Habecks Ministerium und im "Öko-Institut", das Aufträge vom Wirtschafts- und Klimaministerium (BMWK) bekommt. Ein Interessenkonflikt? Wird der dann zuhause im Kreis der Familie verhandelt? Werden da die jahrelang gepflegten Seilschaften und Abhängigkeiten des AGORA-Sumpfs mit dem Ministerium verknüpft und vom Steuerzahler finanziert?

Familie Graichen besetzt Schlüsselposten im Bereich Klima- und Energie

Nun also ist Patrick Graichen seit dem 15. Dezember 2021 verbeamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klima (Verzeihung, WK könnte genau so gut für Wärmestube und Korruption stehen). Er ist im Ministerium der Experte für die Energiewende - früher war er Chef des Thinktanks "Agora Energiewende" hinter dem die Stiftung Mercator und die European Climate Foundation (ECF) stehen. Rechtlich ist AGORA ein Geschäftsbereich der gemeinnützigen Smart Energy for Europe Plattform (SEFEP) gGmbH.

Klingelt es nun auch bei Ihnen? Das war aber nicht alles. Es gibt mit ähnlichem Hintergrund auch noch eine AGORA Verkehrswende. Und wieder eine Menge Jobs für politische Aktivisten - nichts anderes sind die grün-sozialistischen Analysen vom AGORA - am Ende ist alles weitgehend steuerfinanziert.

Patrick Graichens Bruder Jakob Graichen wiederum ist "Senior Researcher" zu Klima- und Energiefragen beim "Öko-Institut e.V." aus Freiburg, das auch Büros in Berlin unterhält. Das Umweltforschungsinstitut berät mit Gutachten unter anderem das BMWK und wird immer wieder zur Begründung von Entscheidungen herangezogen. Finanziert wird es über "Drittmittel" - das heißt, die Gutachten bezahlt der Auftraggeber aus dem Ministerium. Mit Steuergel-

dern! Was sonst?!

Kein Interessenkonflikt? Worüber redet das Ehepaar Kellner-Graichen zu Hause?

Ebenfalls am Öko-Institut: Verena Graichen, die Schwester von Patrick und Jakob. So ganz nebenbei: Sie ist Vizechefin beim Umweltverband BUND in Berlin. Noch einer im Bunde mit Familienbande ist ihr Ehemann Michael Kellner. Der ist nicht nur Grünen-Abgeordneter im Bundestag und politischer Geschäftsführer der Ökopartei. Seit Dezember 2021 ist er - wie sein Schwager Patrick Graichen - auch Parlamentarischer Staatssekretär in Habecks Ministerium. Die Frage, die ich hier nun ganz bewußt stellen muß: Zählen bei der Auswahl leitender Mitarbeiter in den "GRÜNEN Ministerien" Familienbande und persönliche Bindungen mehr als fachliche Eignung?

Die BILD-Zeitung hat dazu weiter und tiefergehender recherchiert. Habeck hat seit Amtsantritt neun Referatsleiter-Posten nach persönlicher Auswahl besetzt - obwohl die Stellen ausgeschrieben werden sollten.

Das ist schon ein bemerkenswerter Bruch mit deutscher Beamtentradition, formuliert das dann der Mainzer Uni-Politologe Prof. Falter, der Referatsleiter als klassische Laufbahn-Beamte betrachtet, die gerade KEINE politische Absicht hinter ihrer Arbeit haben sollten.

GRÜNE wettern stets am lautesten gegen Lobbyisten und Vetternwirtschaft.

Aber nie waren Lobbyisten so mächtig wie in Habecks Ministerium. Die alte, sozialistische Vetternwirtschaft blüht - die Nomenklatura bleibt gern unter sich und hält sich gegenseitig die Leiter - oder altmodisch auch Steigbügel genannt.

Man hätte es wissen können. Meine Schlußbemerkung dazu: Die GRÜNEN sind Trittbrettfahrer auf Kosten der Steuerzahler ...

Dazu habe ich mehrere Quellen für Sie zum Nachlesen ausgewählt. Interessant dabei - sogar die linksgerichtete TAZ hat schon im Dezember 2021 sehr kritisch darüber berichtet.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. April 2023: >>**Klimatologe erwartet Kälteschock durch Vulkanausbruch**

Von *Sven Reuth*

Der Ausbruch des Riesen-Vulkans Schiwelutsch auf der russischen Halbinsel Kamtschatka könnte auch ungeahnte Auswirkungen auf das Weltklima haben und eine spürbare Abkühlung bewirken. ...

Nach dem heftigen Vulkanausbruch des Stratovulkans Schiwelutsch auf der Halbinsel Kamtschatka im Fernen Osten Rußlands hat die Aschewolke mittlerweile eine Höhe von sage und schreibe 20 Kilometern erreicht. Dies könnte Auswirkungen auf die internationale Luftfahrt haben. So teilte die russische Vulkanbeobachtungsstelle KVERT schon am Dienstagmorgen mit:

"Die anhaltende Aktivität könnte internationale und niedrig fliegende Flugzeuge beeinträchtigen."

Abkühlung in den nächsten zwei Jahren?

Für den Flugverkehr wurde die höchste Alarmstufe Rot ausgerufen. Eine dicke Ascheschicht bedeckt nun auch die wenigen Gehöfte und Siedlungen im Umfeld des Vulkans. Nach Behördenangaben handelt es sich um den stärksten Ascheregen nach einem Ausbruch des Schiwelutsch in den vergangenen 60 Jahren.

In der Kleinstadt Kljutschki, die 40 Kilometer von dem Vulkan entfernt liegt, kommt nur noch eine dickflüssige, braune Pampe aus den Wasserhähnen. Auch die 450 Kilometer entfernte Provinzhauptstadt Kamtschatkas, Petropawlowsk-Kamtschatski, könnte bald durch die Aschewolke weitgehend lahmgelegt werden.

Doch diese Auswirkungen in unmittelbarer Nähe des Vulkans könnten sich noch als das kleinste Problem dieser Eruption erweisen. Der russische Klimaforscher Alexej Kokorin hält es für möglich, daß der Ausbruch des Schiwelutsch durch die ausgestoßenen Partikel sogar

eine kurzfristige Abkühlung der Erdatmosphäre in den kommenden zwei Jahren auslösen könnte, da die Asche bis in die Stratosphäre geschleudert worden sei.

Das Pinatubo-Ereignis

Etwas Neues, auch mit Blick auf die jüngste erdgeschichtliche Vergangenheit, wäre das nicht. Man erinnere sich nur an den Ausbruch des Vulkans Pinatubo auf der Philippinen-Insel Luzon im Juni 1991. Die Folge dieses gewaltigen Ausbruchs war eine Sonnenlichtreduktion um 5 Prozent. Das wiederum führte zu einem durchschnittlichen Temperaturabfall um 0,5 bis 0,6 Grad in der nördlichen Hemisphäre und 0,4 Grad weltweit.

Auch in jüngster Zeit gab es also nachweislich durch geologische Großereignisse ausgelöste Abkühlungsphasen, die gut dokumentiert sind. Doch ist dies nur die Spitze des Eisbergs? Im neuen COMPACT-Spezial Klima-Terroristen: Was sie denken und wer sie bezahlt macht Johann Leonhard beispielsweise darauf aufmerksam, daß vor sieben Jahren ein an der britischen University of East Anglia produzierter Skandal um manipulierte Klimadaten aufflog. Von einer "Vertuschung der globalen Abkühlung" schrieb damals sogar die renommierte Washington Times.

"Weiträumige Vergletscherung zu erwarten"

Als sich wiederum im November 2009 ein Hacker Zugang zu den privaten Nachrichten der sogenannten Climatic Research Unit (CRU) der East-Anglia-Universität verschaffte, machte sich Panik unter den Wissenschaftlern breit, weil die Mails darüber Aufschluß hätten geben können, "wie man Temperaturkurven manipuliert, unliebsame Daten unterdrückt und allzu kritische Kollegen aus wissenschaftlichen Debatten und Fachmagazinen herausdrängt."

In einem weiteren Artikel in dem neuen COMPACT-Spezial Klima-Terroristen: Was sie denken und wer sie bezahlt werden die Klimadebatten der 70er sowie der frühen 80er Jahre beleuchtet. Damals hielten nämlich viele Klimatologen noch den Beginn einer neuen Eiszeit für plausibel. Der Spiegel bemerkte damals in einem schon fast fatalistischen Unterton, daß der Trend "auf eine weiträumige Vergletscherung der nördlichen Hemisphäre und kälteres Klima" hinauslaufe. Selbst der US-Geheimdienst CIA rechnete mit einem Abrutschen in eine neue Kleine Eiszeit und bitterkalten Temperaturen, wie sie in der Nördlichen Hemisphäre von 1600 bis 1850 geherrscht hatten.

Lassen Sie sich nicht mehr länger auf den Arm nehmen und steigen Sie aus der Klimälügen-Gesellschaft aus! ... Wir bieten harte Fakten statt Ideologie: In COMPACT-Spezial "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt" entlarven wir die Lügen der Mainstream-Klimatologen zeigen, wer von der Panikmache profitiert. Sie werden erstaunt sein: Es sind ungefähr die gleichen Kreise wie jene, die Fridays for Future und Klima-Chaoten sponsern. Wir heben den Sumpf aus - und entlarven die menschenfeindlichen Ziele hinter der Klima-Ideologie.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 14. April 2023: >>**Klima-Terror: Fridays-for-Future-Aussteigerin packt aus**

Von Jürgen Elsässer

... Der Klimaterror hat Deutschland fest im Griff. Während Die Letzte Generation den Straßenverkehr blockiert und Kunstwerke beschmiert, verschärft die Ampel-Regierung ein Gesetz nach dem anderen. Darunter leiden nicht nur die Bürger, darunter leidet auch die Umwelt. COMPACT-TV hatte als Gäste unter anderem Selina eingeladen, früher Mitglied bei Friday for Future (FFF), sie hat auch globalen Klimastreik in Basel in der Schweiz mitorganisiert. Mittlerweile ist sie ausgestiegen und hat sich einer patriotischen Aktivistengruppe angeschlossen, nämlich der Jungen Tat in der Schweiz. ...

Weitere Diskussionsteilnehmer waren Jonas Schick ("Die Kehre"), der Geologen Marcus Resch (AfD-Hessen) und Paul Klemm für COMPACT-TV.

Hier spannende Passagen unserer TV-Runde im O-Ton COMPACT-TV-Diskussion: ...

Klemm: Sina, du warst Mitglied bei FFF, genau wie Luisa Neubauer. Was hat dich denn bewogen in diese Organisation einzutreten?

Sina: Ich denke, ich bin in meiner Kindheit sehr links aufgewachsen. Dadurch ist mir ziemlich schnell klar geworden, daß die Politik, Umwelt und Klima wichtige Themen für mich sind. Daß ich mich irgendwo wiederfinden muß, und das war dann halt die Klimabewegung.

Klemm: Was hat dich eher bewogen? War es eher die Sorge um die Umwelt, die zerstört wird, oder dieses Klimathema wie Treibhauseffekt, CO₂-Anstieg usw.?

Sina: Ich denke, eher die Umwelt, aber im Großen und Ganzen war das eher gekoppelt mit dem Klima.

Klemm: Du hattest also schon Angst vor einer Klimakatastrophe?

Sina: Ja

Klemm: Herr Resch, Sie als Geologe: Muß man Angst haben vor einer Klimakatastrophe?

Resch: Ich sage immer ganz offen, Klimawandel hat es auf diesem Planeten schon immer gegeben. Der menschliche Einfluß ist genau das Thema, das nicht beweisbar ist und man sollte von der Klimahysterie wegkommen. Es besteht nicht die Gefahr, daß der Kölner Dom morgen drei Fuß unter Wasser steht.

Klemm: Sina ist ein gutes Beispiel. Eine junge Frau die sich für die Umwelt einsetzen will, und deren erster Anlaufpunkt war keine konservative Gruppe oder ein heimatliebender Naturschutzverband, sondern eine linke Organisation, die auch maßgeblich von der amerikanischen Geldelite finanziert wird, von der Bill- und Melinda-Stiftung bis zur Rockefeller-Foundation, wie wir in unserer aktuellen Spezialausgabe "Klimaterroristen. Was sie denken und wer sie finanziert" nachweisen. Was haben denn die Konservativen oder Rechten falsch gemacht, beziehungsweise was haben die Linken richtig gemacht, daß sie der erste Anlaufpunkt für umweltbewußte Jugendliche sind?

Schick: Das ist ein riesiger Komplex, warum man dieses Thema verloren hat, obwohl es mal ein rechtes, konservatives Thema war und wir es mal fest in der Hand hatten aber über die 70er und 80er Jahre verloren wurde. Das sieht man exemplarisch am Werdegang der Grünen in Deutschland. Heute ist der erste Anlaufpunkt von Jugendlichen, die sich über die Umwelt interessieren, nur links. So wie linke Gruppen dieses Thema für sich eingenommen haben, haben rechte Gruppen dieses Thema verstoßen. Wenn man in die großen rechten europäischen Parteien sieht, dann wird das Ökothema stiefmütterlich behandelt oder in Konfrontationsstellung zu den Grünen behandelt, mehr aber nicht.

Klemm (zu Sina): Du hast dann ja auch schnell gemerkt, daß du mit gewissen Themen aneckst und es Konfrontation gibt. Was für Themen waren das und gab es da eine freie Debatte, daß man sich da frei austauschen konnte?

Sina: Eher schwer. Bei der Jugendpartei der SP mußten wir den Klimastreik für die Finanzierung vorstellen, Sympathisanten finden. Bei Gesprächen mit anderen in unserem Alter haben wir verschiedene Themen angesprochen, über Klima-, Migrationspolitik bis Veganismus. Da bin ich immer wieder gegen eine Wand gestoßen, da ich immer wieder eine andere Meinung hatte als die anderen.

Klemm: Wie kann man sich das Innenleben dieser Bewegung vorstellen? Gibt's da strenge Hierarchien, oder was gibt es da so für Leute, die da aktiv sind?

Sina: Ich denke, für solch eine Bewegung braucht es Hierarchien, damit sie überhaupt so groß und strukturiert werden kann. Aber darüber wird nicht oft gesprochen, da Hierarchien in linken Bewegungen nicht so gut angesehen werden.

Klemm: Die Leute dort, von was werden die angetrieben? Ist es die Angst vor der großen Umweltkatastrophe, die kommt?

Sina: Ich denke schon, ja.

Klemm: Die Finanzierung lief dann vor allem über Spendengelder?

Sina: Am Anfang, wo ich dabei war, hatten wir während der Demonstration eine extra Arbeitsgruppe (AG), die für die Finanzierung zuständig war. Die waren dann während der Demonstration mit Eimern unterwegs und haben Geld gesammelt. Damit haben wir unsere Demo und Banner finanziert.

Der Bruch mit FFF

Klemm: Dann bist du ja ausgestiegen. Gab es da einen bestimmten Punkt, wo du dir gesagt hast, es geht nicht mehr, ich muß da jetzt raus, ich muß mir was neues suchen?

Sina: Das war bei der Vorstandssitzung, wo wir den Klimastreik vorgestellt haben, weil wir da auch Gespräche zum Veganismus, Gender hatten und ich da eigentlich ziemlich klar negativ eingestellt war, Fleisch esse und mir so viele Vorwürfe entgegengebracht wurden, weil ich nicht hinter dem Veganismus stehe, oder es für mich nicht das richtige ist, daß ich dann gemerkt habe, okay, ich distanziere mich da mal. Das war dann auch gut so.

Klemm: Dann bist du ja Mitglied der Jungen Tat geworden. Die sind ja quasi genau am gegensätzlichen Ende des politischen Spektrums. Wie bist du da drauf gestoßen? Wie war dein Weg von der einen zur anderen Gruppe?

Sina: Also ich war ziemlich lange, also ein oder eineinhalb Jahre, gar nicht politisch aktiv, weil ich nicht genau wußte, wo sehe ich mich, wo werden die Themen angesprochen, die mir wichtig sind. Vor allem: Der Aspekt Umwelt ist - bei der SVP oder allgemein bei der Rechten nicht - oder nicht mehr - so groß geschrieben. Dann bin ich aber auf ein Aktionsvideo der Jungen Tat gestoßen und das hat mich aufgeweckt und interessiert. Weil ich gemerkt habe, die sprechen die Umweltthematik an, aber auch die Themen, die mich sonst interessieren, bei denen ich mir denke, daß die zur Zeit wichtig sind.

Klemm: Was ist denn das Hauptziel der Jungen Tat? Worin besteht die Aktivität?

Sina: Die Junge Tat ist eine patriotische, aktivistische Gruppe, wo sich mit Umwelt- aber auch Migrations- und Genderthemen auseinandergesetzt wird. ...

Schick: Nächster Aspekt bei diesem globalen Problem, ist diese Schuldaufladung zwischen dem Norden dem Süden gegenüber. Das ist diese alte Kolonialgeschichte, die man jetzt wieder auskramt. Daß der böse weiße Westen ursächlich dafür ist, daß durch die Klimakatastrophe südlich des Äquators darunter leidet. Es wird ja gerne mit der Klimaschuld gearbeitet.

Klemm: Selina, hat das bei euch auch eine Rolle gespielt, die Schuld des weißen Mannes?

Selina: Ja, das auf jeden Fall. Nicht nur vom weißen Man, sondern von allen Leuten, die nicht so funktionieren, wie sie das gerne hätten. Oder auch jemand, der mit dem Flugzeug in den Urlaub fliegt. Wie macht man das wieder wett? Ißt du dafür kein Fleisch? Schuld war schon ein großes Thema bei uns. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 14. April 2023: >>**Klima:**

Der geheimnisvolle Supernova-Effekt

Wer Klimaänderungen sowie Kalt- und Warmzeiten wirklich plausibel erklären möchte, muß in unsere Milchstraße blicken. Es gibt starke Hinweise darauf, daß kosmische Ereignisse unser Klima beeinflussen. ...

_ von *Hans Hofmann-Reinecke*

Es gibt da dieses Märchen, daß wir die Temperatur der Erde kontrollieren könnten, wenn wir nur alle vom Auto aufs Lastenfahrrad umsteigen würden und wenn es im Supermarkt keine Plastiktüten mehr gäbe. Dieser Blick aufs Klima ist aber viel zu beschränkt. Ich schlage vor, wir erweitern unseren Horizont etwas; nicht nur auf andere Länder, nicht nur auf den Globus, nicht nur auf unser Sonnensystem, nein - wir schauen auf die Straße im Universum in der wir alle wohnen: die Milchstraße.

Die geheime Macht der Supernovae

In solchen Dimensionen messen wir dann die Entfernungen nicht in Metern, sondern in der

Zeit, die das Licht bräuchte, um sie zurückzulegen. Von hier zum Mond wäre das eine gute Sekunde, zur Sonne knapp zehn Minuten und an den Rand unserer Galaxie, sozusagen bis zum Straßenende, wären es zigtausend Jahre.

Außer uns wohnen hier noch 100 Milliarden Sterne - das sind gut zehn Stück pro Kopf der Erdbevölkerung. Von denen drehen jedes Jahrhundert drei oder vier total durch. Sie ziehen eine Show ab, die jeder in der Galaxie mitbekommt, ob er will oder nicht. Das Spektakel dauert vielleicht ein paar Wochen, und dann ist wieder Ruhe. Astronomen sprechen hier von einer "Supernova".

Ein Kollaps der Struktur

Und das kommt so: Viele Sterne bestehen aus Atomkernen und Elektronen. Wenn die nur dicht genug und heiß genug zusammen kommen, dann verschmelzen die Kerne, wobei Energie frei wird. In unserer Sonne beispielsweise verschmelzen die Kerne von Wasserstoff zu Helium.

In anderen, massiveren Sternen, geht die Fusion weiter. Da überwindet die Hitze die elektrische Abstoßung zwischen den entstandenen Heliumkernen und die fusionieren dann zu Kohlenstoff oder Sauerstoff. Die dabei entstehende Energie erzeugt wiederum noch mehr Hitze, die es ermöglicht, daß noch schwerere Kerne entstehen. Das geht stufenweise weiter, bis man bei Elementen wie Eisen oder Nickel ankommt - aus denen übrigens auch das Innere unserer Erde besteht.

Dann hört die Fusion auf und es kann zu dem Punkt kommen, an dem die Schwerkraft die elektrische Abstoßung brutal überwältigt; nachdem die Materie jetzt bis zum Letzten komprimiert wurde bricht ihre innere Struktur zusammen und alles mündet im Chaos.

Zu weit weg?

Im Labor kann man das - zugegebenermaßen in kleinerem Maßstab - demonstrieren, indem man beispielsweise Papier durch äußeren Druck bis zum "Gehtnichtmehr" komprimiert. Eine Presse quetscht die Blätter zunächst nur zusammen, läßt ihren inneren Aufbau aus Fasern und Bindemittel aber bestehen. Dann aber bricht diese Struktur zusammen und das Papier explodiert!

Der Stern allerdings kollabiert unter den Druck der eigenen Schwerkraft, da ist keine externe Kraft vorhanden. Er explodiert und in ein paar Wochen wird eine Energie frei, wie sie sonst in Millionen von Jahren erzeugt würde - das ist die Supernova.

So geschehen anno 1604, als man solch ein Spektakel, genannt "Keplers Supernova", in 20.000 Lichtjahren Entfernung beobachten konnte - sogar am helllichten Tag. Seither hat es vermutlich noch ein Dutzend dieser Ereignisse gegeben, auch wenn sie nicht so auffällig waren.

Starker Kondensationseffekt

Nun haben Forscher kürzlich behauptet, daß Supernovae das Klima beeinflussen könnten, indem sie mit ihrer "kosmischen Strahlung" in unsere Atmosphäre eindringen. Vielleicht fragen Sie sich jetzt wie das gehen soll - auf so eine riesige Entfernung. Nun, wenn obiges Ereignis damals zu sehen war, dann hatten es zumindest die Lichtteilchen, die Photonen, von dort bis zu uns geschafft. Sehen ist ja kein aktiver Vorgang. Nicht wir schauen in die Ferne, sondern die Photonen kommen aus der Ferne zu uns und lassen sich auf der Netzhaut unserer Augen nieder.

Bei solch einer wahnsinnigen Explosion werden aber nicht nur Photonen ins All geschleudert, sondern noch ganz andere Kaliber, beispielsweise Protonen, die Bausteine der Materie. Die sind fast ebenso schnell unterwegs wie Photonen, und sie bringen unvorstellbare Energien mit sich. Damit ionisieren sie unsere Atmosphäre, d.h. sie streifen Elektronen von den Luftmolekülen ab, und die entstandenen Ionen bilden für die Feuchtigkeit der Luft sehr wirkungsvolle Kondensationskeime.

Mit anderen Worten, dank dieser energiereichen Teilchen kondensiert die Luftfeuchtigkeit nun zu Wolken, die sonst nicht entstanden wären. Und diese zusätzlichen Wolken reflektieren einfallende Sonnenstrahlen fast zu 100 % zurück ins All. Das hat einen kühlenden Effekt auf unsere Erde, das hilft gegen Global Warming. Je mehr Supernovae in unserer Milchstraße, desto kühler ist es.

Dann fliegen wir eben nachts!

Für das Global Warming, den angeblichen Anstieg der mittleren Erdtemperatur der letzten Jahre - sofern es so etwas überhaupt gibt - sollte man allerdings nicht kurzerhand einen Mangel an Supernovae verantwortlich machen. Dazu ist die Sache noch nicht genügend untersucht. Andererseits ist es doch wichtig zu erkennen, daß es da Einflüsse galaktischen Ausmaßes auf das Klima gibt, gegen die irdische Maßnahmen, wie ein klimaneutrales Berlin, wenig ausrichten können.

Dieser Artikel soll aber keine Anregung für unseren Klimaminister sein, jetzt zur Mitte der Milchstraße zu reisen um dort für ein paar Milliarden Euro eine Supernova pro Monat zu bestellen. Ich hätte da einen viel realistischeren Vorschlag: Falls das mit dem Grünen Wasserstoff aus Namibia, Chile und Dänemark nichts wird, dann holen wir uns den einfach von der Sonne, die besteht ja schließlich zu 75 % daraus. Sie sagen, daß so ein Raumschiff auf dem Weg dahin zu heiß würde und dann schmilzt? Die Ministerin für Äußeres hat da eine einfache Lösung: dann fliegen wir eben nachts!

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu. Zuerst erschien der Beitrag im Blog des Autors Think-Again.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. April 2023 (x887/...):

>>Wolfspopulation in Deutschland - Landvolk im Zorn

Intelligenter Jäger: Seit der Wiederansiedelung des Wolfs in Deutschland zeigt sich, daß Naturschützer die Lernfähigkeit des Raubtiers unterschätzt haben und dieses auch in immer besser geschützte Bereiche eindringen kann

Seit gut einem Vierteljahrhundert ist der Wolf in Deutschland wieder heimisch. Was anfangs - vor allem bei Großstädtern - für Begeisterung sorgte, wird - vor allem für die Landbevölkerung - zunehmend zu einer ernsthaften Bedrohung

Von *Bernhard Knapstein*

Tief klaffte die Wunde in der Hüfte des Trakehners "Ritchie". Der sechsjährige Wallach auf dem Hötzinger Eggers-Hof bei Soltau hat seine schwere Verletzung nach einem Angriff eines einzelnen Wolfs Ende des vergangenen Jahres überlebt. Der Prädatorenangriff auf das hochwertige Pferd mit dem beachtlichen Stockmaß von 173 Zentimetern wirft allerdings Fragen im Umgang mit Canis lupus auf, wie der Wolf im Biologenlatein heißt.

Seit der Rückkehr des Wolfs nach Deutschland im Jahr 1996 über die Lausitz hat sich viel getan. Die Ausbreitung des Raubtieres, das in deutschen Wäldern bislang noch reichlich Nahrung gefunden hat und sich über Sachsen und Brandenburg nach Niedersachsen ausbreitete, trug noch zu Beginn der 2000er-Jahre zu einer gewissen Begeisterung bei.

Mittlerweile ist die Bevölkerung mit Blick auf den Wolf allerdings in zwei geradezu feindlich gegenüberstehende Lager von radikalen Wolfsfanatikern auf der einen und harten Verfechtern des Schutzes der traditionellen Viehwirtschaft und Weidetierhaltung auf der anderen Seite geteilt. Die sich ausbreitende Skepsis gegenüber dem strengen Schutz des Wolfs hat vor allem mit der Veränderung seines Beuteverhaltens zu tun.

Änderung des Jagdverhaltens

Hat sich der Canide in den ersten Jahren vor allem von Rehen und Schwarzkitteln ernährt, gerieten schon bald Schafherden in seinen Fokus, wo sich Wölfe über den Freißbedarf hinaus in einen regelrechten Blutrausch begeben können. Bis zu 70 gerissene Schafe in einer Herde sind drastische, aber auch sehr reale Zeugnisse.

Mit seiner Ausbreitung nach Niedersachsen geriet der Wolf unter anderem in die GÖhrde, wo nach mehr als hundert Jahren das 1903 dort angesiedelte Muffelwild heimisch geworden war. Seit 2017 gilt das Mufflon dort allerdings als ausgestorben. Das Mufflon ist eigentlich ein Bergschaf, das über kurze Distanzen zu seinem Schutz auf einen erhöhten Punkt sprintet. In den Wäldern des niedersächsischen Flachlands hatte es dem Wolf nichts entgegenzusetzen, sprintete es dem Prädatoren zwar zunächst davon, blieb dann allerdings bereits nach rund 100 Metern seiner Natur nach einfach stehen, um sich dort töten zu lassen.

Der Wolf gilt als intelligent und extrem lernfähig, auf das Mufflon haben sich die Rudel in der GÖhrde schnell eingestellt, nur um sich schon nach wenigen Jahren aufgrund des vollständig gerissenen Bestands neu orientieren zu müssen.

Hieß es ursprünglich seitens der Behörden und Naturschutzverbände, der Wolf gehe zwar auf Schafe, nicht aber auf Großtiere wie Pferde und Rinder, gilt auch dieses Credo längst nicht mehr. Ab 2008 machte ein Wolfsrudel auf sich aufmerksam, das gelernt hatte, Kühe auf der Weide im Cuxhavener Land in Entwässerungsgräben zu treiben und dort zu reißen.

Nachdem die Behörden keine Abhilfe schufen, verschwand das Rudel binnen kurzer Zeit restlos. Da die Jagdstrategie im Revier des Rudels funktionierte, scheidet eine Abwanderung aus, weshalb von einer illegalen, aber höchst erfolgreichen Bejagung des Rudels ausgegangen werden kann.

Das Dilemma der Tierhalter

Während einige Wolfsschützer noch die These vertreten, Angriffe auf Großvieh und Pferde blieben Ausnahmen, zeigt die offizielle Reißliste in Niedersachsen, daß die Angriffe auf Großtiere weiterhin zunehmen.

Daß sich die Weidetierhalter Sorgen um ihre Bestände machen, liegt allerdings noch an einem weiteren Umstand. Die deutsche Jägerschaft ist mit Blick auf die Afrikanische Schweinepest (ASP) gehalten, die Wildschweinbestände zu reduzieren. Der Abschuß der Schwarzkittel wird in einigen Landkreisen sogar dadurch gefördert, daß die kostspielige, aber veterinärrechtlich zwingend vorgeschriebene Fleischschau unentgeltlich durchgeführt wird.

Die wegbrechenden Bestände lassen den Wolf zunehmend auch auf Weidetiere gehen. Da Naturschutzverbände die Stallhaltung regelmäßig scharf kritisieren, besteht hier ein Dilemma, das vor allem Naturschützern eine Entscheidung zwischen Tier- und Artenschutz abzwingt.

Eingang ins Jagdrecht

Bislang haben Naturschutzverbände und Behörden allerdings noch auf "wolfssicheren Schutz" der Tiere gesetzt - und dabei bis heute immer wieder die Lernfähigkeit des Wolfs unterschätzt, wie die Entwicklung der Standards für "Wolfssicherheit" belegt. Noch im Jahr 2015 galten 90 Zentimeter Elektrozaun als ausreichend zum Schutz von Weidetieren. Im Jahr darauf galt der Zaun und ein zusätzliches Flatterband als "wolfssicher". 2017 wurde die Zaunhöhe auf 120 Zentimeter erweitert, 2018 bereits auf 160.

Seit 2023 gelten als wirklich wolfssicher nur Weidetiere, die vom Elektrozaun und zusätzlichen Herdenschutzhunden gesichert werden. Doch letztere, das belegen bereits mehrere Vorkommnisse, stehen bisweilen ebenfalls auf dem Speisezettel des Wolfs. Darüber hinaus verhalten sich Herdenschutzhunde auch aggressiv gegenüber Spaziergängern. Dieser unerwünschte Nebeneffekt ist vor allem da relevant, wo viele Touristen den Weg in die Natur suchen, etwa in der Lüneburger Heide oder auf den Deichen des Elblands und der Nordsee.

Für Schäfer, die mit ihren Herden, die einerseits den Bewuchs auf den Deichen kurzhalten, andererseits, was kein Rasenmäher könnte, dort umherlaufend mit ihren Hufen gegen Erosion vorbeugen, sind sowohl Schutzhunde als auch hohe Zäune ein Problem, denn der Ärger mit den Touristen ist vorprogrammiert, das Wandern am Deich erfordert zudem ein ständiges Auf- und Abbauen der Umzäunung.

Um seine Schafe zu schützen und zudem für seine vom Wolf bedrohte Branche einen Fort-

schritt zu erreichen, hatte zuletzt Schäfer Wendelin Schmücker aus dem Landkreis Harburg vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg auf Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis geklagt. Schmücker blieb zwar erfolglos, doch die Politik gerät angesichts immer neuer Reißgeschehen bei Nutztierhaltern zunehmend unter Druck.

Inzwischen ist der Wolf im Jagdrecht eingeführt. Doch den strengen Schutz verliert der Räuber erst dann, wenn die Politik anerkennt, daß die Population der Art einen "günstigen Erhaltungszustand" hat, wie es das europäische Naturschutzrecht fordert. Inzwischen sind offiziell bundesweit zwar erst 226 Wolfsterritorien mit mehr als 500 geschlechtsreifen Wölfen belegt. Allerdings ist die Wolfspopulation in Deutschland genetisch zusammenhängend mit der polnischen. Experten gehen daher von einer weit mehr als 3.000 Exemplare umfassenden Population aus, die damit weit größer ist als die Weltnaturschutzorganisation IUNC mit 1.000 Tieren fordert.

Die Wut wächst - auf allen Seiten

Daß der geballte Zorn bei der Landbevölkerung kurz vor der Entladung steht, zeigte sehr deutlich ein Treffen von 110 Weidetierhaltern vor einigen Tagen in dem Dorf Eilte, das zur niedersächsischen Samtgemeinde Ahlden gehört.

Die Gereiztheit der Referenten und Teilnehmer sowie der dort auftretenden Landtagsabgeordneten Uwe Dornemann (CDU) und Alfred Dannenberg (AfD) beim Thema Wolf brachte Günther Winkelmann von der Uelzener Bürgerinitiative "Wolfsfreie Dörfer" am kraftvollsten zum Ausdruck, als er von zwei aktuellen Reißgeschehen in Schafherden berichtete und regelrecht in den Versammlungssaal hinausschrie: "Wenn das nochmal passiert, kippe ich die toten Tiere auch in Hannover vors Ministerium - ich habe keine Angst." SPD und Grüne waren ebenfalls eingeladen, aber bewußt der Veranstaltung ferngeblieben.

Daß die Freunde eines radikalen Wolfsschutzes sogar die Grenzen der Legalität überschreiten, belegen Vorfälle rund um die Gemeinde Wriedel im Kreis Uelzen Ende 2021, wo im Zusammenhang mit einer Abschußgenehmigung des sogenannten Ebstorfer Rüden und eines weiteren Wolfs durch das niedersächsische Umweltministerium nach mehreren Rissen von Nutztieren gleich mehrere Jagdansitze abgepackelt worden waren.

Im Vorfeld hatten Tierschutzorganisationen am Verwaltungsgericht Lüneburg vergeblich versucht, den Abschuß verbieten zu lassen (Az. 2 B 31/20 - 2 B 34/20). Als die beauftragten Wolfsjäger versehentlich eine Fähe statt des Rüden erlegten, eskalierte die Situation. Wie weit Wolfsschützer gehen, zeigen auch Todesdrohungen gegen den damaligen Landesumweltminister Olaf Lies (SPD) zu Jahresbeginn 2020 nach dessen Abschußverfügung gegen einen Wolfsrüden des Rodewalder Rudels (Kreis Nienburg).

Als vermittelnde Stimme ist vor allem der Gründer und Leiter des Wolfszentrums Dörverden, Frank Faß, wahrnehmbar. Er wirbt schon seit Längerem in den am stärksten von Wölfen besiedelten Bundesländern und denen mit den höchsten Zahlen gerissener Nutztiere für die Aufstellung spezialisierter Teams von Wolfsjägern.

"Die müssen ja auch erst einmal eine Lernkurve durchmachen", begründet Faß die geforderte Spezialeinheit. "Man bevorzugt in der Politik die heimischen Jäger, die aber dafür nicht ausgebildet sind." Auch wenn es noch keine ernsthaften Übergriffe auf Menschen in Deutschland gegeben habe, müsse das Land sich genau darauf vorbereiten.

Aktuellster Hintergrund der Urangst vor einem Angriff auf Menschen ist ein Vorfall in Viselhövede, Kreis Rotenburg. Dort wurde eine Radfahrerin auf einer Landstraße von drei Wölfen verfolgt. Erst als die Radlerin angehalten, die Caniden (Tierfamilie der Hunde) angeschrien hatte und ein hupendes Auto die Abwehr unterstützte, zogen sich die Wölfe zurück.

Erste Menschenopfer in Europa

Die These der Wolfsschützer, der Mensch gehöre nicht ins Beuteschema, stimmt nicht uneingeschränkt, wie bereits einige Menschenopfer in Europa belegen. Auf dem Kontinent hat es

zwischen 1950 und 2020 nachweislich 127 Übergriffe gegeben. Die meisten Vorfälle hatten mit tollwütigen Tieren zu tun, es gab aber auch prädatorische Übergriffe, wo seltenes Beutefangverhalten gegenüber Menschen erkennbar war. Bei den 127 Übergriffen erlagen neun Menschen ihren Verletzungen, vier davon waren Kinder.

Der Konflikt ist insoweit programmiert. Je länger der günstige Erhaltungszustand der Wolfspopulation in Deutschland negiert wird, desto massiver wird der Druck auf die Politik seitens der Landbevölkerung zunehmen, die bereits mit ungleichen Lebensverhältnissen, dem Zwang zur Ausweisung von noch mehr Windparks, schlechterer klinischer Versorgung und unzureichendem ÖPNV zu kämpfen hat. Ob ein langes Zuwarten der Politik in der Causa Wolf sinnvoll ist, oder dies die gesellschaftlichen Risse weiter vertieft, wird die Zeit zeigen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18. April 2023: >>**Die Klima-Studie, von der Sie nie etwas hören werden**

Vor kurzem wurde eine wichtige neue Studie zum Klimawandel veröffentlicht. Man kann Wetten darauf abschließen, daß sie in den Medien keine Erwähnung finden wird. Die Ergebnisse der Studie sind ein Super-GAU für Klima-Ideologen, deren dreiste Lügen wir in unserem großen Faktencheck in COMPACT-Spezial "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt" entlarven.

_ von *Ross McKittrick*

Ich spreche nicht von dem Synthesebericht des IPCC mit der unsinnigen Überschrift "Dringende Klimaschutzmaßnahmen können eine lebenswerte Zukunft für alle sichern". Nein, das ist nur bedeutungsloses Gerede, welches einmal mehr beweist, wie weit sich der IPCC von seinem ursprünglichen Auftrag, objektive wissenschaftliche Bewertungen zu liefern, entfernt hat.

Brandneue NOAA-Veröffentlichung

Ich beziehe mich statt dessen auf eine neue Veröffentlichung im Journal of Geophysical Research-Atmospheres von einer Gruppe von Wissenschaftlern der U.S. National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA) unter der Leitung von Cheng-Zhi Zou, die eine neue, von Satelliten abgeleitete Temperaturaufzeichnung für die globale Troposphäre (die atmosphärische Schicht von einem Kilometer bis zu einer Höhe von etwa 10 km) präsentiert.

Die Klimaaufzeichnungen für die Troposphäre sind aus zwei Gründen stark umstritten. Erstens ist dies der Bereich, in dem den Klimamodellen zufolge die Erwärmung durch Treibhausgase (THG) am stärksten sein wird, insbesondere in der mittleren Troposphäre. Und da diese Schicht nicht von der Verstädterung oder anderen Veränderungen der Landoberfläche betroffen ist, ist sie ein guter Ort, um ein klares Signal für die Wirkung von Treibhausgasen zu beobachten.

Struktureller Fehler in den Studien

Seit den 1990er Jahren haben die Aufzeichnungen von Wettersatelliten und Wetterballonen gezeigt, daß die Klimamodelle eine zu starke Erwärmung vorhersagen. In einer Studie aus dem Jahr 2020 untersuchten John Christy von der University of Alabama-Huntsville (UAH) und ich die Ergebnisse der 38 neuesten Klimamodelle und verglichen ihre globalen troposphärischen Erwärmungsraten von 1979 bis 2014 mit Beobachtungen von Satelliten und Wetterballonen.

Alle 38 Modelle wiesen eine zu starke Erwärmung auf, und in den meisten Fällen waren die Unterschiede statistisch signifikant. Wir argumentierten, daß dies auf einen strukturellen Fehler in den Klimamodellen hinweist, die zu stark auf Treibhausgase reagieren.

Aber, und das ist der zweite Streitpunkt, es gab auch Anfechtungen der Beobachtungsdaten. Christy und sein Mitautor Roy Spencer erfanden die ursprüngliche Methode zur Ableitung von Temperaturen aus Messungen der Mikrowellenstrahlen, die seit 1979 von NOAA-Satelliten in der Umlaufbahn gesammelt wurden.

Ihre Leistung brachte ihnen zahlreiche Auszeichnungen ein, sorgte aber auch für Kontroversen, weil ihre Satellitenaufzeichnungen keine Erwärmung zeigten. Vor etwa 20 Jahren entdeckten Wissenschaftler von Remote Sensing Systems in Kalifornien einen kleinen Fehler in ihrem Algorithmus, der, nachdem er korrigiert worden war, tatsächlich einen Erwärmungstrend ergab.

Geringer Erwärmungstrend

Christy und Spencer übernahmen die RSS-Korrektur, aber die beiden Teams waren sich anschließend in anderen Fragen uneinig, z.B. in der Frage, wie die Positionsdrift der Satelliten korrigiert werden sollte, die die Tageszeit verändert, zu der die Instrumente ihre Messungen über jedem Ort vornehmen. Das RSS-Team verwendete ein Klimamodell, um die Korrektur zu entwickeln, während das UAH-Team eine empirische Methode anwandte, was zu leicht unterschiedlichen Ergebnissen führte. Eine weitere Frage war, wie die Aufzeichnungen zusammengeführt werden können, wenn ein Satellit außer Betrieb genommen und durch einen anderen ersetzt wird. Eine fehlerhafte Zusammenführung kann zu einer ungewollten Erwärmung oder Abkühlung führen.

Am Ende waren die beiden Reihen ähnlich, aber RSS zeigte durchweg eine stärkere Erwärmung als UAH. Vor etwas mehr als einem Jahrzehnt erstellte die von Zou geleitete Gruppe der NOAA ein neues Datenprodukt namens STAR (Satellite Applications and Research). Dabei wurden dieselben Mikrowellenmessungen verwendet, aber es wurde eine Temperaturaufzeichnung erstellt, die eine viel stärkere Erwärmung zeigte als UAH oder RSS sowie alle Wetterballonaufzeichnungen.

Das kam einer Validierung der Klimamodelle sehr nahe, obwohl wir in meiner Arbeit mit Christy die STAR-Daten in den Satellitendurchschnitt einbezogen und die Modelle immer noch zu heiß liefen. Nichtsdestotrotz war es möglich, die kühlest Modelle mit den STAR-Daten zu vergleichen und eine Übereinstimmung zu finden, was ein Rettungsanker für diejenigen war, die argumentieren, daß die Klimamodelle innerhalb des Unsicherheitsbereichs der Daten liegen.

Bis jetzt. In ihrer neuen Veröffentlichung haben Zou und seine Mitautoren die STAR-Reihe auf der Grundlage einer neuen empirischen Methode zur Beseitigung der tageszeitlichen Beobachtungsdrift und einer stabileren Methode zur Zusammenführung von Satellitenaufzeichnungen neu aufgebaut. Jetzt stimmt STAR sehr gut mit der UAH-Reihe überein - sie weist sogar einen etwas geringeren Erwärmungstrend auf.

Die alte STAR-Reihe wies einen Erwärmungstrend in der mittleren Troposphäre von 0,16 Grad Celsius pro Jahrzehnt auf, jetzt sind es 0,09 Grad pro Jahrzehnt, verglichen mit 0,1 bei UAH und 0,14 bei RSS. Für die Troposphäre als Ganzes schätzen sie einen Erwärmungstrend von 0,14 Grad pro Jahrzehnt.

Beweise gegen den Alarmismus

Das Team von Zou stellt fest, daß ihre Ergebnisse "starke Auswirkungen auf Trends in Klimamodellsimulationen und andere Beobachtungen haben", da sich die Atmosphäre im gleichen Zeitraum nur halb so schnell erwärmt hat wie von den Klimamodellen vorhergesagt. Sie stellen außerdem fest, daß ihre "Ergebnisse mit den Schlußfolgerungen von McKittrick und Christy (2020) übereinstimmen", nämlich daß die Klimamodelle eine weit verbreitete Verzerrung der globalen Erwärmung aufweisen.

In anderen Forschungsarbeiten haben Christy und der Mathematiker Richard McNider gezeigt, daß die Erwärmungsrate der Satelliten impliziert, daß das Klimasystem nur halb so empfindlich auf Treibhausgase reagieren kann wie das Durchschnittsmodell, das vom IPCC für die Prognose der künftigen Erwärmung verwendet wird.

Das ist in der Tat ein starkes Indiz, aber vom IPCC werden Sie nichts darüber erfahren. Diese Gruppe gibt regelmäßig vor, die Wissenschaft zu überprüfen, bevor sie Pressemitteilungen

herausgibt, die sich wie Gretas Twitter-Feed anhören. In der realen Welt werden die Beweise gegen die alarmistischen Vorhersagen der überhitzten Klimamodelle immer eindeutiger. Eines Tages könnte sogar der IPCC dahinterkommen.

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 19. April 2023: >>**US-Großbank: Häuser enteignen, Windräder bauen**

Einer der mächtigsten Wirtschaftsführer der USA macht nun einen ungeheuerlichen Vorschlag, um den Bau von Solaranlagen und Windrädern voranzutreiben. COMPACT-Spezial "Klima-Terroristen" klärt auf, wie die Öko-Extremisten denken und wer sie bezahlt.

_ von *Robert Bryce*

Deep Throat hat nie gesagt: "Folge dem Geld". Dieser Satz, der zu einem der berühmtesten Axiome in Politik und Journalismus geworden ist, wurde 1976 in dem Film "All the President's Men" mit Dustin Hoffman und Robert Redford in den Hauptrollen verwendet. Der Satz stand jedoch nicht in dem gleichnamigen Buch von Carl Bernstein und Bob Woodward aus dem Jahr 1974, in dem sie über ihre Ermittlungen zum Watergate-Debakel berichteten.

Statt dessen wurde der Satz offenbar erstmals von einem Anwalt namens Henry Petersen verwendet, der 1974 bei einer Anhörung des Justizausschusses des Senats aussagte. Er wurde dann in das Drehbuch des Films aufgenommen, geschrieben von Woodward und William Goldman.

Angriff auf das Privateigentum

Heute ist der Ausdruck Teil unseres politischen Sprachgebrauchs. Er wurde als Filmtitel und als Buchtitel verwendet, und er wird auf Dutzenden von Websites verwendet, darunter followthemoney.org, die politische Spenden verfolgen.

Wer dem Geld folgt, wird verstehen, warum Jamie Dimon, der Vorstandsvorsitzende der in punkto Marktkapitalisierung größten Bank der Welt J. P. Morgan möchte, daß die Regierung Privateigentum beschlagnahmt, damit seine Bank den Bau von mehr Solar- und Windenergieprojekten finanzieren kann, um etwas gegen den Klimawandel zu tun. Letzte Woche schrieb Dimon in seinem Brief an die Aktionäre:

"Reformen bei den Genehmigungen sind dringend erforderlich, damit Investitionen überhaupt rechtzeitig getätigt werden können. Möglicherweise müssen wir sogar Enteignungen vornehmen - wir bekommen die entsprechenden Investitionen für Netz-, Solar-, Wind- und Pipeline-Initiativen einfach nicht schnell genug."

Die grünen Kriegsgewinnler

Folgen Sie dem Geld. Dimon möchte, daß die Regierung Privateigentum beschlagnahmt, weil seine Bank einer der beiden größten Akteure im Bereich der Steuerfinanzierung ist, einem 20-Milliarden-Dollar-Geschäft pro Jahr - entscheidend für die Entwicklung von Wind- und Solaranlagen.

Angenommen, diese Projekte werden nicht gebaut. Dann entgehen J. P. Morgan Gewinne in Milliardenhöhe. Um die Aneignung von Privateigentum zu rechtfertigen, berief sich Dimon auf das Schreckgespenst des Klimawandels und schrieb, daß sich das "Zeitfenster für Maßnahmen zur Abwendung der kostspieligsten Auswirkungen des globalen Klimawandels schließt" und daß wir "mehr tun müssen, und zwar sofort", um "wissenschaftlich fundierte Klimaziele" zu erreichen.

Dimon benutzt das Wort "Wissenschaft", um die Beschlagnahmung von Privateigentum zu rechtfertigen, aber was er befürwortet, ist das, was ich als Klimakorporatismus bezeichne, d.h. den Einsatz von Regierungsmacht, um die Profite großer Unternehmen auf Kosten der Verbraucher - und insbesondere auf Kosten kleiner (und meist ländlicher) Landbesitzer - im Namen des Klimawandels zu steigern.

Amerikaner beginnen sich zu wehren

Folgen Sie dem Geld. Die Gewinne von J. P. Morgan beliefen sich im vergangenen Jahr auf etwa 37,7 Milliarden Dollar, was einem Rückgang von etwa 20 Prozent gegenüber 2021 entspricht. Dimon braucht mehr Finanzierungen aus Steuermitteln, um das Ergebnis seiner Bank zu verbessern.

Dimon erwähnte in seinem Aktionärsbrief nicht - und die etablierten Medien weigern sich weitgehend, darüber zu berichten - daß es von Maine bis Hawaii wütende Landnutzungskonflikte um erneuerbare Projekte gibt.

Wie von mir in der Renewable Rejection Database dokumentiert haben lokale Gemeinden und Gerichtsbarkeiten seit 2015 fast 500 Mal Wind- oder Solarprojekte abgelehnt oder eingeschränkt. Amerikaner im ländlichen Raum wehren sich gegen diese Projekte, weil sie um ihre Grundstückswerte besorgt sind - und das zu Recht.

Eine Studie aus dem Jahr 2020 in Rhode Island ergab, daß die Preise für Häuser in der Nähe von Solarprojekten um bis zu 7 Prozent gesunken sind. Eine im letzten Monat veröffentlichte Studie des Lawrence Berkeley National Laboratory kam zu dem Schluß, daß Solarprojekte den Wert von Immobilien in der Nähe um bis zu 5 Prozent verringern können. Auch Windkraftanlagen können den Wert von Immobilien verringern.

Eine Studie der London School of Economics aus dem Jahr 2014 kam zu dem Ergebnis, daß Windkraftanlagen den Wert von Häusern in der Nähe um bis zu 12 Prozent mindern können, und eine Studie des RWI aus dem Jahr 2019 über deutsche Häuser ergab, daß Windkraftanlagen den Wert von Häusern in der Nähe um etwa 7 Prozent mindern können, wenn man rund drei Millionen Angebote einer Online-Immobilien-Website auswertet.

Starke Wertverluste

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß Solar- und Windprojekte zwar politisch beliebt sind, aber niemand in ihrer Nähe wohnen möchte. Das gilt besonders für Windkraftanlagen. Landbewohner wollen nicht für den Rest ihres Lebens die rot blinkenden Lichter von 50 oder 60 Stockwerke hohen Windturbinen sehen, und das jede Nacht.

Sie sind auch zu Recht besorgt über die Belästigung und die schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit, die durch eine längere Exposition gegenüber tieffrequentem Lärm, Infraschall und Lärmbelastigung durch riesige Windturbinen verursacht werden können - ein Problem, das bereits 2009 von der Gesundheitsbehörde von Minnesota dokumentiert worden war.

Folgen Sie dem Geld. Dimon erwähnte in seinem Aktionärsbrief nicht, daß seine Bank im Jahr 2020 zusammen mit zwei anderen Unternehmen für 2,5 Milliarden Dollar Anteile an NextEra, dem weltweit größten Produzenten erneuerbarer Energien kaufte. Wie ich letztes Jahr erklärt habe, hat NextEra in einem kürzlich eingereichten 10-K-Bericht fast 4,3 Milliarden Dollar an Steuergutschriften auf Bundesebene ausgewiesen. Dieses Volumen an Steuergutschriften stellt sicher, daß NextEra noch viele Jahre lang keine Körperschaftssteuer zahlen muß.

Verschmelzung von Regierung und Konzernen

Folgen Sie dem Geld. Im Jahr 2021 erklärte J. P. Morgan, daß es in den nächsten zehn Jahren mehr als 2,5 Billionen Dollar an Projekten im Bereich der alternativen Energien "finanzieren und erleichtern" werde, wobei 1 Billion Dollar für erneuerbare Energien und "saubere" Technologien ausgegeben werden sollen.

Das sind große Zahlen. Und Dimon hat Recht, wenn er sagt, daß der Aufbau einer Energieinfrastruktur schwierig ist. Letzten Monat meldete die Energy Information Administration, daß "im Jahr 2022 die geringste zwischenstaatliche Erdgaspipeline-Kapazität hinzugefügt wurde, seit wir 1995 mit der Datenerfassung begonnen haben."

Auch der Bau von Hochspannungsleitungen ist äußerst schwierig. Wie ich bereits im Februar auf diesen Seiten dargelegt habe, würde die Verdoppelung des amerikanischen Hochspannungsnetzes bei den derzeitigen Wachstumsraten von etwa 1.700 Meilen pro Jahr 140 Jahre

dauern. Im vergangenen Jahr wurden im Hochspannungsnetz der USA nur etwa 800 Meilen an neuen Leitungen hinzugefügt.

Lisa Linowes, die Gründerin und Geschäftsführerin der WindAction-Gruppe, die seit 2006 hartnäckig den Rückschlag gegen Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien dokumentiert, sagte mir in einer E-Mail, daß Dimons Befürwortung der Enteignung "die Verschmelzung von großer Regierung und großem Unternehmen demonstriert". Diese Fusion ist schon seit langem im Gange. Letzte Woche machte Jamie Dimon deutlich, daß er den Prozeß beschleunigen will. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 21. April 2023: >>**New York: "CO2-Fußabdruck" der Bürger ausspionieren**

Von *Karel Meissner*

Klima-Diktatur: Der Bürgermeister von New York will über Daten von Kreditkarten den CO2-Fußabdruck der Bürger herausfinden, um anschließend einen "Höchstwert" festzulegen. "American Express" ist mit an Bord. ...

Klaus Schwab darf jubeln. Wieder steht eine Dystopie seines World Economy Forums (WEF) kurz vor der Realisation. Ein weiterer Schritt auf dem Weg nach "Neuschwabenland", der "armen, aber glücklichen" Great Reset-Gesellschaft.

Mal ehrlich: Man kann die Bürger doch nicht frei entscheiden lassen. Selbst beim Shoppen brauchen sie "Führung". Vor allem, wenn es um Klimafragen geht. Diese unwoken Subjekte achten beim Einkauf niemals darauf, wieviel CO2 bei der Herstellung oder dem Transport der Produkte ausgestoßen wurde. Das schreit nach staatlicher Bevormundung!

Also will der Bürgermeister von New York, Eric Adams, eine künftige Auswertung von Daten aus Kreditkarten, um den CO2-Fußabdruck der Einwohner festzustellen. Aus besagten Daten ließen sich "Höchstwerte" für die einzelnen Bürger errechnen. Die Kreditkartenfirma "American Express" ist bereits an Bord.

Laut Report24 könne dies so weit gehen, "daß man bei jedem Einkauf auf dem Kassenbon seine 'persönliche CO2-Bilanz' und vielleicht auch den bisher erreichten Prozentsatz des maximalen CO2-Verbrauchs pro Monat für Lebensmittel zu sehen bekommt."

Diese Kontroll-Maßnahme ist nicht mehr weit vom chinesischen Punktesystem entfernt. Denn bei purer Limitierung des CO2-Quotienten dürften die Machthaber es kaum belassen. Zu groß die Versuchung, Bürger für ihre Produktwahl künftig zu belohnen oder zu bestrafen.

Der vom WEF bejubelte Verein "My Carbon" (Was für ein Name!) empfiehlt auf seiner Website diverse Links, um den eigenen "CO2-Fußabdruck" zu errechnen. Was hier noch freiwillig ist, dürfte in New York bald zum Zwang mutieren. Und nicht nur da. Auch Kanadas Regierung ist bereits interessiert.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 24. April 2023: >>**Klima-Terroristen kollidieren mit Lithium-Eisberg**

Die einst titanische Umweltbewegung ist tot - zerschmettert vom Klima-Eisberg. Die Welt hat sich von sauberer Luft und sauberem Wasser auf "saubere" Energie verlegt, die überhaupt nicht sauber ist. ...

_ von *Duggan Flanakin*

Echte Umweltprobleme im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien - Schäden an gefährdeten Walen und Weißkopfseeadlern durch Windturbinen, Wassernutzung und -verschmutzung sowie Giftmüll aus dem Lithium- und Kobaltabbau - sind nicht einmal Teil der Diskussion.

Klima-Kreuzritter im Angriffsmodus

Die unglückselige Reise der Titanic endete, als sie auf einen riesigen Eisberg auflief, der zu 90 Prozent unter der Wasseroberfläche lag. Der weltweite Vorstoß für Elektrofahrzeuge, der keine größeren Cheerleader hat als US-Präsident Joe Biden und den kanadischen Premier-

minister Justin Trudeau, ist wie ein tödlicher Eisberg mit schmutzigen kleinen Geheimnissen, die von willfährigen Medien weit unter der Oberfläche versteckt werden.

Erst diese Woche hat Biden seinen Kreuzzug verstärkt, um die Amerikaner zum Kauf von Elektrofahrzeugen mit Lithiumbatterie zu zwingen, für die CO₂-Emissionsstandards vorgeschlagen werden. Und das, obwohl die große Mehrheit der Menschen heute immer noch die Verbrennungsmotoren bevorzugt, auf die sie sich seit über einem Jahrhundert verlassen.

Die Kreuzritter haben Kohlendioxid, das das Pflanzenwachstum fördert und zur Herstellung synthetischer E-Treibstoffe verwendet werden kann, zu einem Monster gemacht, das ausgerottet werden muß. Diese heuchlerische Position wird von denjenigen geteilt, die viele Kohlenstoffeinheiten (Menschen) eliminieren wollen, um "den Planeten zu retten".

Schmutziger Lithium-Abbau

Der Vorschlag von Biden vermeidet die Frage, ob sich der Kompromiß zwischen der angenommenen geringeren Kohlendioxid-Konzentration und der höheren Luft- und Wasserverschmutzung lohnt. Die negativen Auswirkungen der Verschmutzung konzentrierten sich bisher auf Länder (einschließlich Chile, Argentinien und Australien), in denen die am stärksten Betroffenen nicht an den Wahlen in den USA teilnehmen können.

Die Welt weiß inzwischen, daß der Lithiumabbau nicht schön ist. Selbst die Lithiumindustrie gibt zu, daß "der Abbau und die Gewinnung von Lithiumressourcen Schadstoffe produziert und große Auswirkungen auf die Umwelt hat". Außerdem "sind die Bedingungen für den Lithiumabbau nicht gut". Daher ist "der Abbau von Lithium zu einem großen Problem geworden".

Paul Homewood erklärt:

"Der Prozeß erschöpft das Grundwasser und hinterläßt giftige Abwässer, die Felder verseuchen und die Tierwelt schädigen." Außerdem werden beim Lithiumabbau für jede gewonnene Tonne Lithium 15.000 Kilogramm Kohlendioxid-Emissionen freigesetzt.

Gigantischer Wasserverbrauch

Beim Lithiumabbau wird in Salinen gebohrt, um eine salzige, mineralreiche Sole abzupumpen, die in Verdunstungsbecken gelagert wird. Der Prozeß dauert Monate und verbraucht etwa 2 Millionen Wasser pro Tonne Lithium. Der Lithiumabbau senkt also den Grundwasserspiegel, verschmutzt die nahe gelegenen Grundwasserleiter und verringert das lokal verfügbare Trinkwasser.

Das Institute for Energy Research berichtete, daß die Bewohner des argentinischen Salar de Hombre Muerto der Meinung sind, daß der Lithiumabbau Bäche verseucht hat, die für Trinkwasser und die Bewässerung von Pflanzen genutzt werden. In Chile prägen Berge von weggeworfenem Salz und mit kontaminiertem Wasser gefüllte Kanäle die Landschaft. Der chilenische Lithiumbatterie-Experte Guillermo Gonzalez beklagte:

"Das ist keine grüne Lösung - es ist überhaupt keine Lösung."

Entgegen aller Vorhersagen werden Sie in den heutigen Artikeln, die die "Lithium-Revolution" anpreisen, nichts von diesen Bedenken hören. Genauso wie die EPA die Bedenken über die wahrscheinliche Verbindung zwischen Offshore-Windturbinen und dem Tod von Walen ignoriert, ignoriert die Biden EPA die negativen Auswirkungen des Lithiumabbaus in ihrem manischen Bestreben, die Amerikaner in Elektrofahrzeuge oder gar kein Fahrzeug zu zwingen.

Zum Teufel mit der Umwelt!

Begünstigt (oder bestochen?) durch massive Subventionen im Rahmen des falsch benannten Inflation Reduction Act kündigte General Motors an, 650 Millionen Dollar zu investieren, um die Exklusivrechte an den ersten Früchten der Lithium America Mine in Thacker Pass, Nevada, zu erwerben.

Fast unmittelbar danach entschied die Richterin des US-Bezirksgerichts Miranda Du, daß das

Bureau of Land Management die Genehmigung für die Mine ordnungsgemäß erteilt hatte, und ebnete damit den Weg dafür, daß das Unternehmen ab 2027 genügend Lithium für eine Million Elektrofahrzeugbatterien pro Jahr liefern kann.

Einen Monat zuvor hatte das Energieministerium Pläne bekannt gegeben, dem australischen Unternehmen Ioneer Ltd. 700 Millionen Dollar für das kleinere Lithiumbergbauprojekt Rhyolite Ridge, ebenfalls in Nevada, zu leihen. Dieses Projekt wurde von (fehlgeleiteten?) Befürwortern des Schutzes der gefährdeten Wildblume Tiehm's Buchweizen gebremst, aber der Triumph des Klimas über die Umwelt macht dies zu einem wahrscheinlich abgeschlossenen Geschäft.

Bidens Kursschwenk

Das DOE sagte, das Darlehen zeige das Engagement der Regierung, die nationale Batterie-lieferkette zu stärken, den Transportsektor zu elektrifizieren und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und ausländischen Rohstofflieferanten zu verringern. Ein Sprecher des Center for Biological Diversity bezeichnete die Kreditzusage als "eine ziemlich transparente Bemühung ... um eine politische Dynamik für das Projekt aufzubauen".

Die einzige andere Lithiummine in den USA, Silver Peak (ebenfalls in Nevada), ist im Besitz von Albemarle, dem vielleicht größten Lithiumproduzenten der Welt. Albemarle hat Pläne angekündigt, die Produktion der Mine zu verdoppeln. Das Unternehmen erhielt außerdem einen DOE-Zuschuß in Höhe von 150 Mio. \$ im Rahmen des Bipartisan Infrastructure Law, um den Bau einer neuen Lithium-Konzentrationsanlage im kommerziellen Maßstab in North Carolina zu finanzieren.

Der Vorstoß der Biden-Regierung, die Minen Thacker Pass und Rhyolite Ridge zu aktivieren und Geld in den Betrieb von Albemarle zu stecken, stellt eine deutliche Abkehr von der bisherigen Biden-Politik dar, die Bergbauvorhaben in Alaska, Minnesota und Colorado vereitelt hat - und von der vieljährigen Anti-Bergbaupolitik der Demokratischen Partei. Niemand fragt, woher das Wasser für diese massiven Bergbauvorhaben im von Dürre geplagten amerikanischen Westen kommt.

Kanadas Lithium-Feldzug

Präsident Bidens "kleiner Bruder im Norden", Premierminister Trudeau, feiert die Wiederbelebung des Lithiumbergbaus. Dort wird die Öl- und Gasförderung seit langem als katastrophal für die Umwelt verteufelt, doch die Insitu-Ölförderung hinterläßt nur einen winzigen Fußabdruck und reinigt die Böden, und die Ölminen im Tagebau müssen die betroffenen Flächen wieder in ihren ursprünglichen Zustand versetzen, nachdem sie die Böden von umweltschädlichem Öl befreit haben.

Während der Ölbergbau alles andere als umweltfreundlich ist, gilt dies auch für den Lithiumbergbau. Dennoch werden in ganz Kanada neue Lithiumminen als die Welle der Zukunft und als Kanadas Beitrag zur Rettung des Planeten vor wärmerem Wetter angepriesen (welches die meisten Kanadier wahrscheinlich feiern würden).

Im Jahr 2020 kündigte die Regierung von Saskatchewan freudig ein neues gemeinsames Lithiumprojekt von Prairie Lithium Corp und LIEP Energy Ltd an. In der Pressemitteilung, in der nicht einmal auf die Umweltverschmutzung eingegangen wurde, hieß es, daß das Projekt übertragbare Lizenzgebühren im Wert von 25 Prozent der förderfähigen Investitions- und Betriebskosten einbringen kann.

Ein Feldzug gegen das Volk

Im vergangenen Juli veröffentlichte Northern Miner einen begeisterten Bericht über die Zukunft des Lithiumbergbaus in Kanada, in dem unter anderem Investitionen in Techniken zur Gewinnung von Erdölsole in Alberta und in eine schnell wachsende Batterie- und Elektrofahrzeugindustrie in Quebec und Ontario in Aussicht gestellt wurden.

In dem Bericht wurde das "attraktivere" regulatorische Umfeld Kanadas angeführt und darauf

hingewiesen, daß die Genehmigungszeiten für Minen in Kanada viel kürzer sind als in den USA und daß die Regierung 3,8 Milliarden kanadische Dollar zur Unterstützung des Bergbausektors vorgeschlagen hat. Wasser- und Abfallwirtschaft wurden nicht erwähnt. Im November letzten Jahres meldete CBC News, daß die Aufnahme der Produktion in der Lithiumkonzentratmine in La Corne in Quebec dieses Unternehmen zum kanadischen Marktführer im Lithiumsektor machen würde. Und das trotz der leisen Rufe von Umweltgruppen und der Long Point First Nation, daß Lithiumprojekte die Wasserqualität und die Lebensweise des Stammes der Anishinabeg bedrohen.

Anfang dieses Monats kündigte das Unternehmen Canadian North Resources Inc. (CNRI) Pläne an, auf seinem Grundstück am Ferguson Lake in British Columbia bis 2023 nach Lithiummineralien zu suchen. CNRI behauptet, auf dem Grundstück umfangreiche granitische Pegmatit-Mineralien entdeckt zu haben, und sagt, daß die regionale Geologie und das tektonische Umfeld für eine Lithiummineralisierung günstig sind.

Erst vor zwei Jahren, als Imperial Metals bei der Regierung von British Columbia eine Erkundungsgenehmigung für Goldbohrungen im Quellgebiet des Skagit River beantragte, kündigte eine internationale Koalition aus über 200 indigenen Gruppen, Unternehmen und Umweltschützern ihren Widerstand an und sorgte für weltweite Schlagzeilen. Heute: Grillen. Genauso wie Eisberge schmelzen, ist es sehr wahrscheinlich, daß der Lithium-Boom auf Probleme mit einer Bevölkerung stoßen wird, die unglücklich darüber ist, daß sie dazu gezwungen wird, eine Zukunft zu akzeptieren, die ihre Freiheit, ihren Geldbeutel und ihre Lebensfreude beschneidet.

Bis dahin werden jedoch die unausgesprochenen Umweltschäden an Land, Wasser, Menschen, Tieren und Pflanzen wahrscheinlich auch die Wirtschaft ruiniert haben, die nicht mehr in der Lage sein wird, für ihre Wiederherstellung zu zahlen.

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 4. Mai 2023: >>**Grüner Geheimplan soll Enteignung verschärfen: Hände weg von unseren Heizungen!**

Darf's noch etwas mehr Verarmung und Öko-Sozialismus sein? Nachdem die Enteignung von deutschen Heizungsbesitzern bereits von der Bundesregierung beschlossen wurde, sieht ein Geheimplan der grünen Landesumweltminister weitere Verschärfungen vor.

Schon nach jetzigem Stand sollen ab 2024 keine neuen Heizungen mehr mit Öl oder Gas betrieben werden können. Der von den Grünen geführte Umweltausschuß des Bundesrates fordert nun, daß auch für Wohngebäude mit weniger als sechs Wohneinheiten die Befreiung von der Verpflichtung zu Betriebsprüfungen und zur vermeintlichen "Optimierung" von Heizungen abgeschafft wird.

Auch für die über 80-Jährigen sollen Ausnahmeregelungen abgeschafft werden. Zudem sollen Betriebsverbote für Heizkessel mit fossilen Brennstoffen schon früher ermöglicht werden als ursprünglich geplant. Einmal mehr zeigt sich: Reicht man den Grünen in punkto Wohlstandsvernichtung auch nur den kleinen Finger, dann ist binnen kurzer Zeit die komplette Hand verschlungen. Den "Finger" gereicht hat die FDP - sie ist es, die sich mit leeren Worten als Freiheitsfreund aufspielt, um dann den schlimmsten, totalitären grünen Wahnsinn abzunicken.

Statt eines Kuschelkurses gegenüber den Grünen ist daher eine klare Ansage erforderlich: Hände weg von unseren Heizungen! Wir dürfen nicht zulassen, daß weltfremde grüne Ideologen sich am Eigentum der Menschen in Deutschland vergreifen, während SPD und FDP dafür den Steigbügel halten. Nur mit der AfD bleibt es eine Selbstverständlichkeit: Es muß den Bürgern selbst überlassen werden, wie sie heizen, was sie essen und mit welchem Gefährt sie zur Arbeit fahren.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 4. Mai 2023: >>Vetternwirtschafts-Ministerium: Habecks Clan-Sumpf muß trockengelegt werden!

Der Filz im Bundeswirtschaftsministerium schlägt immer höhere Wellen - und mittlerweile sieht es so aus, als wäre die komplette Chefetage mitsamt Beraterfirmen in den Händen einiger Sponti-Familien. Im Zentrum steht der Clan von Habecks Staatssekretär Patrick Graichen, der lukrative Posten mit Verwandten und Günstlingen besetzt hat.

Bruder und Schwester streichen mit ihrem Öko-Institut staatliche Fördermittel ein, sie ist nicht nur mit Habecks anderem Staatssekretär verheiratet, sondern sitzt zugleich im Nationalen Wasserstoffrat. Der wiederum berät den Wasserstoff-Ausschuß, indem Patrick Graichen sitzt. Der "Öko-Pate" wollte kürzlich noch seinen Trauzeugen zum Chef der Deutschen Energie-Agentur Dena machen, was jedoch nun rückgängig gemacht werden mußte.

Robert Habeck wiederum erhält einen Preis aus den Händen seines Bruders, der Chef der Wirtschaftsfördergesellschaft von Schleswig-Holstein ist. Und nun kommt auch noch heraus, daß Habecks Abteilungsleiter für "Wärme, Wasser und Effizienz", Christian Maaß, privat Anteile am Hamburg Institut hält, das ebenfalls mit öffentlichen Mitteln gefüttert wird.

Über deren Höhe entscheidet er auch noch mit! Es wird immer deutlicher, daß sich im Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz eine elitäre Clique nicht nur bereichert, sondern darüber hinaus auch noch fatale und weitreichende Vorschriften macht, die unser Land und die Bürger Stück für Stück in den Ruin treiben!

Hier reicht es nicht, ein schiefgelaufenes Bewerbungsverfahren für die Dena zu korrigieren, nein: Der komplette Sumpf muß trockengelegt, das gesamte Geflecht durchleuchtet und entwirrt werden. Die Graichens, die Habecks und wie sie noch heißen, müssen ihrer vergoldeten Ämter enthoben werden! Damit würde man letztendlich nicht nur der Gerechtigkeit genüge tun, sondern unser ganzes Land könnte endlich wieder aufatmen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 19/23" berichtete am 5. Mai 2023 (x1.387/...):

>>**Schäfer und Bauern verzweifeln**

Der Wolf ist der Liebling der Ampel-Politiker, doch er zerstört die Viehwirtschaft

Martina Meckelein

Kurz bevor der Demonstrationzug das Brandenburger Tor erreicht, ruft ein Herr in Anzug und Krawatte den Teilnehmern zu: "Schafft euch doch einfach Herdenschutzhunde an." Der Rat eines Städters, doch dem Wolf ist weder mit Hunden noch Weidezäunen und schon gar nicht mit Vermenschlichung beizukommen. Vielleicht 60 Demonstranten, sie sind Landwirte, Schäfer, Pferdehalter aus Brandenburg, Niedersachsen, Hessen oder Baden-Württemberg, ziehen durch die Berliner Innenstadt.

Sie demonstrieren "gegen die ungehemmte und existenzbedrohende Ausbreitung und Vermehrung der Wolfspopulation", sagt Wendelin Schmücker der JUNGEN FREIHEIT. Er selbst war nicht bei der Demonstration. "Unsere Schafe lammen", sagt seine Frau Anette. "Nach dem letzten Wolfsangriff auf die Herde muß einer von uns bei den Tieren bleiben."

Der Schäfer aus Winsen an der Luhe hat die Demonstration organisiert. Das exponentielle Wachstum des Wolfes habe die schlimmsten Erwartungen übertroffen: Schäfer gäben wegen dramatisch steigender Reißzahlen ihre Betriebe auf, auch Spaziergänger und Jogger würden von Wölfen verfolgt. Die Naturschutzverbände romantisieren den Wolf.

Der Nabu gibt zum Beispiel Schulmaterialien, gefördert vom Bundesamt für Naturschutz, heraus samt Wolfsposter und Wolfslied. Da heißt es, der Wolf sei "kein Streichelhund", allerdings lautet der Refrain: "Nein, du bist nicht zahm, doch das ist noch lang kein Grund, dich nicht gern zu haben."

"Wir nennen das Disneysyndrom", sagt Landwirt Frank Farmer (60), bis 2015 hatte er 50 Milchkühe, arbeitet jetzt als Angestellter in einem Milchviehbetrieb mit 200 Kühen in Nieder-

sachsen bei Bremen. "Das zeigt nur, wie der Wolf vermenschlicht wird." Nur zwei Politiker sind vor Ort: Thomas Ehrhorn von der AfD und ein SPD-Abgeordneter. Nun, vielleicht liegt es daran, daß zur selben Zeit der Wolfsgipfel abgehalten wird.

"Alle Parteien sind eingeladen, außer die AfD", sagt der Bundestagsabgeordnete aus dem Landkreis Celle. In Deutschland darf der Wolf nicht bejagt werden. Die Dokumentationsstelle Wolf (DBBW) meldete 2022 Schätzzahlen: 1.200 bis 2.100 Tiere. Der Deutsche Bauernverband, der Welpen mitzählt, geht von 1.500 bis 2.700 aus. Ein erwachsener Wolf benötigt pro Tag vier Kilo Fleisch - 60 Rehe oder 16 Rothirsche jährlich wären das, rechnete das Wolfsinformationszentrum Schleswig-Holstein aus.

"Nur zwischen Februar und März, wenn die Wildschweine frischen, und Mai und Juni, wenn Reh- und Rotwild werfen, nimmt der Jagddruck durch Wölfe auf die Weidetiere ab", sagt Frank Michel, Wolfsbeauftragter der Freien Bauern in Brandenburg. Er hält auf 100 Hektar Mutterkühe. "Kälberrisse, fünf Stück, nur einer wurde vom Rißgutachter als Wolfsriß anerkannt, die anderen fielen unter 'ferner liefen', die Gutachter haben wohl einen anderen Blick drauf."

Bevor ihm ab 2018 Kälber gerissen wurden, hat es übrigens keine Risse durch Hunde gegeben - "und jetzt gleich vier, ist doch seltsam". Michel fordert einen Richtungswechsel: "Wir haben hier schon lange einen günstigen Erhaltungszustand des Wolfes erreicht. In Schweden sind 300 Wölfe als Anzahl politisch festgelegt, in Deutschland sind es 1.740. Wir haben 550 Welpen für 2021/22 nachgewiesen. Wir müssen den Bestand regulieren."

"Ich habe drei Ponys, Shettys", sagt Nadine Flach aus Osterholz in Niedersachsen. Die Erzieherin hat Angst um ihre Tiere. "Die leben in Offenstallhaltung, direkt am Haus. Was ist, wenn da der Wolf kommt?" Flachs Probleme sind folgende: Die Weide ist gepachtet, allerdings nur auf ein Jahr, der Vertrag wird immer wieder verlängert. Subventioniert wird ein Wolfszaun erst ab einer Pachtdauer von fünf Jahren. "Wobei die Zäune eh Augenwischerei sind, die sind viel zu niedrig", meint Flach.

Edgar Engist, seit 48 Jahren Schäfer, ist für eine Wolfsberggrenze von 200 Tieren. Er hält Bergschafe, Coburger Fuchs und Merinoschafe bei Freiburg in Baden-Württemberg. Er hat einen Wolfszaun, einen Kilometer lang, 16.000 Euro teuer, "von Steuergeldern finanziert", sagt er. "Meine Hündin springt locker durch die vierte und fünfte Litze, Wölfe über die fünfte rüber."

Ein Urgestein, mit seiner 130 Jahre alten Schäferschippe, die ihm sein Lehrmeister zum Abschied schenkte, und dem selbstgeschnitzten Stock aus Schwarzdorn steht er jetzt vorm Brandenburger Tor. "Seit 2016 haben wir 300 Wolfssichtungen und Übergriffe im Land. Es häuft sich. Wölfe müssen bundesweit ins Jagdrecht aufgenommen werden, wie in Frankreich."

Winnfried Mennle hatte vier Herden, beweidete die Elbdeiche. 24 Herdenschutzhunde hatte er in den Jahren. "Die gegen Wölfe einzusetzen ist doch so, als ob der Staat Gladiatoren in den Kampf schickt." Er hält von dem Herdenschutzhundsystem wenig. "Das funktioniert vielleicht zwei Jahre, dann hat der Wolf eine neue Strategie.

Das Rudel schickt einen Wolf vor, den stellen die Hunde und der Rest des Wolfsrudels kommt von hinten und holt sich die Schafe. Den Wolf verurteile ich nicht dafür. Das ist ein tolles Wesen, das allerdings in unserer Kulturlandschaft keinen Platz hat." Gegen die Wölfe hat er Videoüberwachung eingesetzt, "die Kameras wurden mir aber immer wieder geklaut. Nach dem zwölften Diebstahl habe ich aufgegeben." Mennle fordert den Abschluß auffälliger Tiere. "Die im Wald bleiben, scheu sind, keine Herden anfallen, die können bleiben."

"Wir haben in den letzten Jahren drei Wolfsangriffe erlebt", sagt Anette Schmücker. "Der erste war im Mai 2018. Dabei wurden 100 Schafe angegriffen, 3 waren sofort tot, 18 mußten wir einschläfeln lassen. Der zweite Angriff passierte am 30. Oktober 2018. Wir waren damals auf Wanderschaft mit allen 600 Schafen."

Die Schafe waren, so die Schäfer-Gattin, wie beim ersten Angriff wolfsabweisend eingezäunt. Trotzdem holten die Wölfe drei Lämmer. Der dritte Angriff sei vergangenes Jahr Ende April auf eine Herde mit 400 Junglämmern und Zuchtschafen erfolgt. "Dabei sind vier Tiere getötet worden, acht mußten eingeschlafert werden, der Rest war schwer verletzt", erzählt sie.

Vorige Woche lehnte der Bundestag zwei Anträge der AfD und der CDU/CSU zur Kontrolle des Wolfsbestandes ab. "Wenn die Wölfe nicht bejagt werden, bleiben nur zwei Alternativen", sagt Schmücker: "Entweder wir halten die Tiere nur noch im Stall, oder wir müssen die Schafe abschaffen. Aber die Weidetiere sind wichtig für die Artenvielfalt und die Offenhaltung der Landschaften."<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26000" berichtete am 7. Mai 2023

(x1.311/...): >>**1.100 Wissenschaftler einig: Es gibt keinen Klimanotstand!**

Rund 1.100 Wissenschaftler und Fachleute aus der ganzen Welt haben sich zusammengeschlossen und wenden sich mit einer klaren Botschaft an die Öffentlichkeit: Es gibt keinen Klimanotstand. Sie lehnen jeden Klima-Alarmismus entschieden ab und rufen dazu auf, diesem Thema sachlich und besonnen zu begegnen. ...

Verändert sich das Klima auf der Erde? Natürlich. Ununterbrochen. Seit Milliarden von Jahren. Hat der Mensch einen Einfluß darauf? Möglicherweise ja. Dann aber offensichtlich nicht in dem Ausmaß, wie die Anhänger der neuen Klimareligion es uns unbedingt weis machen wollen.

Dieser Meinung sind rund 1.100 Wissenschaftler und Experten aus der ganzen Welt, die sich gegen den unter anderem vom Weltwirtschaftsforum unterstützten Klimawahn stellen. Die Wissenschaftler gehören der "Global Climate Intelligence Group" (CLINTEL) an. In der veröffentlichten Erklärung der Gruppe mit dem Titel "Es gibt keinen Klimanotstand" (in Englisch: "There is no climate emergency") - angeführt vom norwegisch-amerikanischen Physiker und Nobelpreisträger Professor Ivar Giaever - heißt es:

Dem geologischen Archiv zufolge schwankt das Erdklima seit Bestehen des Planeten und weist natürliche Kalt- und Warmzeiten auf. Demzufolge befinden wir uns seit dem Ende der kleinen Eiszeit im Jahr 1850 in einer Erwärmungsphase.

Die Wirkung von CO₂ sehen die Experten als von der Klimapolitik aufgebläht, während es völlig ignoriert wird, daß die Anreicherung der Atmosphäre mit CO₂ nützlich ist: fürs Pflanzenwachstum, für die Landwirtschaft und ganz einfach als Grundlage für alles Leben auf der Erde.

Die unzähligen Maßnahmen zur CO₂-Vermeidung erweisen sich daher als schädlich. Zudem verursachen sie enorme Kosten. Dabei gebe es - so die Erklärung - überhaupt keine statistischen Belege dafür, daß die globale Erwärmung sich auf die Häufigkeit und Stärke von Wirbelstürmen, Überschwemmungen, Dürren und ähnlichen Naturkatastrophen auswirkt.

Die "Global Climate Intelligence Group" befürchtet die Netto-Null-CO₂-Politik (Das Ziel von Netto-Null-Konzepten ist es, so viel Kohlendioxid aus der Atmosphäre zu entfernen, wie produziert wird.) als unrealistisch und letztlich lebenszerstörend. Sie zeigt auf: In Bezug auf das globale Klima gibt es in Wirklichkeit keinen Grund für Alarmismus und Panik.

Liebe Zuschauer,

diese gewichtigen Stimmen aus den Reihen der Wissenschaft laden dazu ein, sich sachlich und besonnen mit diesem Thema zu beschäftigen.

Die seitens der Politik und der Medien geschürte Angst und verbreitete Alarmstimmung sind schlechte Ratgeber, wie es der Volksmund schon immer wußte. Denn nur abseits jeder Angst kann der Mensch frei und vernünftig denken und sich eine unabhängige, fundierte Meinung bilden. Und daraus kann dann auch eine klare Haltung erwachsen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 10. Mai 2023: >>**Klima-Modelle: Eine blanke Verhöhnung der Realität**

Ein renommierter Wissenschaftler zerpflückte nun die Datenbasis, auf der die Klima-Religion beruht. ...

Dr. Mototaka Nakamura promovierte am Massachusetts Institute of Technology (MIT) und spezialisierte sich fast 25 Jahre lang auf anomales Wetter und Klimawandel an renommierten Einrichtungen wie dem MIT, dem Georgia Institute of Technology, der NASA, dem Jet Propulsion Laboratory, dem California Institute of Technology, JAMSTEC und der Duke University.

Klima-Religion beruht auf unzuverlässigen Daten

In seinem Buch *The Global Warming Hypothesis is an Unproven Hypothesis* (Die globale Erwärmungshypothese ist eine unbewiesene Hypothese) erklärt Dr. Nakamura, warum die Datengrundlage, auf die sich die Wissenschaft der globalen Erwärmung stützt, "unglaublich" ist und man sich nicht darauf verlassen kann. Er schreibt:

"Die globalen Durchschnittstemperaturen vor 1980 basieren auf unzuverlässigen Daten. Bevor 1980 die vollständige Beobachtung der Erdoberfläche durch Satelliten begann, wurde nur ein kleiner Teil der Erde hinsichtlich der Temperaturen mit einer gewissen Genauigkeit und Häufigkeit beobachtet. Weltweit verfügen nur Nordamerika und Westeuropa über vertrauenswürdige Temperaturdaten, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen."

Von 1990 bis 2014 beschäftigte sich Nakamura mit der Wolkendynamik und den Kräften, die atmosphärische und ozeanische Strömungen auf mittlerer bis planetarer Ebene beeinflussen. Seine Stationen waren das MIT (für einen Dokortitel in Meteorologie), das Georgia Institute of Technology, das Goddard Space Flight Center, das Jet Propulsion Laboratory, die Universitäten Duke und Hawaii sowie die Japan Agency for Marine-Earth Science and Technology. Er hat mehr als 20 klimarelevante Arbeiten zur Strömungsdynamik veröffentlicht. Die Glaubwürdigkeit und das Wissen dieses Mannes sind unbestritten.

Ketzerei-Vorwürfe statt Wissenschaft

Die heutige "Wissenschaft der globalen Erwärmung" gleicht einer auf dem Kopf stehenden Pyramide, die auf der Arbeit einiger weniger Klimamodellierer aufgebaut ist. Diese Pioniere behaupten, die vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen als Ursache für den jüngsten Temperaturanstieg nachgewiesen zu haben, und haben diese Erwärmung dann einfach in die Zukunft projiziert. Alle nachfolgenden Klimaforscher haben die Ergebnisse dieser ursprünglichen Modelle als gegeben hingenommen, und wir sind jetzt sogar in einem Stadium, in dem die bloße Überprüfung ihrer Gültigkeit als Ketzerei angesehen wird.

Mit Nakamura haben wir einen hochqualifizierten und erfahrenen Klimamodellierer mit tadellosen Referenzen, der die unwissenschaftliche Grundlage der Behauptungen zur Klimakrise zurückweist - der schlimmste Albtraum der Klimasekte.

Datenfälschungen sind Fakt

Wenn man gegen die globale Erwärmung argumentiert, ist es meiner Meinung nach am schwierigsten, die Leute von der Fälschung von Daten, d. h. der Verfälschung von Temperaturen, zu überzeugen. Wenn man seine Worte nicht sorgfältig wählt, einige Fakten vergißt oder einen falschen Ton anschlägt, kann man leicht wie ein Verschwörungsfanatiker klingen.

Aber jetzt haben wir Nakamura. Der gute Doktor hat die orthodoxen Wissenschaftler der "Datenfälschung" beschuldigt, indem sie historische Temperaturdaten nach unten korrigiert haben, um den heutigen subtilen Erwärmungstrend aufzublähen.

Nakamura schreibt:

"Die Daten über die mittlere globale Temperatur haben keinen wissenschaftlichen Wert mehr und sind nichts weiter als ein Propagandawerkzeug für die Öffentlichkeit." Und während Klimamodelle nützliche Werkzeuge für akademische Studien sind, "werden die Modelle zu un-

brauchbarem Schrott oder schlimmer (da sie ernsthaft irreführende Ergebnisse produzieren können), wenn sie für Klimaprognosen verwendet werden."

Klimaprognosen sind einfach nicht möglich, so Nakamura, und die Auswirkungen des vom Menschen verursachten CO₂ können mit dem Wissen und der Technologie, die wir derzeit besitzen, nicht beurteilt werden. Die Modelle vereinfachen die Funktionsweise des Klimas grob.

Willkürliche Anpassungen und grobe Vereinfachungen

Sie ignorieren nicht nur die Sonne, sondern vereinfachen auch drastisch die Dynamik der Ozeane im großen und kleinen Maßstab, die Aerosolveränderungen, die Wolken erzeugen (die Wolkendecke ist einer der Schlüsselfaktoren, die darüber entscheiden, ob wir eine globale Erwärmung oder eine globale Abkühlung haben), die Triebkräfte der Eisbedeckung ("Ohne eine einigermaßen genaue Darstellung ist es unmöglich, aussagekräftige Vorhersagen über Klimaschwankungen und -veränderungen in den mittleren und hohen Breiten und damit für den gesamten Planeten zu machen") und den Wasserdampf.

Klimaprognosen leiden auch unter willkürlichen "Anpassungen" von Schlüsselparametern, die einfach nicht verstanden werden.

So äußert Nakamura über die CO₂-Messungen:

"Das reale oder realistisch simulierte Klimasystem ist weitaus komplexer als ein absurd einfaches System, das von den Spielzeugen simuliert wird, die bisher für Klimaprognosen verwendet wurden, und wird für naive Klimaforscher, die keine oder nur sehr begrenzte Kenntnisse der geophysikalischen Strömungsdynamik haben, unüberwindbar schwierig sein. Die Dynamik der Atmosphäre und der Ozeane sind absolut kritische Aspekte des Klimasystems, wenn man hofft, jemals eine sinnvolle Vorhersage von Klimaschwankungen machen zu können."

Darüber hinaus wird der solare Input als eine "sich niemals ändernde Größe" modelliert, was absurd ist. Weiter betont Nakamura:

"Es ist erst einige Jahrzehnte her, daß wir die Fähigkeit erlangt haben, die eingehende Sonnenenergie genau zu überwachen. In diesen Jahrzehnten hat sie sich nur um ein bis zwei Watt pro Quadratmeter verändert. Ist es vernünftig anzunehmen, daß sie in den nächsten hundert Jahren oder länger nicht mehr als das schwanken wird, um Vorhersagen zu treffen? Ich würde sagen: Nein."

Sie können das Buch von Mototaka Nakamura kostenlos auf Kindle lesen. Diese drei Zitate sind Nakamuras Buch entnommen:

"Die Modelle haben kein Konzept für die Wolkenbildung/-verstärkung."

"Es werden Annahmen getroffen und dann Anpassungen vorgenommen, um ein Narrativ zu stützen."

"Unsere Modelle sind eine Verhöhnung der realen Welt."

Solarer Antrieb steuert das Klima

Die Sonnenleistung ist nicht konstant, IPCC - und die Modulation der Wolkenkeimbildung ist eine der wichtigsten Folgen.

Während solarer Minima schwächt sich das Magnetfeld der Sonne ab, und der Druck des Sonnenwindes nimmt ab. Dadurch können mehr kosmische Strahlen aus den Tiefen des Welt-raums in die Atmosphäre unseres Planeten eindringen. Es wurde festgestellt, daß diese kosmischen Strahlen Wolken bilden (Svensmark et al.), wobei Wolken bekanntermaßen eine entscheidende Rolle im Klimasystem der Erde spielen.

Die Sonnenaktivität korreliert mit der Erdtemperatur - wer hätte das gedacht?

Roy Spencer, PhD. schreibt kurz und bündig:

"Wolken sind der Sonnenschutz der Erde, und wenn sich die Wolkenbedeckung aus irgendeinem Grund ändert, kommt es zu einer globalen Erwärmung - oder zu einer globalen Abkühlung."

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26016" berichtete am 11. Mai 2023 (x1.311/...): >>>**Zerstörung lebenswichtiger Elemente**

(Dokumentation von *Mike Adams*)

CO2 ist in aller Munde. Eine CO2-Steuer soll zur Reduzierung des CO2-Ausstoßes führen und bringt eine CO2-Bepreisung mit sich. Doch was, wenn hinter der Maske des Umweltschutzes ein Krieg gegen unser aller Lebensgrundlage steckt? Diese Mini-Dokumentation des Wissenschaftlers und Inhabers eines ISO-akkreditierten Labors für Lebensmittelwissenschaft Mike Adams gibt Aufschluß.

Elemente sind die Bausteine von allem, was in unserer Welt existiert. Sie sind die Bausteine des Lebens selbst. Die Elemente bilden Moleküle, und diese Moleküle sind mit Leben, Bewußtsein, Bedeutung und Kreativität belebt. Das ist Leben, ein Geschenk Gottes, das aber durch die physische Materie unserer Welt zum Ausdruck kommt, und diese physische Materie kann in Elemente zerlegt werden, wie Sie aus dem Periodensystem der Elemente ersehen können.

Zu diesen Elementen gehören Wasserstoff, Helium und dann Dinge wie Kohlenstoff, Stickstoff, Sauerstoff, Magnesium, richtig? Alle Metalle und die Nahrungs-Mineralien sind Elemente, und ohne diese Elemente können wir nicht überleben. Wenn also die Globalisten Elemente angreifen, greifen sie das Leben auf dem Planeten Erde an.

Willkommen zu diesem speziellen Videobericht, "Der Krieg der Globalisten gegen die Elemente des Lebens".

Sie haben wahrscheinlich den Ausdruck "Krieg gegen Kohlenstoff" gehört und uns wurde gesagt, daß Kohlenstoff schlecht ist. Kohlenstoff findet sich in Kohlendioxid, und die EPA (Environmental Protection Agency, US-Regierungsbehörde zum Umweltschutz und zum Schutz der menschlichen Gesundheit) hat Kohlendioxid zu einem Schadstoff erklärt.

Nun, haben Sie auch erkannt, daß wir kohlenstoffbasierte Lebensformen sind und tatsächlich ist alles Leben, das wir im Kosmos kennen, kohlenstoffbasiertes Leben. Alles Leben auf dem Planeten Erde, die Bestäuber, die Insekten, Mikroben, Menschen, Primaten, Tiere, die Delphine und Wale, die Fische im Meer. Alles basiert auf Kohlenstoff. Ein Krieg gegen Kohlenstoff ist also ein Krieg gegen das Leben.

Und wußten Sie, daß die meisten Moleküle, die Sie zum Leben brauchen, wie zum Beispiel Vitamin C, auf Kohlenstoff basieren? Wußten Sie, daß alle Heilkräuter Moleküle auf Kohlenstoffbasis sind? Und wußten Sie, daß Pflanzen Kohlenstoff brauchen, um zu überleben, und daß Nahrungspflanzen Kohlenstoff brauchen, um Nahrung zu produzieren?

Ein Krieg gegen Kohlenstoff ist also ein Krieg gegen Nahrungsmittel, und ein Krieg gegen Kohlendioxid ist nicht nur ein Krieg gegen die Nahrungsmittel- und Pflanzenproduktion. Es ist auch ein Krieg gegen den Sauerstoff, denn Kohlendioxid enthält natürlich sowohl Kohlenstoff als auch Sauerstoff. Und ohne Sauerstoff kann niemand von uns atmen.

Die Tiere würden ersticken und sterben. Sogar die Delphine und die Wale und die Insekten und die Bestäuber, sie alle würden ohne Sauerstoff sterben.

Wenn also die Machthaber dem Kohlenstoff und dem Kohlendioxid den Krieg erklären, erklären sie den beiden wichtigsten Elementen für das Leben, wie wir es auf diesem Planeten kennen, den Krieg. Sie erklären faktisch, daß sie auf der Seite des Todes stehen. Sie sind Teil eines Totenkultes. Und in diesem Totenkult wünschen sie sich die totale Zerstörung des Lebens auf der Erde.

Jetzt haben sie erkannt, daß ein Massensterben am einfachsten durch ein Massenverhungern zu erreichen ist. Sie greifen also die Nahrungsversorgung an, indem sie versuchen, Kohlendioxid aus der Atmosphäre zu entfernen. Dies ist eine Terraforming-Operation (Erd-Umformung), die als Kohlenstoffspeicherung bekannt ist.

Sie haben große Maschinen, die Kohlendioxid aus der Atmosphäre saugen, und es in eine Flüssigkeit verwandeln. Sie pumpen es durch Pipelines und lagern es dann unterirdisch, um den Pflanzen der Welt den Zugang zu CO₂ zu verwehren.

Nun, warum ist das wichtig? Wegen der Photosynthese. Weil die Photosynthese, der wichtigste biologische Prozeß auf dem Planeten Erde, Kohlendioxid als einen ihrer drei Inputs benötigt. Die Photosynthese benötigt Kohlendioxid, Sonnenlicht und Wasser. Mit diesen drei Dingen können Pflanzen Nahrung produzieren.

Pflanzen können ihre eigenen Strukturen produzieren. Stiele, Stengel, Blätter, Pollen, Blüten, Früchte, Nüsse, usw. Dann Wurzeln. Aber sie brauchen Photosynthese, um zu funktionieren. Und Photosynthese braucht Sonnenlicht und Kohlendioxid und Wasser.

Nun, die Globalisten befinden sich mit zwei von diesen dreien im Krieg. Sie kämpfen gegen das Sonnenlicht. Sie sagen, es gibt zu viel Sonnenlicht und sie wollen die Sonne durch eine sogenannte stratosphärische Aerosolinjektion (Aerosole, z.B. Kalkpulver, sollen in die Stratosphäre eingebracht werden, um das Sonnenlicht zu reflektieren und damit zu verdunkeln) verdunkeln, um die Sonne zu blockieren, um buchstäblich die Menge an Sonnenlicht zu reduzieren, die die Erdoberfläche erreicht.

Und sie wollen auch Kohlendioxid durch Kohlenstoffspeicherung blockieren, wie ich gerade erwähnt habe. Dadurch würden sie einen ökologischen Zusammenbruch verursachen, ein Massensterben auf dem Planeten Erde, wie es in der Geschichte des Planeten noch nie zuvor vorgekommen ist.

Mainstream-Wissenschaftlern zufolge gibt es die Erde seit etwa 5 Milliarden Jahren, aber in diesen 5 Milliarden Jahren hat es nie einen Versuch durch die auf dem Planeten lebenden Lebensformen gegeben, alles Leben auf dem Planeten massenhaft zu ermorden. Das ist eine Premiere und es ist verheerend. Dies ist ein Völkermord von planetarischem Ausmaß, der im Namen des Klimawandels durchgeführt wird, im Namen der Rettung des Planeten.

Aber es sind nicht nur Kohlenstoff und Sauerstoff, auf die dieser Klima-Todeskult abzielt. Jetzt haben sie sich etwas Neues ausgedacht, auf das sie es abgesehen haben, und das ist Stickstoff. Indem sie Stickstoff angreifen, können sie die Fleischversorgung auf unserem Planeten angreifen. Sie können Viehbetriebe schließen, indem sie behaupten, daß die Tiere zu viel Stickstoff produzieren.

Und sie haben bereits gesagt, daß Nutztiere zu viel Methan produzieren. Aber sie haben nicht wirklich eine Möglichkeit gefunden, Kuh-Furze und Kuh-Rülpsen einzufangen, ohne wirklich dumm zu wirken. Sollen die Kühe etwa Masken und Methan absorbierende Windeln tragen, und sollen die Bauern dann die Windeln der Kühe jeden Tag wechseln? Ich glaube nicht, daß das funktionieren wird.

Also haben die Machthaber entschieden, daß sie auf Stickstoff im Urin abzielen können. Ja, richtig. Urin. Sie haben gesagt, daß tierischer Urin irgendwie eine Bedrohung für die Umwelt darstellt, obwohl Stickstoff doch genau der Nährstoff ist, den Pflanzen benötigen, um ihr Wachstum zu beschleunigen, und der von Nahrungspflanzen benötigt wird, um mehr Nahrung zu produzieren. Stickstoff ist Dünger, und tierischer Urin ist auch eine Form von Dünger. Übrigens auch menschlicher Urin.

Sie sehen, Stickstoff ist in der Atmosphäre frei verfügbar. Etwa 78 bis 79 % der Atmosphäre besteht aus Stickstoff, hauptsächlich in Form von N₂. Nun, dieser Stickstoff kann von Pflanzen in dieser Form nicht verwendet werden. Er muß in eine Form umgewandelt werden, die durch Pflanzenwurzeln leichter aufgenommen werden kann. Er muß im Wesentlichen bioverfügbar gemacht werden.

Nun, vor über hundert Jahren hat ein deutscher Wissenschaftler namens Haber, H-A-B-E-R, eine Methode entwickelt, um Stickstoff mit sehr hohem Druck und großer Hitze dazu zu bringen, sich mit Wasserstoff zu verbinden, um NH₃, auch bekannt als Ammoniak, zu erzeugen.

Sie verwenden Kohlenwasserstoffe, also Erdgas, um den Wasserstoff zu gewinnen. Und dann zog er Stickstoff aus der Luft.

Und diese Erfindung ist eine der wichtigsten Entdeckungen in der Geschichte der Welt, denn sie ermöglichte die Herstellung von Düngemitteln auf Stickstoffbasis, mit denen heute etwa die Hälfte der Weltbevölkerung ernährt wird.

Etwa 4 Milliarden Menschen auf dem Planeten Erde können sich dank dieser Haber-Erfindung ernähren. Das liegt daran, daß sie Stickstoff in Form von Ammoniak für Pflanzen bioverfügbar macht. Und dann erhält man aus diesem Ammoniak Dinge wie Ammoniumnitrat, das ist ein Düngemittel, und andere Formen von mineralisiertem Dünger, wie Calciumnitrat und so weiter.

Aber Tiere können auch etwas Ähnliches tun, ohne riesige Fabriken zu bauen. Tiere können Stickstoff aus der Luft und sogar aus der Nahrung aufnehmen und ihn mit ihrem Urin in nutzbaren Stickstoff umwandeln. Kühe tun also, was Haber tun wollte, und sie tun es kostenlos.

Und der Stickstoff aus Kuh-Urin, der zum Teil aus Harnstoff besteht, kann zur Düngung von Pflanzen und zur Produktion von Nahrungsmitteln für die Welt verwendet werden. Tier-Urin ist also kein Schadstoff. Tier-Urin ist Dünger für Lebensmittel und muß lediglich aufgefangen, umgeleitet und zur Düngung von Feldfrüchten verwendet werden. Und das wäre übrigens "Bio".

Und es würde den Bedarf an synthetischen Düngemitteln aus fossilen Brennstoffen verringern. Tier-Urin sollte also eigentlich aufgefangen und zum Anbau von Nahrungsmitteln verwendet werden. Doch geschieht gerade weltweit, unter anderem in den Niederlanden und insbesondere in europäischen Ländern - mit Ausbreitung auf die restliche Welt - ein Angriff auf Stickstoff. Und dies als Hebel, um die Tierfleischproduktion einzustellen.

Sie sagen, daß Stickstoff ein Schadstoff ist, genauso wie sie sagen, daß Kohlenstoff ein Schadstoff ist oder daß Kohlendioxid ein Schadstoff ist oder daß Sonnenlicht schlecht ist.

Sie sehen also, daß sich der Krieg gegen die Elemente ausweitet. Früher war es nur ein Krieg gegen Kohlenstoff, in letzter Zeit ein Krieg gegen Kohlendioxid, und jetzt ist es ein Krieg gegen Kohlenstoff, Sauerstoff und Stickstoff und all das ist kombiniert mit einem Krieg gegen das Sonnenlicht, die Photosynthese.

Es stellt sich also die Frage, welche Elemente die Globalisten als nächstes angreifen werden? Werden sie sagen, daß Wasserstoff schlecht ist, weil Wasserstoff und Helium die Sonne antreiben? Werden sie sagen, daß die Lösung darin bestünde, die Sonne zu zerstören?

Damit eine dunkle, kollabierte Kugel im Weltraum herumschwebt, anstatt etwas, das Licht und Hitze und Wärme und Energie für den Planeten Erde liefert? Würden sie die Sonne töten wollen, wenn sie könnten? Wahrscheinlich. Schließlich sind sie ein Totenkult. Sie sind auf Dunkelheit und Tod ausgerichtet.

Und wenn es ihnen gelänge, Helium und Wasserstoff zu eliminieren, könnten sie die globale Erwärmung stoppen und die Erwärmung des Planeten aufhalten, weil er zu einem gefrorenen, toten Eis-Ball werden würde und die gesamte ökologische Biosphäre vollständig zusammenbrechen würde. Das scheint ihr Ziel zu sein.

Nun, was sie nicht zerstören können, wollen sie zu Tode besteuern. Und so haben sie etwas geschaffen. Sie haben schon von CO₂-Steuern gehört. Jetzt wollen sie also das Periodensystem der Elemente besteuern. Nun, da jedes Lebewesen auf dem Planeten Erde aus Kohlenstoff besteht, geben sie im Grunde zu, daß sie jedes Lebewesen auf dem Planeten Erde besteuern wollen.

Sie sind aus Kohlenstoff gemacht. Sie wollen Sie für das Element Kohlenstoff besteuern, das in den Molekülen Ihres Körpers enthalten ist. Es gibt Kohlenstoff in Ihrer Haut, es gibt Kohlenstoff in Ihrem Haar, Kohlenstoff in Ihren Organen, in Ihrem Blut. Jedes System in Ihrem Körper enthält Kohlenstoff. Sie wollen also jedes einzelne System besteuern.

Und wenn Sie atmen, atmen Sie auch Kohlendioxid aus. Sie möchten also Ihre Atmung besteuern und das bedeutet, daß sie Ihnen entweder jeden Atemzug in Rechnung stellen oder Ihre Emissionen begrenzen wollen, indem sie die Anzahl Ihrer Atemzüge reduzieren.

Und natürlich ist der effektivste Weg für sie, Sie einfach zu töten, denn Tote atmen nicht. Tote Menschen produzieren kein Kohlendioxid, ebenso wenig wie tote Rinder oder Ranch-Tiere.

Sie sehen also, alle Lösungen laufen auf den Tod hinaus, weil sie, die Globalisten, die Klimasektierer, Todes-Kultisten sind, sie wollen den Tod. Sie wollen, daß die Menschheit getötet wird.

Und jedes menschliche Verhalten wollen sie zum Erliegen bringen, selbst wenn es sich um Lebensmittelproduktion, Landwirtschaft, Transport, Innovation, Wirtschafts-Tätigkeit und all das handelt. Sie wollen, daß alles abgeschaltet wird, weil sie schlecht sind, weil sie aus Kohlenstoff bestehen und Kohlendioxid ausatmen.

So wurde das Periodensystem der Elemente einst gefeiert, weil es in der modernen Zeit als wunderbares Verständnis des Lebens entwickelt wurde. Sehen Sie, sagten die Wissenschaftler, wir haben herausgefunden, woraus das Leben besteht. Dies ist die Materie, die die physische Struktur des Lebens definiert, und selbst die Dinge, die nicht lebendig sind. Das ist der Stoff, aus dem die Welt besteht. Was für eine erstaunliche Entdeckung.

Nie hätten sie gedacht, daß vielleicht nur etwas mehr als ein Jahrhundert später andere Wissenschaftler sich dieses Periodensystem der Elemente ansehen und es als Werkzeug verwenden würden, um zu versuchen, massenhaft Tod herbeizuführen, nicht Leben, sondern Tod, das Gegenteil von dem, was die ursprünglichen Wissenschaftler erklärt hatten. Sie haben also das Verständnis des Lebens genutzt, um Werkzeuge für den Tod zu erschaffen. Und das alles im Namen der Wissenschaft.

Das gesamte Gebiet der Wissenschaft, das einst ein Gebiet der Entdeckung, Innovation, Kreativität und Begeisterung war, ist nun zu einem Gebiet des Todes, der Zerstörung und der Täuschung geworden.

Die Wissenschaft wird jetzt dazu benutzt, die Menschen zu knüppeln, sie zu nötigen, sie dazu zu zwingen, Impfstoffe zu nehmen, die sie töten, oder ihre Aktivitäten wie Landwirtschaft oder Lebensmittelproduktion oder Transport oder sogar das Atmen einzuschränken. Die Wissenschaft ist zu einer Waffe gegen die Menschheit geworden und das Periodensystem der Elemente ist zur Zielscheibe geworden.

Es ist jedoch wichtig, daß wir die Wissenschaft verstehen, damit wir die Waffen verstehen können, die die Globalisten gegen uns einsetzen. Sie werden die Wissenschaft nutzen, um Völkermord zu begehen. Sie werden die Wissenschaft nutzen, um Mord an der Menschheit zu begehen, und sie werden die Wissenschaft benutzen, um zu versuchen, den Planeten Erde zu töten und ihn in eine gefrorene, dunkle Kugel des Todes zu verwandeln. Denn das will der Klimakult schließlich für uns alle. Vergessen Sie das nie.

Vielen Dank fürs Zuhören. Bitte teilen Sie diese Mini-Dokumentation überall. Sie haben meine Erlaubnis, sie auf Ihren eigenen Videokanälen und anderen Plattformen zu veröffentlichen. Besuchen Sie unbedingt meine Website NaturalNews.com und auch die Plattform, die ich aufgebaut habe, um freie Meinungsäußerung auszudrücken. Brighteon.com

Ich bin Mike Adams, bekannt als der Health Ranger. Ich bin ein veröffentlichender Wissenschaftler und Inhaber eines ISO-akkreditierten (ISO = International Organization for Standardization, Vereinigung von Normungsorganisationen, erarbeitet internationale Normen) Labors für Lebensmittelwissenschaft. Eines der aktivsten Labore der Welt, wenn es um die Entwicklung von Analysetechniken für Lebensmittelwissenschaft mittels Massenspektrometrie (Verfahren zum Messen der Masse von Molekülen) geht. Wenn es also um Wissenschaft und die Elemente geht, weiß ich genau, wovon ich spreche.

Danke fürs Zuhören. Gott segne Sie. Passen Sie gut auf sich auf!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 12. Mai 2023: >>>Griechenland: Es gibt keine Klimakrise

Ein Blick auf die Klima-Fakten zeigt auch in Griechenland, daß die Katastrophe auch dort eher herbeiphantasiert wird, als daß sie wirklich existiert. ...

_ von Kip Hansen

Die Arbeit von Demetris Koutsoyiannis und sieben weiteren Wissenschaftlern, die alle mit der Abteilung für Wasserressourcen und Umwelttechnik der Fakultät für Bauingenieurwesen der Nationalen Technischen Universität Athen und/oder der Abteilung für Landwirtschaft der Universität Patras verbunden sind, ist eine Reaktion auf die Ausrufung des Klimanotstands durch die EU. Sie betonen:

"In Anbetracht des von der EU ausgerufenen Klimanotstands und der Einrichtung eines Ministeriums für Klimakrise in Griechenland wurde dieser Datensatz auch aus klimatischer Sicht untersucht, wobei die längsten Datensätze verwendet wurden, um zu beurteilen, ob sie die Klimakrisen-Doktrin unterstützen oder nicht."

Klimakrise "not found"

Der Titel der Arbeit läßt vermuten, daß die "Klimakrise" in Bezug auf die Dürre in Griechenland nicht gefunden wurde - Ihr Computer hätte "Error 404: Not Found" ausgespuckt.

Unter Verwendung der längsten verfügbaren hydrologischen Aufzeichnungen fanden die Autoren Folgendes:

"Die beiden mehr als ein Jahrhundert umfassenden Niederschlagszeitreihen Griechenlands (Athen und Thessaloniki) zeigen, daß die Rekordwerte der mittleren und maximalen Niederschlagshöhe im 19. oder frühen 20. Jahrhundert auftraten. Im Vergleich zu anderen Orten auf dem Globus mit langen Zeitreihen zeigen diese beiden Zeitreihen Griechenlands eine viel geringere bis vernachlässigbare Klimavariabilität, sowohl bei den mittleren als auch bei den maximalen Niederschlagshöhen.

In Bezug auf den jährlichen durchschnittlichen Niederschlag sind die beiden wichtigsten klimatischen Ereignisse, die in Griechenland von der Mitte des 20. Jahrhunderts bis heute aufgetreten sind, (a) die Bündelung der höchsten Rekorde der jährlichen durchschnittlichen Niederschlagshöhe, nämlich 1/3 aller Stationen, in einem Jahr, dem hydrologischen Jahr 1962-63, und (b) die intensive und anhaltende Dürre vor und nach 1990, bei der im Fünfjahreszeitraum von 1988-89 bis 1992-93 mehr als 50 Prozent aller Rekordtiefstwerte verzeichnet wurden."

Normaler Wechsel von Trocken- und Feuchtperioden

In Griechenland wechselten sich Trocken- und Feuchtperioden über den gesamten historischen Zeitraum hinweg ab, und dennoch blühte die Zivilisation dort im gleichen Zeitraum:

"Der Wechsel von Trocken- und Feuchtperioden ist auch ein bemerkenswertes Merkmal, das sich bei der Untersuchung hydrologischer Daten zeigt. Dieses Verhalten ist den griechischen Philosophen seit dem 6. Jahrhundert v. Chr. bekannt (vgl. Xenophanes). Außerdem waren die trockenen Bedingungen in Griechenland kein Hindernis für die Entwicklung der griechischen Zivilisation, sondern eher ein Auslöser für die Entwicklung von Wissenschaft, Technologie und Management. Die antiken Aquädukte von Athen, die bis heute in Betrieb sind, sind ein lebendiges Zeugnis dieser Tatsache.

Eine moderne Wiederholung der letztgenannten Errungenschaft ist, daß Athen dank der erfolgreichen Bewältigung der großen Dürre vor 30 Jahren heute über ein perfektes Wasserversorgungssystem verfügt. Die erfolgreiche Bewältigung dieser Krise ist wohl eine der größten Errungenschaften der modernen griechischen öffentlichen Politik. Sie wäre ohne eine kompetente und pragmatische Führung und die Beteiligung der Öffentlichkeit nicht möglich gewesen."

Die Realität des Klimas, der Wechsel von trockenen zu feuchten und wieder zu trockenen Perioden, gab den Anstoß zu Fortschritten in Wissenschaft, Technik und Sozialpolitik, wobei die

Herausforderungen der realen Welt erfolgreich bewältigt wurden.

Kein Grund zur Panik

Es gab trockene Perioden, einige tiefe und lange Jahre, und es gab feuchte Perioden. Dies beschreibt den mediterranen Klimatyp - die gleiche Klimaklassifizierung, die auch in Kalifornien und einem Großteil der Pazifikküste der Vereinigten Staaten zu finden ist. Aber Griechenlands über 2.000 Jahre lange und klug genutzte Erfahrung hat das Land vor den Nachteilen der Trockenperioden bewahrt und es ihm ermöglicht, die Vorteile der feuchteren Zeiten zu nutzen, indem es die Infrastruktur und die politischen Maßnahmen geschaffen hat, die den Menschen wirklich zugute kommen und eine konstante und ausreichende Wasserquelle für die griechischen Städte gewährleisten.

Tut mir leid, Europäische Union, eine gründliche Suche nach langfristigen hydrologischen Daten ergab keine durch die Klimakrise verursachte Dürre in Griechenland. Den Autoren dieser Studie gebührt Anerkennung - sie haben sich gegen die Flut des Klima-Unsinns gewehrt.

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 20/23" berichtete am 12. Mai 2023 (x1.387/...):

>>Im Netz des Klima-Clans

Grüne Energiepolitik: Mit Agora Energiewende profitiert ein stetig wachsendes Unternehmen von öffentlichen Geldern und von Finanzen großer US-Einflußnehmer. Wer kennt hier wen?

Hinrich Rohbohm

Das clanähnliche Netzwerk um Robert Habecks Staatssekretär Patrick Graichen zieht immer weitere Kreise. Nachdem bekanntgeworden war, daß die Geschwister Jakob und Verena Graichen für das vom Wirtschaftsministerium stark mit Aufträgen versehene Öko-Institut tätig sind sowie Graichens Schwager Michael Kellner als parlamentarischer Staatssekretär ebenfalls an führender Stelle im Ministerium wirkt, reißen die Negativ-Schlagzeilen über eine grün-alternative Vetternwirtschaft nicht ab.

Erst recht nicht, nachdem herauskam, daß unter tatkräftigem Mitwirken Patrick Graichens auch noch dessen Freund und Trauzeuge als Geschäftsführer der Deutschen Energieagentur vorgesehen war und Robert Habeck selbst eine öffentliche Auszeichnung aus den Händen seines Bruders Hinrich Habeck erhalten hatte (JF 19/23).

Wie konnte es zu derartigen familiären Strukturen rund um das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) überhaupt kommen? Wie war es Patrick Graichen überhaupt möglich, einen derart starken Einfluß in einer Behörde aufzubauen, deren Maßnahmen nun Millionen von Menschen in die Armut treiben, ihnen schlimmstenfalls sogar ihr Eigentum nehmen? Wer verbirgt sich hinter den mächtigen Netzwerken des 51jährigen, wer baute sie auf und wer finanziert sie?

Die Antworten darauf sind vielfältig. Und führen zu Menschen, die Milliarden von Euro oder US-Dollar besitzen. Eine dieser Antworten führt in den vornehmen Münchner Stadtteil Bogenhausen. Hier wohnt Michael Schmidt-Ruthenbeck, einer der Erben der Essener Metro-Gruppe, Liebhaber vegetarischer Speisen und fasziniert von anthroposophischer Bildung.

"Ein sehr zurückhaltender Mensch", erzählt der JF ein Anwohner in Bogenhausen, der mit ihm "gelegentlich" Kontakt hatte. "Eine sehr belesene, vielseitig interessierte Person, beseelt vom Streben, Gutes zu tun." Das gebe es "in dieser Generation und in diesen Kreisen" häufiger. Michael Schmidt-Ruthenbeck, Jahrgang 1942, zählt zur unmittelbaren Nachkriegsgeneration. "Da haben viele Schuldgefühle der Eltern wegen. Und wegen deren Zeit im Nationalsozialismus", mutmaßt der Bekannte auch über einen ähnlichen Missionsgedanken bei dem heute 80jährigen.

Metro-Erbe steckte fast eine Milliarde Euro in die Stiftung

Schmidt-Ruthenbeck scheue die Öffentlichkeit. Doch gleichzeitig zählt er zu den 200 reichsten Deutschen. Und mittlerweile sogar zu den einflußreichsten Menschen des Landes. Vor 27

Jahren hatte er die Mercator-Stiftung gegründet. Mit einem für seine Verhältnisse geringen Startkapital von 1,4 Millionen Euro. Das Ziel: Gutes tun.

In ihren Anfangsjahren spielt die Mercator-Stiftung eine eher bescheidene Rolle, beschränkt sich auf Kultur- und Wohltätigkeitsprojekte im Ruhrgebiet. Das ändert sich erst im Jahr 2006. Da macht der Metro-Erbe das SPD-Mitglied Rüdiger Frohn, ehemaliger Chef des Bundespräsidialamtes unter Johannes Rau, zum Beiratsvorsitzenden der Stiftung.

Frohn, ein ehemaliger Richter, arbeitete bereits für Rau, als der noch Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen war. 2002 lernt er bei einem Abendessen der Mercator-Stiftung Michael Schmidt-Ruthenbeck kennen. Der Metro-Erbe ist fasziniert von dem gebürtigen Rheinländer, holt ihn zur Stiftung und fördert dessen Aufstieg. Mehr noch: Er erfüllt dem heute 72jährigen nahezu jeden Wunsch. Kurz gesagt: Was Frohn will, wird in die Tat umgesetzt. Ein für die Bildung der heute übermächtigen Klimalobby in Deutschland entscheidender Punkt.

Denn Frohn ist es, der aus der bescheidenen Stiftung ein Organ für die große gesellschaftliche Transformation machen möchte. Alles mit dem Segen Schmidt-Ruthenbecks. Wie kann man schließlich besser Gutes tun, als im Namen des Klimaschutzes die ganze Welt zu retten?

Frohn holt Bernhard Lorentz zur Stiftung, einen Klimafanatiker aus den Reihen der Grünen, der bereits 1990 in seiner Tübinger WG für seine Partei den Wahlkampfslogan "Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter. Wir wollen ein besseres Klima" entwickelte. Lorentz gilt als Vernetzungsgenie, arbeitet in den neunziger Jahren zunächst für die EU-Parlamentsfraktion der Grünen in Brüssel, später für die Zeit-Stiftung mit dem Schwerpunkt auf "Entwicklung der Zivilgesellschaft."

Für die nötige finanzielle Manövriermasse sorgt 2006 einmal mehr Metro-Erbe Michael Schmidt-Ruthenbeck. Nachdem dessen Mutter im gleichen Jahr verstarb, verkauft er gegen den Widerstand seines älteren Bruders und Miterben Rainer Schmidt-Ruthenbeck über fünf Prozent des Familienanteils am Konzern. Den Großteil des Erlöses in Höhe von 750 Millionen Euro steckt er in die Mercator-Stiftung. Die Grundlage für ein mächtiges Lobby-Netzwerk, das Grünen-Anhänger Lorentz systematisch ausbaut, als er zwei Jahre später von Frohn zum Geschäftsführer der Stiftung befördert wird.

Lorentz beginnt, sich international zu vernetzen. Unter anderem mit der Rockefeller-Stiftung und der Hewlett Foundation in den USA. Letztere fördert einen weiteren Klimafanatiker, den die Zeit im vergangenen Jahr als mächtigsten Grünen der Welt betitelte: Hal Harvey. Der heute 62jährige ist der Enkel des überzeugten Marxisten und einstigen Vorsitzenden der Revolutionären Sozialisten in Österreich, Joseph Buttinger. Dessen Ehefrau und politische Mitstreiterin bei den Revolutionären Sozialisten, Muriel Morris Gardiner Buttinger, sollte später in den USA die New-Land Foundation für Waffenkontrolle und Umweltschutz gründen. Deren heutiger Vorsitzender ebenjener Hal Harvey ist.

Ende der achtziger Jahre stellt ihn die Rockefeller-Stiftung ein. Seine Aufgabe ist dort der Aufbau einer neuen Stiftung für den Energiesektor. Harvey gründet die Energy Foundation. Ein Jahrzehnt später einen Ableger davon im kommunistischen China.

2002 gewinnt er einen weiteren Förderer: Paul Brest, Leiter der milliardenschweren Hewlett Foundation. Brest macht Harvey zum Leiter des Umweltprogramms der Stiftung. 2008 gründet er die Climate Works Foundation. Ausgestattet mit einem Kapital von 500 Millionen US-Dollar, deklariert als Förderung des Klimaschutzes. Bereitgestellt von der Hewlett Foundation. Es wirkt wie die grün verpackte Version eines Ausspruches von Lenin. "Sie werden uns den Strick bezahlen, an dem wir sie hängen werden." Hängen muß niemand. Finanziell bluten müssen für die Pläne stiftungsfinanzierter Klimafanatiker aber heute viele.

Viele Lobby-Gelder kommen inzwischen aus den USA

Harvey war im gleichen Jahr auch an der Gründung der European Climate Foundation (ECF) in Den Haag beteiligt, die wiederum als Ableger seiner Climate Works Foundation, von der

Hewlett Foundation sowie von der Mercator-Stiftung finanziell unterstützt wird.

Ein weiterer Förderer: die Children's Investment Fund Foundation (CIFF) des britischen Milliardärs Christopher Hohn, die unter anderem die Aktivitäten der Klima-Endzeitsekte Extinction Rebellion fördert, die die parlamentarische Demokratie durch Gesellschaftsräte ersetzen möchte. Ein Vorgehen, das an die einstigen Arbeiter- und Soldatenräte während der deutschen Revolution 1918 erinnert.

Auch die Chefin von ECF ist keine Unbekannte. Denn die Ökonomin Laurence Tubiana war die französische Verhandlungsführerin bei der UN-Klimakonferenz in Paris im Jahre 2015, übte in dieser Rolle maßgeblichen Einfluß auf das dort zustande gekommene Klimaschutzabkommen aus, war zudem zwischen 1997 und 2002 Sonderberaterin des sozialistischen Premierministers Lionel Jospin und sitzt im Sachverständigenrat für nachhaltige Entwicklung der chinesischen Regierung.

Die ECF tritt als Förderer diverser Denkfabriken auf den Plan. Wie etwa der Deutschen Umwelthilfe oder der Agora Energiewende. Wo das Familien-Netzwerk von Patrick Graichen wieder ins Spiel kommt. Denn bevor ihn Robert Habeck zum Staatssekretär machte, war Graichen als Direktor der Agora Energiewende tätig. Die Denkfabrik gilt als maßgeblicher Impulsgeber für die künftigen De-facto-Verbote von Öl- und Gasheizungen in Deutschland, durch die unzähligen Deutschen das Abrutschen in die Armut und der Verlust ihres Eigenheims droht.

Graichens Förderer und Vorgänger im Amt des Agora-Direktors, Rainer Baake, wurde ebenfalls von Lorentz zur Stiftung Mercator gelotst. Baake war Staatssekretär unter den grünen Ministern Joschka Fischer und Jürgen Trittin, zählt zum linken Flügel der Öko-Partei. Unter anderem wirkte er zeitweilig als Chef der aufgrund ihrer Denunziationen in die Kritik geratenen Deutschen Umwelthilfe. Zudem leitet er als Direktor die Stiftung Klimaneutralität. Und trifft auch dort auf vertraute Bekannte. Der Vorsitzende des Stiftungsbeirates heißt Hal Harvey. Und als dessen Stellvertreter fungiert Baake-Förderer Bernhard Lorentz. Seilschaften, die weit über das Habeck-Ministerium und seine familiären Strukturen hinausreichen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 20/23" berichtete am 12. Mai 2023 (x1.387/...):

>>**Der Kampf gegen die Klimaschädlinge**

Wohnungspolitik: Die Vertreibung der Alten ist nicht allein der Massenzuwanderung geschuldet / Neue "Lösungsansätze"?

Paul Leonhard

Das Dementi von Klara Geywitz war eindeutig: "Wir können und wollen Menschen nicht zum Umzug zwingen, nur weil sie in einer großen Wohnung wohnen", erklärte die SPD-Bauministerin in der Welt am Sonntag.

Und als diplomierte Politikwissenschaftlerin dachte sie dabei wohl an Artikel 13 des Grundgesetzes (GG): "Die Wohnung ist unverletzlich." Doch für Juristen erlaubt Absatz 7 Eingriffe "insbesondere zur Behebung der Raumnot". Und das "Klima-Urteil" (1 BvR 2656/18) des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) von 2021 ermöglicht sogar noch mehr: Artikel 20a GG verpflichtet "den Staat zum Klimaschutz. Dies zielt auch auf die Herstellung von Klimaneutralität", so BVerfG-Präsident Stephan Harbarth (CDU).

Und werden Massenzuwanderung und CO2-Budget zusammengedacht, ist keine Wohnung und kein Einfamilienhaus mehr sicher. Denn den 84,3 Millionen Einwohnern in Deutschland steht mit durchschnittlich etwa 47 Quadratmetern (m²) pro Kopf ausreichend Wohnraum zur Verfügung - 1979 waren es nur 32 m². Doch je größer die Wohnfläche, desto größer der Energieverbrauch: 2021 verbrauchten die Privathaushalte 670 Terawattstunden (TWh) Energie - das waren 27,8 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs. Und für die "Klimaneutralität" muß der Verbrauch stark sinken.

Daher wurde schon vor vier Jahren von Maria Krautzberger (SPD), damals Chefin des Um-

weltbundesamts (UBA), die Richtung vorgegeben:

Durch "Mehr-Generationen-Wohnen und gemeinschaftliches Wohnen im Alter, Wohnungstauschbörsen sowie den Umbau von Bestandswohnungen in kleinere Wohneinheiten auch in ländlicheren Regionen" sinke die Pro-Kopf-Wohnfläche im "GreenSupreme-Szenario" "ab 2030 von 46,2 m² auf 41,2 m² in 2050". Klara Geywitz hat das 443seitige UBA-Papier 36/19 "Climate Change - Wege in eine ressourcenschonende Treibhausgasneutralität" vielleicht nicht gelesen, doch das "GreenSupreme-Szenario" ist eher noch ein "mildes": Es sei nur "ein Pfad für die Welt, einen Teil der Nachhaltigkeitsziele zu erreichen".

Anhebung der Bestands- auf die Marktmiete und ein Vermieter-Soli

Dies bedeute zwar "Nullwachstum", aber das "Einfrieren unseres Wohlstandes" auf einem relativ hohen Niveau gibt anderen Regionen die Chance aufzuholen und in 2050 treibhausgasneutral zu sein". Das Geywitz unterstehende Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat in einer 135seitigen Publikation die Pro-Kopf-Wohnfläche im Szenario "suffizient" sogar auf "10 bis 35 m²" reduziert.

Die Erklärung ist BVerfG-kompatibel: "Als Suffizienz werden Nutzungs- und Konsummuster bezeichnet, die eine ausreichende Bedürfnisbefriedigung für alle ermöglichen und dabei gewährleisten, daß Ressourcenverbrauch und Umweltwirkungen innerhalb der ökologischen Tragfähigkeit der Erde bleiben." Sprich: Behagliches Wohnen schadet dem Klima, denn "Fläche wird beleuchtet, beheizt, mit Bodenbelag versehen und möbliert, muß gereinigt und instandgehalten werden", argumentiert das UBA.

Und wer sind diesbezüglich die schlimmsten "Klimaschädlinge"? Laut Mikrozensus 2010 lebten in der Gruppe der über 65jährigen 56 Prozent im Wohneigentum. Nach laut BBSR belegte ein Ein-Personenhaushalt in der Altersgruppe über 75 Jahre im Jahr 1978 nur 55 Quadratmeter, 2010 waren es aber bereits 78 Quadratmeter - mehr als das Doppelte des "klimagerechten" Suffizienz-Szenarios. Überdies wächst der Anteil älterer Haushalte, die im Eigentum wohnen, stetig.

Seit 2010 um rund fünf Prozent, so eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Rund sechs Prozent der Haushalte in Großstädten würden in zu großen Wohnungen leben, heißt es unter dem Titel "Mismatch im Wohnungsmarkt" (IW Kurzbericht 5/23). Doch es werde mehr freie Wohnfläche gebraucht, denn schließlich fehlen jährlich "etwa 400.000 Fachkräfte, und mit jedem weiteren Jahr werden es mehr", wie IW-Ökonom Wido Geis-Thöne bei T-Online klagte. Hohe Strom- und Gaspreise könnten etwas bewirken:

"Da die Energiekosten zu einem erheblichen Teil über die Wohnfläche bestimmt werden, gibt es nun für Haushalte in sehr großzügigen Wohnungen mehr Anreize, in kleinere Wohnungen zu ziehen", so IW-Wohnungsexperte Pekka Sagner. Eine Belastung "durch ein Anheben der Bestandsmieten" wird abgelehnt. Besser sei mehr Neubau sowie die Förderung von Dachausbauten, Aufstockungen und die Schaffung von Einliegerwohnungen in "selbstgenutztem Wohneigentum".

Forscher des Immobilieninstituts der Uni Regensburg (IREBS) glauben nicht daran, daß die Neubauziele der Ampel-Koalition (400.000 Wohnungen jährlich) erreicht werden können. Daher hält es IREBS-Ökonom Steffen Sebastian "für ein Unding, daß Menschen, die bereits seit Jahren und Jahrzehnten eine geringe Miete zahlen, so extrem geschützt werden, während andere keine bezahlbare Wohnung finden", so der Professor im Handelsblatt.

Zusammen mit seinem IREBS-Kollegen Jürgen Kühling und Sebastian Siegloch (Uni Mannheim) wirbt Sebastian seit 2021 für einen Radikalvorschlag: "Reform" der Vergleichsmiete, Anhebung der Bestands- auf die hohe Marktmiete und ein "Vermieter-Soli"; mit diesen Steuereinnahmen könne Wohngeld bezahlt werden - aber nur für "Bedürftige". Witwen auf 100 m² zählen nicht dazu.

Sprich: Der Altmieterschutz muß weg, damit für Familien, Gutverdiener und Zuwanderer

Wohnraum frei wird. Und in einem FAZ-Beitrag wurde ergänzt: Diese marktkonforme Neuorientierung lege die "notwendige Basis für eine Finanzierung der energetischen Sanierung des Gebäudebestands". Das Pikante dabei: Sebastian berät als Chef der Mietspiegelkommission auch die Bundesregierung.

Auf der Herbstkonferenz der Justizminister im November 2022 wurde erstmals an den "günstigen Altmietverträgen" gerüttelt: Die in vielen Haushalten vorhandenen "stillen Wohnraumreserven" böten "einen Ansatzpunkt", um "zusätzliche Entlastungen für die Wohnungsmärkte zu schaffen".

FDP-Justizminister Marco Buschmann solle Regelungen prüfen, die es für "Mieter attraktiv machen, im Einvernehmen mit ihrem bisherigen Vermieter einen Umzug in eine kleinere Wohnung zu verwirklichen". Berichterstatter waren der bayrische Justizminister Georg Eisenreich (CSU) und seine grünen Kolleginnen Katja Meier (Sachsen), Anna Gallina (Hamburg) und Doreen Denstädt (Thüringen).

Aber wie könnten "unterbelegte" Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen "suffizienter" werden? Hier bietet sich als Hebel der teure Wärmepumpeneinbau und die Zwangssanierung durch das Gebäudeenergiegesetz (GEG) von Klara Geywitz und Robert Habeck an. Bei der Finanzierung könnten aufgenommene Untermieter mithelfen, für die auf überzähligen Quadratmetern eine Bleibe eingerichtet wird. Und das würde ärmeren Besitzern die Zwangsversteigerung und den Umzug ersparen.

"Unterstützung von Suffizienzansätzen im Gebäudebereich" (BBSR-Online-Publikation 9/23): bbsr.bund.de<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 20/23" berichtete am 12. Mai 2023 (x1.387/...):

>>Die Ampel schafft eine existenzvernichtende Klimasteuer

Geplante Not

Reiner Osbild

Stellen Sie sich vor, Sie lebten in einem Land, in dem jeder eine Klimasteuer zu zahlen hätte, und zwar einmal im Leben, auf einen Schlag. An einem noch unbestimmten Tag würde der Staat kommen und Sie zwingen, eine bisher in der Höhe unbestimmte Steuer zu entrichten. Eine hohe fünfstellige Summe. Geld, das Sie vielleicht nicht aufbringen können, das Sie mangels Bonität vielleicht nicht leihen können, und das also existenzbedrohend ist. Dieses Risiko unterscheidet sich von Problemen wie Krankheit, Brand, Verkehrsunfall, selbst dem Pflegerisiko. Das konnte man (halbwegs) versichern. Jetzt aber müssen Sie Hab und Gut veräußern, um die Klimasteuer aufzubringen.

Gibt's nicht, sagen Sie! Doch. Mit dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) erschafft die Bundesregierung ein Existenzrisiko für jeden Bürger in nie dagewesener Höhe. Denn rein rechnerisch muß jeder Bürger sich darauf einstellen, einmal im Leben seine Heizung auszutauschen, sei es als Eigentümer oder als Mieter. Als Eigentümer sieht er sich Kosten in fünfstelliger Höhe ausgesetzt.

Als Mieter werden ihm die Sanierungskosten scheinbarweise übertragen, denn nach heutiger Rechtslage können elf Prozent in die Nettojahresmiete überwältzt werden; die ohnehin schon hohen Mieten werden für noch mehr Bürger unbezahlbar. Kein Risiko ist so teuer wie dieses; es ist wegen der 100prozentigen Schadenswahrscheinlichkeit nicht versicherbar, es kommt mit Sicherheit in Ihrem Erdenleben auf Ihren Haushalt zu. Zeitpunkt und Höhe sind ungewiß; der Zeitpunkt hängt davon ab, wann Ihre alte Heizung den Geist aufgibt, die Höhe von den dann notwendigen Umbauten, dem Markt für Wärmepumpen, der Verfügbarkeit von Fachkräften usw.

Der korrekte Ausdruck ist Klimasteuer, denn eine Steuer ist eine Abgabe, der keine spezifische Gegenleistung gegenübersteht. Das unterscheidet eine Steuer von einer Gebühr, die für eine konkrete Leistung erbracht wird, beispielsweise für Abwasser oder Müllentsorgung. Bei-

träge, etwa die GEZ, sind auf die potentielle Inanspruchnahme hin definiert, denn den öffentlich-rechtlichen Rundfunk könnte man zumindest aus Versehen mal sehen.

Daß es keine Gegenleistung gibt, ergibt sich aus einer ganz einfachen Rechnung. Der deutsche Wohnungsbausektor trägt etwa 0,24 Prozent zu den weltweiten CO₂-Emissionen bei. Selbst wenn alle Staaten das Pariser Abkommen von 2015 vollumfänglich umsetzen würden und ihre Reduktionsziele bis zum Jahr 2100 durchhalten würden, ergibt sich aus den Modellen des Weltklimarats (IPCC) eine Reduktion des Erdtemperaturanstiegs um nur 0,24 Grad Celsius (°C).

Der Beitrag durch das GEG ist minimal: Wenn man von einer durchschnittlichen CO₂-Emission von 30 Kilogramm pro Quadratmeter Wohnfläche ausgeht, 100 Quadratmeter Wohnungsgröße unterstellt und 42,8 Millionen Privatwohnungen, dann emittiert der deutsche Wohnungssektor 128 Millionen Tonnen CO₂.

Einer Faustformel der UN zufolge würde das nach 40 Jahren, wenn der Wohnbestand CO₂-neutral ist, einer Reduktion der Erdtemperatur um 0,0022 °C entsprechen. Abgesehen von der Fehleranfälligkeit der zugrundeliegenden Klimamodelle ist eine solche Reduktion, bezogen auf das Ende des Jahrhunderts, weder spür- noch meßbar; sie ist statistisch nicht von einer Zufallsschwankung zu unterscheiden. Man kennt das ja, man betritt einen Raum und fragt sich, wer die Heizung um zwei tausendstel Grad runtergedreht hat?

Die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Habeck, die Wärmepumpe bei zu ersetzenden Gas- und Ölheizungen zum Standard zu machen, wird zu einer steigenden Obdachlosigkeit führen. Die Wohnungen werden umverteilt von der Mittelschicht zu den Reichen; der Obdachlosigkeit voraus geht eine massive Verarmung der Bevölkerung. Der Effekt fürs Klima ist, wie gezeigt, äußerst gering, wenn nicht gleich null.

Die Austausch- und Sanierungskosten gehen in die Billionen. Die Kosten der Vermeidung jeder Tonne CO₂ werden im vierstelligen Bereich liegen, während die CO₂-Steuer zur Zeit 30 Euro beträgt. Warum diese kostspielige Sonderbehandlung der Hauseigentümer? Ist es Unwissenheit oder pure Ideologie?

Sicher, es wird staatliche Subventionen geben. Aber das Geld, das in den Bestand fließt, sei es privater oder öffentlicher Natur, fehlt an anderer Stelle, etwa beim Neubau von Häusern und (Sozial-)Wohnungen, wo jetzt schon Hunderttausende fehlen.

Aber auch die Vermietung von Bestandsimmobilien wird zurückgehen. Statt eine Wärmepumpe einzubauen, könnte ein Vermieter einfach den Schlüssel umdrehen und die Wohnung bei der nächstbesten Gelegenheit leer stehen lassen. Wertvoller Wohnraum geht verloren. Vielleicht erklären in ihrem Verordnungswahn irgendwelche Behörden auf Geheiß des Schornsteinfegers Wohnungen für unbewohnbar - weil die "richtige" Heizung fehlt. Für die Mieter, mehr als die Hälfte der Wohnbevölkerung, kommt es knüppeldick.

Schon jetzt ist der Wohnungsmarkt sehr angespannt. Sollte im Zuge des Sanierungszwangs das Haus notverkauft oder zwangsversteigert werden, scheidet der Umzug in eine Mietwohnung aus, denn das Angebot sinkt, und die Kaltmieten explodieren.

Gesamtwirtschaftlich werden wir in eine Dauerrezession abgleiten. Denn Vermögensverluste durch einen Preissturz der eigenen Immobilie, höhere Mieten und Angstsparen auf den "Tag X" hin werden zu einer dauerhaften Konsumzurückhaltung führen, die die Wirtschaft querebeet schädigt. Der Staat wird dann wieder mit massiven Konjunkturprogrammen einschreiten. Zudem will er ja auch umfangreiche Subventionen für den Heizungs austausch bereitstellen. In Anbetracht der bereits hohen Verschuldung, steigender Zinsen und einer aufgeblähten Geldmenge droht unser Geld- und Finanzsystem qua Überlastung zu kollabieren.

Wer bekommt nun die Wohnungen und Häuser, die notverkauft oder zwangsversteigert werden? Zum einen werden viele Wohnungsbaugesellschaften "zuschlagen", da sie bessere Finanzierungs- und Verschuldungsmöglichkeiten haben. Darunter könnten auch Immobilien-

fonds sein, die sich zu Schnäppchenpreisen in Deutschland eindecken. Und schließlich einige wenige Reiche in Deutschland, Kommunen und die Beamtenschaft.

Warum die Beamtenschaft? Weil Beamte und Pensionäre viel bessergestellt sind als Arbeitnehmer im privaten Bereich. Ihre Anwartschaften auf Pensionen übertreffen die auf eine staatliche Rente der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) um das 2,4fache bei Frauen und das 2,3fache bei Männern. Bedeutet: Auf 1.200 Euro Rente bei einem Nicht-Beamten kommen rund 2.800 Euro Pension bei einem Beamten. Der muß zwar mehr Steuern entrichten, wird aber bei Kranken- und Pflegeversicherung durch Beihilferegelungen entlastet.

Mehr noch: Diese hohen Zahlungen sind bis ans Lebensende garantiert und damit eine verlässliche Sicherheit, wenn ein Kredit benötigt wird. Denn der solvente Staat garantiert, daß der Pensionär - in gewissem Rahmen - nicht zahlungsunfähig wird. Damit ist ein pensionierter Beamter für die kreditgebende Bank von hoher Bonität, anders als der GRV-Rentner oder gar der Selbständige. Ironie der Geschichte: Der Selbständige, der mit dem Erwerb von Immobilien für sein Alter vorgesorgt hat, bekommt selber nicht den Kredit, um diese Immobilien wie vom Gesetz gefordert zu sanieren. Das Lebensrisiko wird massiv umverteilt zulasten der produktiven Bevölkerung, zu Gunsten der öffentlichen Hand.

Der Verkauf der Wärmepumpensparte von Viessmann an die US-Gruppe Carrier hat gezeigt, daß mächtige Finanziere vom Wärmepumpengesetz profitieren (wollen). Die hinter Carrier stehenden Vermögensverwalter wie Vanguard und Blackrock, Milliardäre wie Christopher Hohn und Hal Harvey, die mit irgendwelchen Umweltstiftungen verbunden sind, finanzieren deutsche "Think Tanks" wie Agora und deren Strippenzieher, die mittlerweile an prominenter Stelle im Wirtschaftsministerium das Sagen haben.

Einige Fonds sind auch in Immobilien investiert. Sie werden die Häuser und Wohnungen zu einem Schnäppchenpreis aufkaufen, mit Hilfe von Subventionen sanieren und dann teuer vermieten.

Wer leicht an Kredit kommt, wer Eigenkapital einsammelt, wer sich über die Börse refinanzieren kann, und wer die nötige Bonität hat (Beamte, Pensionäre, die öffentliche Hand), der wird in diesem Wärmepumpen-Monopoly gewinnen.

Die Städte und Gemeinden werden Kredite aus gedrucktem Zentralbankgeld organisieren, direkt oder indirekt, und sich ebenfalls bedienen. Sie erwerben Wohnraum für Migranten und Einwanderer und sind mit einem Schlag die Sorgen um Unterbringung los.

Und wo geht der Mittelstands-Michel hin? Er verliert sein Eigenheim und sieht sich exorbitant steigenden Mietpreisen gegenüber. Auswandern geht kaum. Die Lösung wird sein, sich mit mehreren Menschen oder größeren Familien eine Wohneinheit zu teilen. Das Muster gibt es schon, in den Innenstädten von Paris, London und New York, wo Menschen mit geringem bis mittlerem Einkommen zwangsweise Wohngemeinschaften bilden.

Nie war das Risiko der Obdachlosigkeit so hoch wie heute. Die Marktkräfte, die Habeck & Co. offenbar nicht verstehen, führen zu einem Minus an Wohnraum und exorbitant steigenden Mieten. Deutschland, mit einer Wohneigentumsquote von 43 Prozent ohnehin am unteren Rand der EU, wird noch ärmer. Der Median-Deutsche ist mit einem Vermögen von rund 55.000 Euro nicht einmal unter den Top 20 in der Welt, mit nicht einmal einem Viertel des Median-Vermögens eines Australiers mit 247.000 Euro. Selbst Portugal rangiert Stand 2021 mit 60.000 Euro klar vor Deutschland.

Das schrumpfende Vermögen geht über an (US-)Investoren und den Staat, mitsamt seinen Staatsdienern. Der normale Bürger wird zum Bittsteller und sich in die lange Reihe derer einreihen müssen, denen der allmächtige Staat Sozialwohnungen zuteilt.

Prof. Dr. Reiner Osbild, Jahrgang 1962, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Emden/Leer. 2010/11 war er Gastprofessor in Dalian (China). Zuvor arbeitete er im Kapitalmarktgeschäft großer Geldhäuser. 1993 wurde Osbild mit einer Arbeit zum Thema

"Staatliche Eingriffe in den Arbeitsmarkt" promoviert.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 15. Mai 2023: >>**Vetternwirtschaftsministerium: Nächster Habeck-Vertrauter versinkt im Korruptions-Sumpf!**

Gerade erst hatte der grüne Wirtschaftsminister Habeck versucht, sich als Opfer einer ominösen Kampagne zu inszenieren - da erschüttert schon der nächste Filz-Skandal sein Vetternwirtschaftsministerium.

Nach Patrick Graichen bringt nun mit Udo Philipp bereits der zweite Staatssekretär seinen Chef in Bedrängnis. Philipp wird vorgeworfen, von Startup-Firmenbeteiligungen zu profitieren, während er zugleich als Staatssekretär zuständig ist für die Startup-Strategie der Bundesregierung - und für milliardenschwere Förderprogramme.

Laut Medienberichten soll Philipp durch stille Einlagen, Kredite und offene Beteiligungen junge Firmen unterstützen. Zwar hat er dies bereits eingeräumt, doch weigert er sich, die betreffenden Firmen zu nennen. Gleichzeitig hat er Geld in einer Reihe von Fonds angelegt, die mit Elektromobilität in Zusammenhang stehen - wofür er im Ministerium ebenfalls verantwortlich ist.

Nach der Trauzeugen-Affäre um Graichen ist Habecks Glaubwürdigkeit somit auf einem neuen Tiefpunkt angelangt. Ein solcher Politiker hätte niemals bis an die Spitze eines Bundesministeriums gelangen dürfen!<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26052" berichtete am 15. Mai 2023 ([x1.311/...](#)): >>**"Hausanker" – staatlich gedeckter Betrug?**

Seit geraumer Zeit ist ein neues lukratives Geschäftsmodell auf dem Markt: Wer gerade in einer finanziellen Notlage steckt oder kein Erspartes hat, der kann "einfach einen Teil seines Hauses verkaufen, aber weiter darin wohnen" bleiben - so die Werbung. Die Wirklichkeit hingegen sieht völlig anders aus. Inwiefern kommt eigentlich der Staat noch seiner Fürsorgepflicht für seine Bürger hinsichtlich offen zur Schau getragener Wirtschaftskriminalität nach?

...

Seit geraumer Zeit ist ein neues lukratives Geschäftsmodell am Start. Im Fernsehen läuft ein Werbe-Spot mit einem eher naiv wirkenden älteren Ehepaar, das für die Vorzüge der Firma "Hausanker" wirbt. Das Geschäftsmodell: Wer gerade in einer finanziellen Notlage steckt oder kein Erspartes hat, kann "einfach einen Teil seines Hauses verkaufen, aber weiter darin wohnen" bleiben. Mit diesem Geld soll man dann den Lebensabend genießen ... So zumindest wird es dargestellt.

Die Wirklichkeit hingegen sieht völlig anders aus. Wer sich auf dieses "Geschäft" einläßt, verliert nicht nur die Kontrolle über seinen Besitz, da man ja einen Teil seines Hauses preisgibt, man zahlt auch ab sofort eine als Nutzungsgebühr getarnte Miete für den verkauften Teil. Zudem muß man weiterhin für Unterhalt und Heizung aufkommen, allerdings für das ganze Haus, versteht sich. Die Liste der Nachteile fängt damit allerdings gerade erst an. Zum Glück haben Marktcheck und auch diverse andere Medien durchaus zutreffend auf die Gefahren dieser fragwürdigen Firma hingewiesen.

Jedoch fehlt bei allen ein wesentlicher Aspekt: Wie verhält sich hierzu eigentlich unser Staat? Wie kann es sein, daß eine Firma ganz offen Menschen abzocken und dafür auch noch täglich im Fernsehen werben darf? Haben wir alle doch schon in der Schule gelernt, daß der Staat eine Fürsorgepflicht für seine Bürger hat! Es ist mehr als bedauerlich, daß die politisch Verantwortlichen unseres Staates, selbst bei offen zur Schau getragener Wirtschaftskriminalität, höchstwahrscheinlich auf beiden Augen erblindet sind.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 16. Mai 2023: >>**Deutschland fällt mit dem Auto**

Verbrenner-Aus und Elektro-Frust. Er war beinahe ein Alleinstellungsmerkmal der deutschen

Wirtschaft: der Verbrennungsmotor. Jetzt erzwingt die Politik sein Ende - obwohl neue Technologien sogar mit der Klima-Politik kompatibel wären. ...

_ von *Carl Reinhold*

Gute Diesel können auch die Franzosen bauen, billige Achtzylinder gibt es auch in Amerika. Aber die gesamte Klaviatur vom Drei- bis zum Zwölfzylinder, hocheffizient und dem Rest der Welt mindestens eine halbe Generation voraus, die beherrschten nur die Deutschen. Dieser Vorsprung ist planvoll und unwiederbringlich zerstört worden.

Beinahe wäre es für 2035 zum Totalverbot des Verbrenners in der EU gekommen, doch kurz vor Schluß hat FDP-Verkehrsminister Volker Wissing noch eine Ausnahme durchgesetzt: Verbrennungsmotoren, die mit CO₂-neutralen E-Kraftstoffen betrieben werden, dürfen auch danach noch zugelassen werden. Dieser aktuell noch relativ teure Sprit fängt bei seiner Herstellung das CO₂ ein, das hinterher emittiert wird: unschlagbar und für ein Elektroauto nie erreichbar. Denn das speist sich aus dem Stromnetz, das in Deutschland nach dem AKW-Aus immer dreckiger wird.

Kaum hatte Wissing die Ausnahme durchgesetzt, hob das Geheul an, wurde aus allen Rohren gegen die synthetisch erzeugten Kraftstoffe geschossen. Man darf fest davon ausgehen, daß die Umsetzung des Beschlusses auf EU-Ebene sabotiert werden wird. Daß sich die Klima-Ideologen nicht über diese E-Fuels freuen, die im Übrigen auch die bisherigen Benziner und Diesel auf einen Schlag CO₂-neutral machen könnten, beweist überdeutlich: Es geht gar nicht ums Klima.

Ein moderner Exorzismus

Es geht um etwas anderes - und das schon seit Jahrzehnten: Den Menschen soll die individuelle Mobilität genommen werden. Hierfür eignet sich nichts besser als das umständliche, teure E-Mobil, das vieles schlechter und nichts besser kann als Benziner und Diesel. Der österreichische Motorenpapst Fritz Indra brachte es kürzlich auf den Punkt: "Fliehen kann man damit nicht."

Wissings Manöver kurz vor Toresschluß greift viel zu kurz, es wird kaum durch Investitionen flankiert, die Bevölkerung wird spärlich informiert: Regulatorisch rast der Zug in Richtung E-Mobilität ungebremst weiter. Doch immerhin scheint jetzt die Tür einen Spalt weit aufgestoßen für bessere Lösungen. Und die Kundschaft beginnt zu ahnen, daß sie mit der Erzählung vom sauberen, guten und vor allem alternativlosen Stromer für dumm verkauft wird.

Trotz Wissing und markiger Reden aus der Union: Überschwenglicher Dank an die Adresse der einst bürgerlichen Parteien ist nicht angebracht. Denn ihr Zusammenwirken hat den Öko-Wahnsinn entscheidend vorangebracht.

Unvergessen sind die Huldigungen von FDP-Chef Christian Lindner an die E-Mobilität oder die frühen Verbrenner-Verbotsphantasien von CSU-Oberguru Markus Söder. Und ohne Angela Merkel und Ursula von der Leyen (beide CDU) hätte das Thema niemals Traktion bekommen. Ihr Treiben hat den Rest der Europäer vom Irrglauben überzeugt, die Deutschen wüßten schon, was sie tun.

Tatsächlich konnte die vermeintlich so biedere Rautenfrau mit dem Auto nie etwas anfangen.

...

Die Wahrheit ist: In der Welt der Merkels und ihrer giftgrünen Epigonen ist kein Platz für das eigene Haus und den eigenen Wagen. In klimafreundliche Wohnschachteln gepfercht, soll der Bürger des Great Reset harren, hoffend, daß ihm nicht wegen Überschreitung des CO₂-Budgets der Strom abgeschaltet wird. ...

Andere Länder können inzwischen auch Stromer bauen, die nicht nur günstiger, sondern besser sind als die entsprechenden deutschen Produkte, durch die Bank kein Ruhmesblatt für die deutsche Ingenieurskunst: Komplex, schwer und ohne jeden emotionalen Appeal muß sie sich von Konkurrenzprodukten aus Asien regelrecht vorführen lassen. In Windeseile positionieren

sich die Marken neu, ein Kia ist attraktiver geworden als ein VW, mit Interesse blickt die Kundschaft auf die neuen Hersteller aus China.

Die Asiaten entwickeln weiterhin hervorragende Verbrenner. Die weltweit meistverkauften Autos kamen in den letzten Jahren aus Japan. Es waren Benziner und Diesel. Europa aber ist zur woken Öko-Blase geworden.

Kein Wunder, daß die deutschen Hersteller international regelrecht abschmieren. Vor allem in China sind die Marktanteile eingebrochen, gerade die deutschen Elektroautos erweisen sich als ausgesprochene Ladenhüter.

Der selbst verschuldete Absturz

Um so unverständlicher ist das Kuschen der Branche. Ausgerechnet Volkswagen - der Hersteller, der die wichtigste Steilvorlage für die Anti-Auto-Kampagnen geliefert hatte - redet seit Jahren dem Elektromobil das Wort, drohte sogar mit dem Austritt aus dem braven VDA, wenn dieser nicht den ultragrünen Kurs der Wolfsburger gutheiße. Mit dem Wechsel an der Konzernspitze von Herbert Diess zu Oliver Blume könnte sich das ändern. Doch inzwischen kündigt Mercedes-Benz einen Totalschwenk zum Stromer an.

Die vermeintliche Interessenvertretung der Autofahrer, der mächtige ADAC, setzt sich seit Jahren einseitig für E-Autos ein und verbreitet einschlägige Märchen, anstatt seine Mitglieder darüber aufzuklären, welcher Verlust an Mobilität und Wohlstand ihnen droht. Er zieht es vor, seine mehr als 21 Millionen Mitglieder mit Durchhalteparolen zu beschwichtigen, statt lautstark zu protestieren.

Auch die etablierten Medien gefallen sich in Schönrednerei. Von den öffentlich-rechtlichen Zwangsendern ist nichts anderes zu erwarten, doch daß das Springer-Imperium sich an der Lobhudelei beteiligt, überrascht den Beobachter mindestens ebenso wie die unkritische Haltung der Fachpresse ...

_ Carl Reinhold ist Auto-Experte von COMPACT. In Ausgabe 12/2022 erinnerte er an den von US-Kreisen forcierten Diesel-Skandal ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 17. Mai 2023: >>**Grüne**

Hydra: Graichen geht, der Filz bleibt

Von *Sven Reuth*

Nach einem neuen massiven Verstoß gegen Anti-Korruptions-Regelungen muß Patrick Graichen jetzt doch gehen. Damit verliert die deutsche Energiewende ihren Chefplaner. ...

Robert Habeck wirkte in der heutigen Presseerklärung, in der er die Entlassung seines umstrittenen Staatssekretärs Patrick Graichen verkündete, deutlich angeschlagen. Er mußte nicht weniger als die Trennung vom Chefplaner der Energiewende bekanntgeben.

Der Wirtschaftsminister betonte, daß er an Graichen festgehalten hätte, wenn nun nicht eine weitere Unregelmäßigkeit bekannt geworden wäre - tatsächlich handelt es sich um einen weiteren krassen und massiven Verstoß gegen Anti-Korruptionsregelungen. Graichen fällt dabei denkbar weich, denn er wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt und bezieht dort eine fürstliche Pension.

Das Netz um Verena Graichen

Wie der Spiegel berichtete, unterzeichnete Graichen einen vom Landesverband Berlin des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. gestellten Förderantrags, in dem es um eine Summe von knapp 600.000 Euro ging. Da Patrick Graichens Schwester Verena Graichen im Vorstand dieses Verbandes sitzt, hatte sich sein Staatssekretär wohl selbst in den Augen Habecks zu angreifbar gemacht.

Verena Graichen spielt eine wichtige Rolle in der staatsnahen "Öko-Industrie", die sich den Staat mittlerweile weitgehend zur Beute gemacht hat. Sie ist Vizechefin des Grünen-nahen Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Mitglied des Nationalen Wasserstoffrats der Bundesregierung und Mitarbeiterin des stattlich mit Millionensummen geför-

erten Öko-Instituts. Sie ist verheiratet mit Michael Kellner, dem langjährigen Geschäftsführer der Grünen, der ebenfalls Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium ist.

Wo investierte Udo Philipp?

Das ist nur eine von vielen fragwürdigen familiären und wirtschaftlichen Verflechtungen, die sich um Patrick Graichen herum gebildet hatten. Und während Patrick Graichen nach langen Debatten nun gehen muß, darf ein weiterer personeller Sprengsatz im Bundeswirtschaftsministerium weiterwursteln.

Es geht um den grünen Wirtschaftsstaatssekretär Udo Philipp, den Habeck schon aus seiner Zeit als Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein kennt. Im Bundesministerium ist er für Start-Ups und Digitalisierung zuständig, investiert in Form von Krediten, Beteiligungen und stille Einlagen aber auch selbst in junge Unternehmen. Es bleibt abzuwarten, was hier noch alles im Detail herauskommen wird, aber es besteht natürlich der Verdacht, daß Philipp nachhaltig in die eigene Tasche gewirtschaftet hat.

Der Hydra des grünen Filzes wachsen also immer neue Köpfe nach. Nicht umsonst heißt es beispielsweise, daß es der grünen Lobbyorganisation Agora Energiewende auch weiterhin egal ist, wer unter ihr Bundeswirtschaftsminister ist. Robert Habeck wird jedenfalls auch weiterhin versuchen, Nebelkerzen zu werfen. In seiner heute Vormittag abgehaltenen Pressekonferenz lenkte Habeck dann schon wieder den Blick auf "rechtsextreme Accounts", die angeblich eine Lügenkampagne gegen Patrick Graichen gestartet hätten.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 17. Mai 2023: >>**Filz ohne Ende: Herr Habeck, gehen Sie endlich!**

Falls ein Mitarbeiter des Bundeswirtschaftsministeriums einmal versehentlich die Übersicht des hauseigenen Organisationsbaums verlegen sollte, so kann problemlos Abhilfe geschaffen werden: Einfach bei einer auf Ahnenforschung spezialisierten Internetseite die Ahnentafel der eigenen Familie aufrufen - und schon hat man die wesentlichen Informationen wieder beisammen. Das ist aber auch das einzig Positive, was man über die immer tieferen Abgründe des grünen Filz-Netzwerks im Habeck-Ministerium sagen kann. Von der Trauzeugen-Affäre bis hin zu einem Startup-Investor, der auch als Staatssekretär für Startup-Förderprogramme zuständig ist, zieht sich ein Netz der Kumpanei, Verfilzung und Vetternwirtschaft.

Beginnen wir mit Staatssekretär Graichen, der nun als Bauernopfer in den Ruhestand versetzt wird, um den eigentlichen Verantwortlichen Habeck aus der Schußlinie zu bringen. Graichen sprach sich in einer Findungskommission erfolgreich dafür aus, seinem engen Freund und Trauzeugen Michael Schäfer eine Führungsposition in der regierungseigenen Energieagentur Dena zu verschaffen.

Übrigens sollen vier der sechs Bewerber Graichen geduzt haben. Der grüne Filz regierte nicht nur das Wirtschaftsministerium, sondern auch Organisationen wie die "Stiftung Klimaneutralität" oder das "Öko-Institut". Mit Graichens Schwester verheiratet ist indessen Michael Kellner, der ebenfalls bei Habeck als Staatssekretär arbeitet und gleichzeitig das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für den Mittelstand ausübt.

Ein weiterer dubioser Habeck-Staatssekretär ist Udo Philipp, der sich mit stillen Einlagen, Krediten und offenen Beteiligungen in jungen Startup-Firmen "engagiert", während er gleichzeitig in seinem Ministeriumsberuf für die Startup-Strategie der Bundesregierung und somit für milliardenschwere Förderprogramme zuständig ist. Gleichzeitig legte er Geld in zahlreichen Fonds an, die mit Elektromobilität in Zusammenhang stehen. Das Bild wird abgerundet von einem Referatsleiter des Ministeriums, der sich von Saudi-Arabien eine Dienstreise bezahlen läßt, um anschließend das gleiche Land als Veranstaltungsort der Expo 2030 zu empfehlen.

Habeck bleibt dennoch in einem Paralleluniversum der Realitätswahrnehmung gefangen, spricht von Rechtsextremen und "pro-russischen Accounts", die eine Kampagne gegen sein

Haus fahren würden. Graichen habe "maßgeblich dazu beigetragen, eine Wirtschaftskrise abzuwenden" - als ob es Inflation und den Zusammenbruch ganzer Industriezweige gar nicht geben würde. Doch für Graichen sind diese Probleme der Normalbürger offenbar fern, schließlich bewegt er sich in ganz anderen finanziellen Sphären:

Allein das Grundgehalt der Besoldungsgruppe B11 im Bund, welches Graichen als Staatssekretär bezogen hat, beläuft sich seit 1. April 2022 auf monatliche 15.074,80 Euro (zusätzlich kommt eine Ministerialzulage in Höhe von 552,76 Euro hinzu). Nach der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand dürfte Graichen angesichts eines durchschnittlichen Ruhegehaltssatzes von 68 Prozent immer noch mit Einkünften in Höhe von mehr als 10.000 Euro rechnen können.

Ausschlaggebend für den Graichen-Rücktritt soll nun gewesen sein, daß er ein Projekt des Öko-Verbandes "BUND" mit einem Volumen von knapp 600.000 € als förderungswürdig einstuft, während seine Schwester im Vorstand des gleichen Öko-Verbandes sitzt - und zwar in genau jenem Berliner "BUND-Landesverband", der auch gefördert werden sollte. Habeck will davon erst jetzt erfahren haben, was ihn jedoch nicht daran hinderte, erst einmal die Kritiker zu beschimpfen und als Haufen rechte extremer Putin-Trolle darzustellen.

Als Graichen-Nachfolger schwebt Habeck laut Medienberichten der Netzagentur-Chef Klaus Müller vor, der den Deutschen im vergangenen Jahr empfahl, für Gas-Einsparungen weniger zu duschen. Auch er ist langjähriger Habeck-Weggefährte und bei "Agora Energiewende" Tischnachbar von Graichen. Mit Graichen zusammen sitzt Müller im "Rat der Agora", einer Art Geheimrat mit speziellen Regularien zur Geheimhaltungspflicht.

Ein Wirtschaftsminister, der auf derartiges Personal baut und vor allem nichts aus seinen verheerenden Fehlern lernt, ist eine Zumutung und muß endlich genauso seinen Hut nehmen wie das Bauernopfer Graichen. Doch bei personellen Konsequenzen kann es nicht bleiben - der komplette Filz-Sumpf im Wirtschaftsministerium muß ausgeleuchtet werden!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 19. Mai 2023: >>**Emilia Romagna: Die absurden Verdrehungen der Grünen**

Von *Sven Reuth*

Eben noch sprachen die Klima-Chaoten von einer historischen Dürre rund um den Gardasee. Nun soll plötzlich auch das Hochwasser in der Emilia Romagna ein Beleg für die Klimakatastrophe sein. ...

Die norditalienische Region Emilia Romagna, Heimat von Don Camillo und Peppone sowie von weltbekannten Automarken wie Ferrari, Maserati und Lamborghini, leidet derzeit fürchterlich. Durch die Hochwasserkatastrophe wurden Straßen unpassierbar, Brücken weggespült, Häuser überflutet und Ernten vernichtet. Schon 14 Menschen sollen bei der dortigen Hochwasserkatastrophe ihr Leben verloren haben.

"Schlimmste Dürre seit 500 Jahren"

Die tragischen Ereignisse wollen kaum zu dem von Klima-Apokalyptikern gezeichneten Bild passen. So hatte ein Sprecher der EU-Kommission im August 2022 noch verkündet:

"Die Dürre scheint die schlimmste seit mindestens 500 Jahren zu sein."

Noch vor ganz kurzer Zeit, vor wenigen Wochen, meldeten die etablierten Medien eine angebliche Dürrekatastrophe am Gardasee in Norditalien, die dort zu fürchterlichen Einbußen bei Tourismus und Ernte führen würde. Dumm nur, daß die Menschen vor Ort davon noch überhaupt nichts mitbekommen hatten.

Angesichts der Bilder aus der Emilia Romagna ändern Grüne und Klima-Chaoten mal eben ihr Argumentationsmuster um 180 Grad.

"Europäische Opfer der Klimakatastrophe"

So erklärte die Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt; Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, auf ihrem Twitter-Account:

"Alle, die finden, man könnte noch ein bißchen warten mit Klimamaßnahmen wie z.B. CO2 frei Heizen sollten in unser Nachbarland Italien schauen. Europäische Opfer der Klimakatastrophe. Wir haben keine Zeit mehr." ... Quelle: Twitter.

Wenn es also mit der Dürre nichts geworden ist, dann sattelt man schnell wieder um auf angeblich durch die globale Erwärmung ausgelöste Hochwasserkatastrophen. Völlig außer Acht gelassen wird dabei, daß die Emilia Romagna ein klassisches Hochwassergebiet ist. Die geographische Lage der Region zwischen den Flüssen Po und Reno macht sie anfällig für Überschwemmungen, die im Laufe der Jahrhunderte immer wieder aufgetreten sind.

Eine der schlimmsten Hochwasserkatastrophen in der Emilia Romagna ereignete sich beispielsweise im November 1951. Massive Regenfälle führten zu einem starken Anstieg der Flußpegel, was zu weitreichenden Überschwemmungen führte. Ganze Städte und Dörfer waren betroffen, und die Infrastruktur wurde schwer beschädigt. Tausende Menschen wurden obdachlos, und es gab viele Todesopfer. Diese Katastrophe rüttelte die Menschen auf und führte zu verstärkten Bemühungen, den Hochwasserschutz zu verbessern.

Hochwasserschutz statt Klimagesäusel

Ein weiteres tragisches Ereignis ereignete sich im Jahr 1966, als große Teile der Region von einer verheerenden Flut betroffen waren. Venedig wurde besonders schwer getroffen, als das Hochwasser historische Gebäude und Kunstwerke beschädigte. Diese Katastrophe war ein Weckruf für die italienische Regierung und führte zur Entwicklung des MOSE-Projekts. Dieses führte zu einer Reihe von Deich- und Dammbauten, um Venedig vor künftigen Überschwemmungen zu schützen. Solchen Regionen ist in erster Linie mit einem kompetenten Hochwasserschutz zu helfen.

In klassischen deutschen Hochwassergebieten wie den Tälern der Müglitz, Weißeritz und Gottleuba im Osterzgebirge haben sich in den vergangenen 500 Jahren - also auch schon lange vor dem Klimawandel - den Aufzeichnungen zufolge 60 schwere Hochwasser ereignet.

Keine Chance für Italiens Grüne

Solche Gebiete können nicht nur durch abstrakte Appelle für mehr Klimaschutz gerettet und gehalten werden, sondern müssen auch mit der jeweils modernsten Technik geschützt werden, gleiches gilt natürlich für die Mittelgebirge im Westteil des Landes oder in weiteren hochwassergefährdeten europäischen Regionen.

Und die Energien, die für einen solchen infrastrukturellen Kraftakt notwendig sind, lassen sich eben nur erzeugen, wenn auf emotionaler Ebene bei den Menschen jene nationale Solidarität gegeben ist, die heute unablässig von der politischen Klasse und insbesondere von Politikern wie Katrin Göring-Eckardt bekämpft wird. Dabei kann wohl kein Staat auf Dauer bestehen, der wie Deutschland jedes Gemeinschaftsgefühl unter Generalverdacht stellt.

Die Italiener sind den Deutschen hier weit voraus. Die Grünen kamen hier bei den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr auf gerade einmal 3,6 Prozent, und auch dieses Ergebnis erreichte man nur als Teil einer linken Parteienallianz. Daran wird sich wohl kaum etwas ändern, auch wenn deutsche Medien permanent irgendwelche Horrornachrichten über die Auswirkungen der globalen Erwärmung auf der Apennin-Halbinsel bringen. Im Gegensatz zu den Deutschen sind die Italiener ein politisch kluges Volk, das nicht dazu neigt, im Namen einer politischen Religion ökonomischen Selbstmord zu begehen.

Harte Fakten statt Ideologie: In COMPACT-Spezial "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt" entlarven wir die Lügen der Mainstream-Klimatologen zeigen, wer von der Panikmache profitiert. Sie werden erstaunt sein: Es sind ungefähr die gleichen Kreise wie jene, die Fridays for Future und Klima-Chaoten sponsern. Wir heben den Sumpf aus - und entlarven die menschenfeindlichen Ziele hinter der Klima-Ideologie.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 21/23" berichtete am 19. Mai 2023 (x1.387/...):

>>**Die teure deutsche Klimawende**

Heizungstausch und grüner Strom: Volkswirtschaftlichen Schaden mit den Mitteln des Rechts erzwingen?

Stefan Kofner

Die CO₂-Minderungsziele waren schnell beschlossen, aber die Kontroverse über die "Heizwende" der Ampel zeigt, daß viele keine Vorstellung von den Folgen der Beschlüsse hatten. Das Pariser Klimaabkommen von 2015 war der Ausgangspunkt der Klimagesetzgebung. Es handelt sich dabei um einen völkerrechtlichen Vertrag zur Begrenzung der Zunahme der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau. Die Verpflichtungen der einzelnen Signatarstaaten sind darin aber nicht konkretisiert, und es gibt auch keine Sanktionierungsmöglichkeiten.

Eine andere Qualität hat dagegen die EU-Verordnung "zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität" (2021/1119). Dieses "Europäische Klimagesetz" ist gegenüber dem Bundesrecht höherrangig und verpflichtet die EU-Staaten zur Umsetzung seiner Ziele - einer CO₂-Reduktion um 55 Prozent gegenüber 1990 bis 2030 (erreicht sind in Deutschland 40 Prozent) und zur Klimaneutralität bis 2050. Schon die Merkel-Regierung wollte mehr tun und hat im Bundes-Klimaschutzgesetz 2021 festgelegt, daß bis 2030 eine Reduktion um 65 Prozent zu erreichen ist und die Klimaneutralität schon im Jahr 2045.

Lohnen sich die Investitionen von fünf Billionen Euro überhaupt?

Das erzwingt in allen Sektoren steilere Anpassungspfade und höhere Investitionen. Aus einer rechtspositivistischen Perspektive könnte man sagen: Das sind gesetzliche Vorgaben, die termingerecht erfüllt werden müssen, koste es, was es wolle. Es könnte aber auch so sein, daß man sich technisch Unmögliches vorgenommen hat.

Und selbst wenn das Ziel technisch erreichbar ist, könnten die Belastungen so hoch ausfallen, daß es politisch nicht erreichbar ist. Der in der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) vorgesehene 65-Prozent-Anteil erneuerbarer Energien bei neuen Heizungen bewegt sich an der Grenze des Machbaren. Den Immobilieneigentümern werden mit dem Ordnungsrecht und einem steigenden CO₂-Preis Zwangsinvestitionen auferlegt, die nicht wenige trotz der in Aussicht gestellten Subventionen an ihre Belastungsgrenze bringen werden. Aber das erdrückende Regulierungskorsett läßt kaum eine andere Wahl.

Das gilt genauso für die trotz nicht vorhandener, skalierbarer Speicherlösungen, völlig unzureichender Stromtrassen und einer wegen der Elektrifizierung des Heizens und der Mobilität steil ansteigenden Stromnachfrage forcierte grüne Stromwende mit dem Kohleausstieg bis spätestens 2038. Schon 2030 sollen 80 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien stammen. Doch die grünen Stromträger zeichnen sich durch gigantische Differenzen zwischen installierter und erzeugter Leistung sowie durch die kurzfristige und saisonale Unstetigkeit der Stromerzeugung aus.

Aus dieser Spannung zwischen den Zielen und den Mitteln können Gefahren für unser demokratisches System entstehen. Wenn die 27 EU-Staaten ihre Selbstverpflichtungen nicht erfüllen können, könnte es zu schweren politischen Verwerfungen kommen. Bewegungen wie "Fridays for Future", "Scientist Rebellion" oder die "Letzte Generation" dürften sich dann noch weiter radikalisieren - ebenso wie der Widerstand gegen sie. Rechtfertigen die Klimaziele solche systemischen politischen Risiken?

Ist die Klimawende überhaupt gesamtwirtschaftlich vorteilhaft? Nach einer Studie im Auftrag der Förderbank KfW (KfW Research: Fokus Volkswirtschaft 350/21) wird die Klimaneutralität Deutschland rund fünf Billionen Euro in Form von gesamtwirtschaftlichen Investitionen kosten. Die klimaschutzbedingten Mehrinvestitionen betragen 1,9 Billionen Euro.

Das sind jährlich gut 70 Milliarden Euro oder knapp zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts

(BIP). Bis zu 90 Prozent der Klimaschutzinvestitionen müssen von privaten Investoren und Privathaushalten bereitgestellt werden. Die Kosten des Nichtstuns hat die Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) geschätzt. Im Szenario "starker Klimawandel" rechnen die Forscher bis 2050 mit volkswirtschaftlichen Schäden in Höhe von 900 Milliarden Euro.

Da scheint es sinnvoller zu sein, das Geld lieber in die Klimaneutralität zu investieren, argumentiert KfW Research. Doch zwei Billionen zu investieren, um Schäden in Höhe von höchstens einer Billion Euro zu vermeiden, bedeutet einen gesamtwirtschaftlichen Schaden von mindestens einer Billion Euro. Es kommt hinzu, daß der Nutzen der deutschen Klimawende größtenteils gar nicht im nationalen Rahmen anfällt. Selbst wenn wir gar nichts in den Klimaschutz investieren würden, änderte sich dadurch so gut wie nichts an der Höhe der für unser Land zu erwartenden Klimaschäden.

Ohne Rücksicht auf Kosten und Risiken den Vorreiter spielen?

Zwar haben fast alle Staaten das Pariser Abkommen unterzeichnet und müssen regelmäßig Fortschrittsberichte vorlegen. Das globale Trittbrettfahrerproblem bleibt aber ungelöst: Deutschland mit nicht mal zwei Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes kann sich nicht darauf verlassen, daß die anderen Staaten und besonders die drei großen Emittenten China (32,9 Prozent), USA (12,5 Prozent) und Indien (7,0 Prozent), die zusammen für mehr als die Hälfte des globalen CO₂-Ausstoßes stehen, ihren Verpflichtungen nachkommen werden.

Vor diesem Hintergrund wäre es aus nationaler Sicht sogar rational, gar nichts zu investieren. Das wäre freilich nicht ohne außenpolitische Risiken. Aber warum sollen wir ohne Rücksicht auf Kosten und Risiken auch noch den Vorreiter spielen? Ein pragmatischer Weg könnte so aussehen, daß wir gerade so viel in den Klimaschutz investieren, daß nationale Grenzkosten und globaler Grenznutzen des letzten dafür eingesetzten Euros übereinstimmen. Das wäre aus globaler Sicht rational. Die Schäden des Klimawandels auf null bringen zu wollen, ist dagegen nur eine irrsinnige Ressourcenverschwendung.

Diese Rolle des vorbildlichen Klima-Klassenprimus steht einem überalterten Land mit sklerotischen Institutionen und einer bedenkenträgerischen Innovationskultur dagegen gar nicht gut zu Gesicht. Natürlich kann man die EU-Klimaschutzverordnung nicht so leicht entschärfen, aber unser eigenes Klimaschutzgesetz können wir so weit abrüsten, daß wir nur das EU-rechtlich Geforderte tun.

EU-Klimagesetz (Verordnung 2021/1119): data.europa.eu<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. Mai 2023: >>**Klimaschwindel: Die 5 größten Profiteure**

Von *Daniell Pföhringer*

"Die Wegbereiter der grünen Revolution werden reicher", konstatiert das US-Magazin Forbes. Wer mit dem Klima-Wahn den größten Reibach macht. ...

1. Robin Zeng

Der kometenhafte Aufstieg des Physikers und Unternehmers aus Hongkong begann 2017, als er sein Unternehmen Contemporary Amperex Technology (CATL) an der chinesischen Börse in Shenzhen registrieren ließ. Heute gehört Zeng (Vermögen: 39,8 Milliarden Dollar) zu den größten Produzenten von Batterien für Elektroautos weltweit. Auch deutsche Marken wie BMW, Daimler und Volkswagen setzen auf CATL-Produkte - allerdings nicht ganz freiwillig. "Peking drängt ausländische Firmen, die in dem Land E-Autos anbieten wollen, zum Einbau chinesischer Batterien", so die Welt.

2. Aloys Wobben

Der 2012 verstorbene Unternehmer (Vermögen: 5,8 Milliarden Dollar) gehörte zu den Pionieren der Windkraft in Deutschland. Seine Firma Enercon mit Sitz im ostfriesischen Aurich begann schon in den 1970er Jahren mit der Fertigung von Windturbinen. In Europa zählt das

Unternehmen - gemeinsam mit dem dänischen Konzern Vestas - zu den marktbeherrschenden Anbietern. Dem US-Magazin Forbes sagte Wobben: "Zur Erhaltung der Schöpfung beizutragen, damit unser Planet bewohnbar bleibt, ist meine Mission." Der Milliardär, der auch als "Mr. Wind" bekannt war, transferierte kurz vor seinem Ableben seine gesamten Anteile an dem Konzern in eine Familienstiftung.

3. Stephen Fitzpatrick

Der in Nordirland geborene Unternehmer (Vermögen: 1,5 Milliarden Euro) heuerte zunächst beim französischen Finanzdienstleister Société Générale und der US-Privatbank JP Morgan an. 2009 gründete er OVO Energy, obwohl er keinerlei Erfahrung in der Energiebranche hatte. Seinem Erfolg tat das keinen Abbruch: In kürzester Zeit machte Fitzpatrick seine Firma zu einem der großen Stromanbieter Großbritanniens.

Zwielichtig: 2020 mußte OVO Energy Strafen in Höhe von umgerechnet 10 Millionen Euro zahlen, weil man seit 2015 überhöhte Rechnungen an seine Kunden verschickt hatte. Ebenfalls nicht ganz kosher: 2014 verkaufte Fitzpatrick, der im britischen Frühstücksfernsehen bereits als "profitgieriger reicher Sack" bezeichnet wurde, Anteile an seiner Firma im Wert von rund 2,2 Millionen Euro, um damit sein Privathaus zu finanzieren. Gleichzeitig steckte sein Unternehmen tief in den roten Zahlen.

4. Denis Swerdlow

Den Einstieg ins grüne Geschäft ermöglichte sich der in Georgien geborene russische Staatsbürger (Vermögen: 1,4 Milliarden Dollar) durch den Verkauf seiner Telekommunikationsfirma Yota im Jahr 2012. Zwischenzeitlich war er in Moskau Vizeminister für Kommunikation. Sein Unternehmen Arrival fertigt Leichtbau-Fahrzeuge mit "null Emissionen", die "preislich mit Diesel- und Benzin-getriebenen Fahrzeugen mithalten können", wie Forbes erklärt. 2021 ging Swerdlows Firma an die Börse, doch schon Ende 2022 trat der Gründer als Geschäftsführer zurück, nachdem der Plan, die Produktion aus Großbritannien in die USA zu verlagern, für heftige finanzielle Turbulenzen gesorgt und dem Unternehmen einen Absturz an den Aktienmärkten beschert hatte. Zu den Investoren seines Konzerns gehört auch der Investment-Gigant Blackrock.

5. Trevor Milton

Die Pläne des US-Amerikaners (Vermögen: 1,4 Milliarden Dollar) sind nicht gerade bescheiden: Laut einem Bericht der Welt plant er, tausende Wasserstoff-Lastwagen auf amerikanische Straßen zu bringen - und dazu "ein landesweites Netz aus Wasserstofftankstellen" zu errichten. Der von Miltons Start-up Nikola Motor entwickelte Wasserstoff-Truck soll bereits serienreif sein, die ersten 800 Fahrzeuge haben sogar schon Abnehmer gefunden. Vor allem der US-Brauereiriese Anheuser-Busch füllte die Auftragsbücher.

Anfang 2020 ging Prototyp Nikola One auf Jungfernfahrt, kurz darauf folgte der Börsengang des Unternehmens, doch schon Ende 2020 schied Milton aus dem Unternehmen aus. Es folgten mehrere Anklagen vor einem US-Bundesgericht wegen Betrugs, Irreführung von Investoren über die Technologie und das Geschäft von Nikola Motor sowie Wertpapierbetrugs. Das Urteil erging im Oktober 2022: Milton wurde in mehreren Anklagepunkten für schuldig befunden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 24 Mai 2023: >>**Habeck in den Knast! - Unsere neue Ausgabe**

Von *Daniell Pföhringer*

Robert Habeck und sein korrupter Klima-Clan sind reif für eine Anklage! Doch der Grüne heckt schon eine neue Schandtät aus: Jetzt will er eine Heizungs-Stasi einführen. ...

Mit seinem Wärmepumpen-Hammer treibt Robert Habeck Millionen Haushalte in den Ruin. In seinem Ministerium hat sich ein Klima-Clan eingenistet, der auch nach dem Rücktritt von Patrick Graichen weiter sein Unwesen treibt. Der geschaffte Staatssekretär war nur ein Bau-

ernopfer, wie wir in unserer Juni-Ausgabe zeigen. Der Hydra sind längst neue Köpfe nachgewachsen. So viel Vetternwirtschaft und Korruption sah man selten.

Die Heizungs-Stasi kommt

Und als wäre das alles nicht schon übel genug, will uns Habeck nun auch noch eine Klima-Stasi auf den Hals hetzen. Wie die "Bild-Zeitung" berichtet, sollen laut seinem sogenannten Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze die Bundesländer und Kommunen nämlich "gebäudescharfe jährliche Energieverbräuche" über die letzten drei Jahre in Kilowattstunden pro Jahr ermitteln und so eine Art Heiz-Kataster erstellen.

Wenn das eigene Häuschen zum Altraum wird: Vor allen Dingen ältere Mitbürger werden von Habecks-Heizungsplänen kalt erwischt. Jetzt soll Ihr Verbraucherverhalten auch noch überwacht werden.

Das bedeutet: Für jedes einzelne Gebäude in Deutschland sollen Daten zum Heiz- und Stromverbrauch der vergangenen drei Jahre abgefragt werden. Die Kommunen sollen ebenfalls abfragen, welche Art von Heizung in jedem einzelnen Gebäude verbaut ist. In dem 89-seitigen Habeck-Gesetz heißt es außerdem: Auch "Informationen zum Gebäude, mindestens zur Lage (Adresse oder amtliche Liegenschaftsbezeichnung), zur Nutzung, zum Baujahr sowie zu geschützter Bausubstanz" sollen erhoben werden.

Es reicht! Weg mit Habeck!

Mit der Klima- und Wärmepumpen-Diktatur soll also ein umfassender grüner Überwachungsstaat einhergehen. Das schlägt dem Faß den Boden aus! Was kommt als nächstes: Müssen die Bundesbürger gegenüber Habeck Rechenschaft über ihren Spritverbrauch, ihren Fleischkonsum oder ihre - womöglich nicht genügend "klimaneutrale" Freizeitgestaltung - ablegen? Die Öko-Dystopie nimmt immer krassere Formen an.

Wir sagen: Es reicht! Habeck gehört nicht auf einen Ministersessel, sondern vor Gericht - und in seinem Ministerium muß gründlich ausgemistet werden. In unserer druckfrischen Juni-Ausgabe mit dem Titelthema "Habeck in den Knast - Wie seine Heizungs-Mafia und enteignet" rechnen wir schonungslos mit dem Wirtschaftsminister und seinem korrupten Netzwerk ab - und tragen alle Fakten zusammen, die für eine Anklage ausreichen. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26141" berichtete am 25. Mai 2023 (x1.311/...): >>Im Bundestag: Frau von Storch zum Wärmepumpen-Geschäft und Habecks Familienfilz

Wenn Politiker Klartext reden, dann hört sich das so an: Die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beatrix von Storch, wählte in ihrer Bundestagsrede zum Wärmepumpengeschäft klare und unmißverständliche Worte. Wer wen finanziert, welche Verflechtungen dahinterstehen, wie Robert Habeck Personalpolitik mißbraucht und was es mit dem Verkauf der Wärmepumpen von Viessmann an den US-Konzern Carrier Global auf sich hat, das erfahren Sie jetzt. ...

Die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beatrix von Storch, wählte in ihrer Bundestagsrede zum Wärmepumpengeschäft klare und unmißverständliche Worte. Sie legte in diesem Zusammenhang ebenso den Mißbrauch der Personalpolitik durch Robert Habeck offen wie auch die Zusammenhänge zu globalen Strippenziehern und superreichen Milliardären. ...

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die grüne Vetternwirtschaft des Hauses Habeck hat jetzt also endlich die Mainstream-Presse erreicht und ist Thema.

Was noch kein Thema ist:

die Finanzinvestoren und Milliardäre, die die Vettern im Hause Habeck lenken und die so noch mehr Geld, Milliarden, verdienen.

Es geht um das Geschäft mit den Wärmepumpen und letztlich um das gesamte deutsche priva-

te Immobilienvermögen. Und genau das schauen wir uns jetzt mal an.

Alles dreht sich im Hause Habeck um den Staatssekretär Patrick Graichen, Bruder Jakob, Schwester Verena und Michael Kellner, deren Mann und Parlamentarischer Staatssekretär. Eine schrecklich nette Familie. Die Denkfabrik Agora Energiewende und das Öko-Institut haben zusammen ein Papier veröffentlicht:

"Durchbruch für die Wärmepumpe". Im Öko-Institut sitzen Jakob und Verena Graichen, und bei der Agora saß Bruder Patrick sieben Jahre als Geschäftsführer, bevor Habeck ihn zum Staatssekretär gemacht hat. Aber er hat ihn nicht nur zum Staatssekretär gemacht, sondern er setzt jetzt dessen Papier um, eins zu eins: "Durchbruch für die Wärmepumpe".

So, und nun schauen wir uns an:

Wer steht hinter der Agora und den Graichens?

Wer steuert die?

Ein verschachteltes System von Stiftungen verschleiert genau das. Die Agora Energiewende wird finanziert von der European Climate Foundation. Diese wird finanziert von der Children's Investment Fund Foundation, und diese wiederum wird finanziert von dem britischen Milliardär Christopher Hohn.

Hohn verdient 2 Millionen Euro - am Tag

- und ist auch Hauptgeldgeber der Klimaextremisten Extinction Rebellion.

Für die Klimaagenda gibt er also sein Geld aus!

Aber richtig spannend ist die Frage: Womit verdient er sein Geld? Ich zitiere aus der Selbstbeschreibung des Fonds: Der Fonds konzentriert sich auf die Vergabe von Hypotheken und hochwertige Immobilien mit einem Schwerpunkt auf Großstädte in Nordamerika und Europa. Da, wo seine Klimaagenda besonders hohl dreht, da verdient der Finanzier der Klimaagenda mit Hypotheken und Immobilien sein Geld. Das ist des Pudels Kern.

Wozu führt das Heizgesetz von Habeck und dem Graichen-Clan? Eigenheimbesitzer müssen Hypotheken aufnehmen, um die teure Wärmepumpe zu bezahlen.

Und wenn sie das nicht können, dann müssen sie ihre Immobilie verkaufen.

Und siehe da: Da steht der Hedgefonds von Hohn bereit und kauft die Immobilien auf. Was (für) ein Zufall!

Sie können jetzt sagen: Herr Hohn ist doch nicht der Einzige, der hinter der Agora steht. - Das stimmt. Da ist noch die Mercator-Stiftung mit den Metro-Milliardären, und über den European Climate Foundation fließen auch Mittel des kanadischen Milliardärs John MacBain dahin, wie Hohn Mitglied im Milliardärsklub "The Giving Pledge" von Bill Gates.

Sobald Sie am grünen Lack kratzen:

Milliardäre, Milliardäre, Milliardäre.

Immobilien sind die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist das Geschäft mit der Wärmepumpe. Der US-Konzern Carrier Global kauft jetzt den größten deutschen Wärmepumpenhersteller Viessmann für 12 Milliarden Dollar. Und wem gehört Carrier Global? 86 Prozent gehören institutionellen Anlegern, das heißt der US-Finanzindustrie, namentlich BlackRock - Herr Merz ist da -, Vanguard, Capital Group.

In dem Moment, in dem Habeck und der Graichen-Clan die Deutschen zum Kauf von Wärmepumpen zwingen, übernimmt die globale Finanzindustrie die deutsche Wärmepumpenproduktion.

Es gibt Zufälle in diesem Land. Unglaublich!

Dank grüner Klimapolitik herrscht dort Goldgräberstimmung. 75 Milliarden Euro, so viel müssen die Deutschen für die Wärmepumpen aufbringen. Und BlackRock, Vanguard und Capital Group verdienen sich dumm und dämlich.

Meine Damen und Herren,

die Grünen sind der politische Arm dieser globalen Finanzinteressen, und der Graichen-Clan

ist die Hand, die die erforderlichen Gesetze dazu schreibt.

Ihre Klimapolitik macht globale Superreiche noch viel reicher, während der normale Deutsche sprichwörtlich das Dach über seinem Kopf verliert. Ihre Klimapolitik ist nichts anderes als der ultimative Angriff auf das gesamte deutsche Volksvermögen. Und ich kann Ihnen versichern: Wir werden nicht zulassen, daß Sie damit Erfolg haben.

Vielen Dank!

Kla.TV strahlte für Sie, liebe Zuschauer, mit freundlicher Genehmigung die Rede im Original aus. Die klaren Worte von Frau von Storch heben sich signifikant von den leeren Worthülsen vieler Bundestagsabgeordneten ab, eröffnen längst fällige Diskurse und ziehen Konsequenzen nach sich! (der Staatssekretär Graichen mußte gehen und das von Habeck beschlossene Heizungsgesetz wird angefochten)

Mögen doch mehr Politiker ihrem mutigen Beispiel folgen ... und ihrer wahren Aufgabe, dem Volke zu dienen, wieder nachkommen. Schließlich werden sie ja auch vom Volk bezahlt!<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26148" berichtete am 26. Mai 2023 (x1.311/...): >>**Klimaschutz-Gesetz: "Türöffner für Öko-Diktatur" (CH-Abstimmung vom 18. Juni 2023)**

Am 18. Juni 2023 wird das Schweizer Stimmvolk unter anderem über das "Klimaschutzgesetz" abstimmen. Ziel ist es, die vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen bis 2050 auf null zu reduzieren. Ist dies überhaupt realistisch und kann es ohne ein Verbot von Öl- und Gasheizungen oder Benzin- und Dieselaautos erreicht werden? ...

Artikel 3, Absatz 1 des Gesetzes lautet: "Der Bund sorgt dafür, daß die Wirkung der in der Schweiz anfallenden von Menschen verursachten Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 Null beträgt ..." Laut dem Abstimmungsbüchlein sieht das Gesetz zwar keine neuen Verbote vor, doch nach Ansicht der Gegner des Gesetzes stellt sich die Frage, wie das Netto-Null-Ziel bis 2050 ohne Verbote erreicht werden soll. Deshalb wird das Gesetz von den Gegnern auch als "Türöffner für eine Öko-Diktatur" bezeichnet. Der Bundesrat erhalte mit diesem Gesetz eine Generalvollmacht um, zum Beispiel, ein Totalverbot von Öl- und Gasheizungen, wie auch Benzin- und Dieselaautos, durchzusetzen.

Die Kosten für einen Umbau der Schweizer Energieversorgung von fossilen Brennstoffen auf Strom, würde die Steuerzahler teuer zu stehen kommen. Gemäß einer Studie der Schweizerischen Bankiervereinigung auf 387 Milliarden Schweizer Franken. Sollten sich diese Berechnungen und Befürchtungen bewahrheiten, dann würde das Schweizer Stimmvolk bei einem JA ihrer eigenen Verarmung und weiteren Bevormundung zustimmen. Hören Sie in dieser Sendung einige Gründe, die für ein NEIN zu diesem Gesetz sprechen.

Klimaschutzpolitik beruht auf fragwürdiger These

Kaum jemand stellt den globalen Klimawandel in Frage, denn das Klima hat sich nachweislich schon oft gewandelt. Daß der Klimawandel aber im Wesentlichen durch den Menschen verursacht ist, ist keineswegs gesichert. Von allen wissenschaftlichen Veröffentlichungen hierzu weisen nur 0,54 % dem Menschen die Hauptverantwortung zu.

Dagegen ist in 99,46 % aller Veröffentlichungen eine Zustimmung zu dieser Annahme nicht erkennbar. Dennoch baut die Klimaschutzpolitik auf dieser These auf. Deutschland z.B. soll deswegen immer höhere Abgaben für CO2 bezahlen, soll aus der Kohleförderung komplett aussteigen und sich von fossilen Brennstoffen verabschieden.

Es sollen in großem Maße Sonnen- und Windenergieanlagen gebaut sowie Benzin- und Dieselfahrzeuge durch Elektroautos ersetzt werden. Dies ist ein massiver Angriff auf Deutschlands Schlüsselindustrie. Heute zahlen die deutschen Privathaushalte die zweithöchsten Strompreise weltweit: 48,9 Rappen pro kWh.

In der Schweiz sind es jetzt noch 21,6 Rappen. Mit dem Schweizer "Klimaschutz-Gesetz" geht die Reise in dieselbe Richtung wie in Deutschland. Die Kosten werden auf den Bürger

abgewälzt. Die Klimaschutzpolitik führt mehr und mehr in die Verarmung - und dies aufgrund einer höchst fragwürdigen These!

Irreführung durch Änderung des Gesetzstitels?

Schon der Titel des Gesetzes lasse aufhorchen, so das "NEIN-Komitee". So habe die Mitte-Links-Mehrheit im Schweizer Parlament den Titel des Gesetzes im letzten Moment vor der Schlußabstimmung geändert. Aus dem "Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz" wurde das "Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit". Dies sei ein irreführender Etikettenschwindel. Aktuell werden rund 60 % des Energiebedarfs mit Gas, Erdölbrennstoffen und Treibstoffen gedeckt.

Das Klimaschutzgesetz beinhaltet eine Abkehr davon und will den Bedarf mit Strom ersetzen. Hohes Gewicht soll dabei auf die erneuerbare Energie wie Solarstrom und Windkraft gelegt werden. Dies erachtet das NEIN-Komitee als völlig unrealistisch und es könne daher nicht von einer Stärkung der Energiesicherheit die Rede sein. Das NEIN-Komitee bezeichnet die Vorlage deshalb auch als "Stromfresser-Gesetz".

ETH-Professor: "Energie wird deutlich teurer"

Laut den Befürwortern des Klimaschutz-Gesetzes sollen die erneuerbaren Energien - insbesondere der Solarstrom - billiger sein. Dem widerspricht ETH-Professor Andreas Züttel. Dies sei eine "von der Solarbranche verbreitete Illusion". Generell hält Züttel fest: "Energie wird deutlich teurer, wenn wir Öl, Gas und AKWs ersetzen". Seine umfassende ETH-Studie zeigt, daß die Energiekosten pro Person und Jahr von heute 3.000 bis auf 9.600 Franken steigen könnten. Diese Zahl bestätigt eine Medienmitteilung des Bundes. Viele Familien, Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe könnten sich diese Preisexplosion nicht leisten.

Windturbinen verschlechtern CO2 - Bilanz

Zur Erinnerung: Unter anderem soll mit einem massiven Ausbau von Windenergieanlagen die Schweiz bis 2050 "klimaneutral" werden. Doch wie verhält es sich mit der CO2-Bilanz von Windturbinen? Der Verband "Freie Landschaft Schweiz" schreibt dazu in einem Faktenblatt zur CO2-Bilanz von Windturbinen: "Berücksichtigt man die wenig ökologischen Bedingungen ihrer Herstellung, ihrer Errichtung und ihrer Rezyklierung, so ist die Installation von Windturbinen klimaschädlich. Die Windturbinen werden im Ausland hergestellt.

Für die Installation in der Schweiz müssen die Bestandteile von gewaltigen Dimensionen über lange Distanzen transportiert werden. Eine einzige Windturbine wiegt mehrere tausend Tonnen. Gemäß einer vom BAFU einverlangten Studie sind die totalen CO2-Emissionen während der gesamten Lebensdauer der Windturbinen - bezogen auf die produzierte Strommenge - 4-mal höher als bei Laufwasserkraftwerken und liegen auch über jenen der Atomenergie. Die Errichtung von Windturbinen in der Schweiz führt demzufolge zu einer Verschlechterung der CO2-Bilanz."

Windenergie-Lobby vom Bundesamt finanziert

Der Verband "Suisse Eole" verfolgt das Ziel, Windenergie in der Schweiz voranzubringen. Neben bedeutenden Mitgliederbeiträgen ergänzen Bundesgelder die Finanzierung. Von 2001-2015 erhielt "Suisse Eole" 7,3 Mio. Schweizer Franken vom Bundesamt für Energie!

"Suisse Eole" wird unter anderem vom Bundesamt für Energie beauftragt "Journalisten zu unterstützen, Windmessungen durchzuführen und die Politiker sowie Regionalbehörden zu überzeugen". Auch müsse sie die Windenergie als "billig, akzeptabel, rentabel und schön" darstellen. Wenn ein Bundesamt eine Industrie-Lobby mitfinanziert, muß dann nicht von "Vetterliwirtschaft" oder auf gut Deutsch von "Filz" gesprochen werden?

Wollen Sie, liebe Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, das Risiko eingehen, daß der Bundesrat im Alleingang extreme Maßnahmen verlangen kann? Zum Beispiel wären dies: teure Haussanierungen, der Ersatz funktionierender Öl- und Gasheizungen oder das Verbot von Benzin- und Dieselaautos. Weiter ist mit massiv mehr Strombedarf und tausenden Franken

Mehrkosten pro Haushalt im Jahr zu rechnen! Wenn Sie dieses Risiko nicht eingehen wollen, dann erteilen Sie am 18. Juni 2023 diesem sogenannten "Klimaschutz-Gesetz" mit einem NEIN eine klare Abfuhr!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 29. Mai 2023: >>**Die Hydra des Habeck-Filzes**

Grüner Filz und kein Ende! ...

_ von Roy Grassmann

Kaum hatte Habecks Kumpel Patrick Graichen seinen Staatssekretärsposten geräumt, kündigt sich eine neue Affäre im Wirtschaftsministerium an. Der zweite Staatssekretär Udo Philipp verknüpft ganz offensichtlich wirtschaftliche Eigeninteressen mit seinem Amt.

AfD-Vorsitzende Alice Weidel hatte vor einigen Tagen auf einer Pressekonferenz hierzu deutliche Worte gefunden:

"Beinahe täglich erreichen uns neue Vorwürfe aus diesem Skandalministerium, und mit dem Luxusruhestand von Graichen ist das ganze Thema ja überhaupt gar nicht beendet, sondern diese peinliche Personalie ist lediglich abgewickelt worden. Ein typisches Bauernopfer! Und dabei muß man sagen, daß der Fisch eigentlich immer von Kopf stinkt, und im Habeck-Ministerium geht es weiter drunter und drüber."

Zu Udo Philipp führte Weidel dann aus: "Bekannt war bisher, daß er in zahlreiche Start-Ups investiert hat und im Ministerium für die Förderung eben dieser Branche zuständig ist. Mindestens ein Unternehmen, an dem Philipp beteiligt ist, erhielt Gelder vom Wirtschaftsministerium." Schließlich forderte die AfD-Vorsitzende die sofortige Entlassung Habecks als Wirtschaftsminister.

Netz des Öko-Clans

Patrick Graichen und Udo Philipp sind nur zwei Beispiele aus dem weltumspannenden Netz des Öko-Clans. Mit der Agora Energiewende wurde der Blase eine Plattform geschaffen, die massiv mißbraucht wird. Die Fäden in der Hand hat hier der weltweit agierende Klima-Agitator Hal Harvey, stellvertretender Agora-Aufsichtsratsvorsitzender. Der Mann aus dem Skiort Aspen bringt das ganz, ganz große Geld der US-Milliardäre ein. Die Zeit bezeichnete ihn 2022 als den "mächtigsten Grünen der Welt". ...

Harvey ist bestens vernetzt mit dem alten US-Finanzadel, also denjenigen Familien, die unvorstellbare Vermögen mit der Ausbeutung und dem Verkauf fossiler Energien verdient haben. Im Auftrag der Rockefeller Foundation und der Pew Charitable Trusts konstruierte er 1991 die Energy Foundation, die acht Jahre später bereits über einen Ableger in der Volksrepublik China verfügte. 2008 gründete er in den Niederlanden die European Climate Foundation, die dann wiederum in Berlin die Agora Energiewende ins Leben rief. Der Mann aus Colorado weiß genau, auf wen er in good old Germany setzen kann.

Habeck wird nervös

Unser grüner Wirtschaftsminister läßt diesen ganzen Clan bis heute gewähren. Viele Menschen folgen mittlerweile der COMPACT-Forderung "Habeck in den Knast". Der Spiegel berichtet, es liege jetzt "eine weitere Kleine Anfrage an das Habeck-Ministerium vor, in der die Unionsfraktion 64 Fragen zu 'Personal- und Complianceangelegenheiten im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz' formuliert, es ist bereits die zweite. Im Ministerium stöhnt man schon, daß man nur noch mit der Beantwortung von Fragenkatalogen beschäftigt sei."

Sieht Habeck jetzt seine Felle davonschwimmen? Der aktuelle Spiegel ist ganz traurig: "Es war der Herzensmann der Grünen. Jetzt ist er ihr Schmerzensmann." Was sein skandalöses Heizhammer-Gesetz angeht, gab er sich gestern sehr kleinlaut und stellte eine minimale zeitliche Entlastung in Aussicht: "Wir könnten ab dem 1. Januar 2024 mit dem Umstieg für Neubauten anfangen. Bei den Bestandsgebäuden wurde ich den Wunsch nach mehr Zeit aufneh-

men."<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26194" berichtete am 1. Juni 2023 (x1.311/...): >>>**Frontalangriff der Finanzmafia - Unsere Lebens- und Nahrungsgrundlage ist in Gefahr!**

Während die traditionelle Landwirtschaft durch die Agrar-Politik zerstört wird, übernehmen immer mehr große Agrarkonzerne die Kontrolle. Auf dem G20-Gipfel und der UN-Klimakonferenz wurde jetzt zum nächsten Rundumschlag ausgeholt und der "schnelle Wandel zu einer nachhaltigen Landwirtschaft" ausgerufen. Aber was bedeutet das und könnte dies sogar existenzbedrohend sein? ...

Seit längerem befindet sich die globale Landwirtschaft in einem extremen Wandel, der sich auch zunehmend beschleunigt. Große Agrarkonzerne kontrollieren immer mehr die Landwirtschaft und finanzstarke Investoren kaufen weltweit landwirtschaftliche Flächen. Gleichzeitig vernichtet die Agrar-Politik die traditionelle Landwirtschaft, indem mit Hilfe unzähliger Verordnungen Kleinbauern zur Aufgabe gezwungen werden.

Die Weichen für einen weiteren - und wie es der Wirtschaftsjournalist Frederick William Engdahl bezeichnet - "koordinierten Rundumschlag" gegen unsere Landwirtschaft - wurden Ende 2022 auf dem G20-Gipfel in Bali und auf der UN-Klimakonferenz in Ägypten gestellt.

In Einklang mit den Zielen der Agenda 2030 riefen dort die Vertreter der G20-Staaten den beschleunigten Wandel zu einer nachhaltigen und widerstandsfähigen Landwirtschaft aus. Die Landwirtschaft soll an den Klimawandel angepaßt und bis Mitte des Jahrhunderts "Netto-Null-Treibhausgasemission" erreichen.

Diese Ziele wurden dann auf der UN-Klimakonferenz konkretisiert. So soll durch die Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel auch explizit eine gesunde Ernährung gefördert werden, um so die Kosten für Klimawandel und Gesundheit um bis zu 1,3 Billionen US-Dollar zu senken. Auf den ersten Blick erscheinen diese Ziele richtig. Bei näherer Betrachtung aber wird man eines Besseren belehrt.

Denn der Anstoß dafür kommt von der FAIRR-Initiative, einer in Großbritannien ansässigen Koalition internationaler Investmentmanager. Zu Ihren Mitgliedern gehören die einflußreichsten Akteure der globalen Finanzwelt, wie z.B. BlackRock, JP Morgan, Fidelity, Edmond de Rothschild und Rockefeller. Die FAIRR argumentiert u.a. mit fadenscheinigen Behauptungen, daß die Nahrungsmittelproduktion und insbesondere die Viehzucht für etwa ein Drittel der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich seien. Daher wäre ein drastischer Abbau der weltweiten Tierhaltung erforderlich.

Um dies durchzusetzen, hat sich die UN bereits 2019 mit dem World Economic Forum zusammengenommen und verfolgt jetzt die Strategie "Fleischproteinquellen" abzuschaffen und durch vegane Produkte, Laborfleisch bzw. alternative Proteinquellen aus Ameisen, Grillen oder Würmern zu ersetzen. Gleichzeitig macht das WEF seinen Einfluß geltend, um weltweit die Tierhaltung abzubauen. Hierzu drei Beispiele:

1. Der niederländische Premierminister Mark Rutte, ein Global Leader des WEF, will im Namen von Klima-, Umwelt- und Tierschutz die niederländischen Tierbestände radikal um 30 % reduzieren.

2. Die verschärften Vorgaben der deutschen Klimaschutzgesetze können nur durch einen drastischen Abbau der Tierbestände erreicht werden. Dies bedeutet: Zunächst um ein Viertel bis 2030 und bis 2040 um mehr als die Hälfte.

3. Im Namen des Tierwohls will aktuell Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir die Putenhaltung gesetzlich regeln. Da diese infolgedessen nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden kann, droht jetzt der gesamten deutschen Putenhaltung das Ende. Cem Özdemir ist, wie schon Angela Merkel und Annalena Baerbock, ebenso ein Young Global Leader des WEF.

Bedenkt man, daß ca. 60 % der Erlöse von landwirtschaftlichen Betrieben aus der Tierhaltung

kommen, bedeutet die erzwungene Tierreduktion ein weiteres "Höfesterben" in ungekanntem Ausmaß. Da Kunstfleisch und Insektenprodukte sicher nicht in kleinbäuerlichen Betrieben, sondern industriell hergestellt werden, dürften die Profiteure dieser Entwicklung die großen Konzerne und das dahinterstehende Großkapital sein.

Das positiv formulierte Ziel der Agenda, 2030 den Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung zu erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern, erweist sich somit wieder einmal als Täuschung. Der Umbau der globalen Landwirtschaft unter dem Namen von Klimaschutz und Nachhaltigkeit ist vielmehr ein ausgeklügelter und profitgesteuerter Angriff der Finanzmafia auf die Landwirtschaft und damit auch auf die Lebens- und Nahrungsgrundlage der Menschheit.

Diese existenzbedrohenden Entwicklungen betreffen alle. Die Ereignisse in den Niederlanden lehren uns jedoch, daß solche Pläne gestoppt werden können. Nach monatelangen Protesten der Bauern gegen die Politik von Mark Rutte gelang diesen der Schulterschluß mit der Bevölkerung.

Sie gründeten gemeinsam eine Bauern-Bürgerpartei, die in den Provinzwahlen im März 2023 auf Anhieb stärkste politische Kraft wurde. Die Politik von Mark Rutte wurde dadurch regelrecht abgestraft, wodurch jetzt auch all seine Reformvorhaben plötzlich ins Wanken geraten. Daran zeigt sich: Nichts ist unmöglich, wenn die Bevölkerung synergisch ihre Kräfte bündelt. Aufklärung ist eine Möglichkeit! ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 23/23" berichtete am 2. Juni 2023 (x1.387/...):
>>**Unterrichtsziel: Klimakleberstreber**

Indoktrinierung: Wie der von Lehrern gegründete Verein "Teachers for Future" radikalen Gesetzesbrechern den Weg in öffentliche Schulen ebnet / Teil 2 der JF-Reportage

Hinrich Rohbohm

Sie unterrichten Schüler und sollten das eigentlich mit der gebotenen Neutralität tun. Doch davon kann in diesem Fall kaum noch die Rede sein. Denn die "Teachers for Future", ein Ableger der "Fridays for Future-Bewegung", ergreifen Partei. Vor allem für die selbsternannte "Letzte Generation", eine Gruppe, die erwiesenermaßen Straftaten begeht und bei den Sicherheitsbehörden im Verdacht steht, eine kriminelle Vereinigung zu sein.

Erst Ende vorigen Jahres hatte "Teachers for Future" eine Erklärung verfaßt, in der sie sich mit den Straftätern solidarisiert und die "öffentliche und mediale Kriminalisierung der Aktivist:innen" verurteilt. Verwunderlich ist das nicht. Bereits seit einigen Monaten versucht die "Letzte Generation" und ihr linksradikales Umfeld rund um "Extinction Rebellion" (XR), "Ende Gelände" und die "Interventionistische Linke" (IL) Zugriff auf die Schulen zu erhalten, um sich dort zu vernetzen und neue Aktivisten zu rekrutieren. Denn die Klimabewegung lahmt angesichts der Energiekrise und Rußlands Krieg gegen die Ukraine (JF 22/23).

Einladungen von "Teachers for Future" in die Klassenzimmer sollen offenbar Abhilfe schaffen, um dort in Form von Vorträgen die Werbetrommel für ihre Vorhaben rühren zu können. Doch als die Sache im vergangenen Monat publik wurde, ruderten die Klima-Pädagogen formell zurück. Eine "Zusammenarbeit" der beiden Gruppen bestehe nicht, beteuert der Lehrerzusammenschluß. Man stehe lediglich "anlaßbezogen in Austausch mit Vertreter:innen der 'Letzten Generation'."

Schülern kommt es "schon zu den Ohren raus"

Und wie es der Zufall so will, entwickle "Teachers for Future" gerade aus Anlaß der Klimakrise "einen Workshop, in dem die Geschichte und Gegenwart des zivilen Ungehorsams multiperspektivisch untersucht werden soll, um dann aktuelle Protestaktionen wie z.B. die der 'Letzten Generation' kritisch mit den Schüler:innen zu diskutieren."

Jana (Name geändert) lacht auf, als die JUNGE FREIHEIT sie mit der pädagogischen Bandwurmformulierung konfrontiert. Die 18jährige sitzt an der Kiellinie, der Uferpromenade der

schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt, und genießt ihre Freistunde.

"Kritisch wird da gar nichts diskutiert", sagt sie, den Blick auf die Ostsee gerichtet, während ihr langes dunkelblondes Haar von der steifen Brise nach hinten flattert. "Kritisch wäre es, die ganze "Fridays for Future-Bewegung" mal näher zu hinterfragen. Aber das habe ich bei uns im Unterricht bisher noch nicht erlebt."

Sie hält Klimaschutz für richtig und notwendig. Die Hysterie darum ist ihr jedoch suspekt. Jana besucht die Oberstufe des Max-Planck-Gymnasiums in Kiel, eine Schule, an der "Teachers for Future" in diesem Jahr auf "Werbetour" war, wie sie es nennt. "Ich frage mich, wieso die mitten in der Schulzeit durch ganz Deutschland reisen können. Das sind doch Lehrer. Was ist dann mit dem Unterricht? Fällt der aus? Und wer genehmigt so etwas? Das ist doch politischer Aktivismus."

Genau der komme ihr mittlerweile "schon zu den Ohren raus". Der komplette Schulablauf sei nur noch auf das Klima fokussiert. "Ständig wird einem eingetrichtert, daß man sich da engagieren müsse. Die Siebtkläßler bei uns mußten 'Frei Day Projekte' absolvieren. Statt sich auf ihre Unterrichtsfächer zu konzentrieren, müssen sie da Überlegungen zum Klimaschutz anstellen." Einwände und Bedenken gegen Klima-Aktivismus würden allenfalls pro forma behandelt. "Aber im Kern geht es immer nur um aktivistisches Verhalten und daß Gruppen wie die 'Letzte Generation' doch eigentlich das Richtige tun würden."

Die FDP-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg hat mittlerweile ein Verbot von Werbeaktionen der "Letzten Generation" gefordert, will eine "deutlich schärfere Gangart" und wünscht sich eine Handreichung des Kultusministeriums für Schulleitungen. Die ablehnende Reaktion des von den Grünen geführten Ministeriums folgte prompt: Die Schulen bedürften "keiner Anleitung durch das Kultusministerium".

Zudem seien Anfragen zu Vorträgen der "Letzten Generation" in Schulen "weder dem Kultusministerium noch den Schulabteilungen der Regierungspräsidien bekannt". Diese Darstellung, die "Teachers for Future" ungewollt selbst widerlegt, denn auf seiner Internetseite schreibt der Verein, daß im Rahmen einer kritischen Auseinandersetzung "auch Diskussionen mit Aktivist:innen selbst vorgesehen" seien, "so daß der Verein unter anderem bei der 'Letzten Generation' angefragt hat, ob einzelne Vertreter:innen für solche Diskussionsrunden zur Verfügung stehen bzw. vermittelt werden könnten".

Wenn Pädagogen politisch indoktrinieren

Bezeichnend: Als sich der Verein im September 2021 gründete, gehörte ein Referent des baden-württembergischen Kultusministeriums sogar zu den Gastrednern des bundesweiten Auftakttreffens. Recherchen der JUNGEN FREIHEIT zufolge reicht die politische Indoktrinierung durch Pädagogen von "Teachers for Future" jedoch noch weiter. So wurden durch den Verein bereits Ende vergangenen Jahres Unterrichtseinheiten für Lehrer erstellt, die mit einer kritischen Auseinandersetzung mit der "Letzten Generation" nur wenig gemein haben. Unter anderem soll es demnächst "Kennlernveranstaltungen" mit deren Vertretern geben.

Auch heißt es dort in der Unterrichtskonzeption für Lehrer: "Es sollte dabei auch gesagt werden, daß es für immer mehr Aktivst:Innen als legitim empfunden wird, zivilen Ungehorsam zu leisten." Anfang des Jahres stand dabei vor allem noch die maßgeblich von der gewaltbereiten Gruppe "Ende Gelände" betriebene Besetzung des Tagebaugebiets im nordrhein-westfälischen Lützerath im Fokus dieser Unterrichtskonzeption. "Was können Menschen tun, die sich für Lützerath engagieren möchten?" sollten die Schüler demnächst beantworten. Die Lösung hat das Konzept auch gleich parat: "Zur Großdemo gehen, Briefe und E-Mails an Politiker schreiben, Wissen im Bekanntenkreis teilen."

"Wissen", das etwa die Klimagruppe "End Fossil - Occupy" in diesem Monat in besetzten Schulräumen illegal vermittelte, um Schüler "aufzuklären." Auch eine Kampagne in den sozialen Medien unter dem Motto "Lützi for Me" schlägt das Unterrichtskonzept vor. Und: "Zu

einem späteren Zeitpunkt soll nachgefragt werden, welcher Schüler was davon gemacht hat." Eine Art Aktivistenkontrolle, bei der sich die Eifrigsten in DDR-Manier ein Öko-Fleißbienen verdienen?

Doch damit nicht genug. "In einer Arbeitsaufgabe sollen die Schüler schreiben: Was bedeutet Lützerath für dich?" Man könnte das als Gesinnungsabfrage interpretieren. Darüber hinaus sollen die Schüler zum Thema entsprechende Plakate entwerfen und sie später unter dem Motto "Lützi for Me" in den sozialen Medien teilen. Hilfsarbeit für die damaligen Lützerath-Besetzer?

Verfasser der Unterrichtskonzeption ist David Kirk, ein Lehrer an der Dietrich-Bonhoeffer-Schule in der nordbadischen Kleinstadt Weinheim. Anfang März dieses Jahres leitete er dort eine "Fridays for Future-Demonstration". "Das hier ist Klimastreik, es geht um eure Zukunft, also macht mit", wiegelte der Pädagoge dabei Jugendliche zum Protest auf. Kirk gehört auch dem Vorstand von "Teachers for Future" an, ist dort für den Datenschutz zuständig.

Als begleitendes Unterrichtsmaterial empfiehlt er in seiner Konzeption übrigens neben einem Propagandavideo von "Aktivisten" in Lützerath einen Beitrag von Luisa Neubauer. Die Ikone der deutschen Klimahysterie wäre damit nach ihrem Essay in niedersächsischen Abiturprüfungen ein weiteres Mal mit einem Beitrag in Schulen vertreten.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 6. Juni 2023 (x1.315/...):
>>Hinter der Klima-Agenda der Grünen stehen "die Profitinteressen der globalen Finanzindustrie"

Von *H. W. Ludwig*

Die Rechtsanwältin Beatrix von Storch, Bundestagsabgeordnete der AfD, weist in einem Video vom 22.5.2023 darauf hin, daß hinter der "nachhaltigen, grünen Energiepolitik" ein mächtiges Netzwerk von Profiteuren und Lenkern der globalen Klimapolitik stecke, im Zentrum der Finanzgigant BlackRock. Diese wollten Milliarden investieren, um mit Hilfe der deutschen Grünen Billionen Euro zu verdienen. Blechen und bluten für diese gigantische Vermögensumverteilung müsse der Normalbürger über die Steuern. Es sei nicht verwunderlich, daß der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz als (ehemaliger) BlackRock-Mann die klimaskeptische AfD verteufle und gerne mit den Grünen koalieren würde. (hl)

"Patrick Graichen (Staatssekretär bei Bundeswirtschaftsminister Habeck) mußte wegen der Trauzeugen-Affäre zurücktreten. Doch das ist nur die Spitze eines sehr, sehr großen Eisberges.

Der Erfolg der Klimabewegung und ihres politischen Arms, der Grünen, hängt eng damit zusammen, daß sie von einem milliarden schweren Netzwerk von Plattformen, Stiftungen, Denkfabriken und Lobby-Organisationen unterstützt werden. Und die werden von Milliardären der globalen Finanzindustrie finanziert.

Das fängt schon bei Greta Thunberg an. Ihr "Entdecker" ist der schwedische Finanzunternehmer Ingmar Rentzhog. Und wo war der vorher tätig, na? Er war Kommunikationsberater des Finanz-Giganten BlackRock und auch bei JP Morgan. Purer Zufall, oder? Gretas Klimastreik-Bewegung sah nach spontaner Bewegung aus, ist aber in Wahrheit eine generalstabsmäßig geplante PR-Kampagne von BlackRock-Kommunikationsprofis.

Schon der erste Auftritt Gretas im August 2018, als sie mit einem schlichten Pappschild vor dem schwedischen Reichstag sitzt, wird von Rentzhog PR-gerecht verbreitet. Seine "Philosophie": 'Es gibt keinen Interessenkonflikt zwischen Klimaschutz und Geldmachen` - sehr viel Geldmachen.

Die Gründung der "Climate Finance Partnership" im Jahr 2018 war ein weiterer Meilenstein in dieser Entwicklung. Das ist eine Partnerschaft zwischen dem Vermögensverwalter Blackrock und den Regierungen von Deutschland, Frankreich und Japan und großen US-Stiftungen wie der Hewlett- Foundation.

Blackrock ist an 17.000 Unternehmen beteiligt und verfügt über ein Kapital von 10 Billionen Euro. Das entspricht einem Zehntel des globalen BIP (Bruttoinlandprodukts). Zusammen mit den zwei anderen großen Fondsverwaltern "Vanguard" und "State Street" kontrollieren die "großen Drei" 88 % der führenden US-Konzerne.

Die Hewlett-Foundation ist Hauptgeldgeber von Hal Harvey, des "mächtigsten Grünen der Welt", so nennt ihn das Wochenmagazin Die Zeit. Dieser weltweit agierende Lobbyist gründete neben zahlreichen anderen Stiftungen auch die "Agora Energiewende", deren langjähriger Geschäftsführer: der zurückgetretene Staatssekretär Patrick Graichen!

Und was ist der Grund für die Förderung der Klimapolitik durch die globale Finanzindustrie? Klimaschutz? Nee, sicher nicht. Es sind die enormen Gewinnaussichten! Das "BlackRock Investment Institut" bezifferte den Investitionsbedarf, um die Klimaziele zu erreichen, weltweit auf 50 bis 100 Billionen Euro. Das entspricht dem Volumen der gesamten Weltwirtschaft. BlackRock kündigte im Herbst 2018 an, das Volumen seiner Fonds, die sich auf "nachhaltige" Investitionen konzentrieren, von 25 Milliarden auf 400 Milliarden Dollar zu ver16-fachen.

Die EU-Kommission schloß im Jahr 2020 einen Beratervertrag mit BlackRock ab. BlackRock berät die EU in der Klimapolitik!!

Doch ein Faktor könnte die Kalkulationen der globalen Finanzindustrie zunichtemachen: die Demokratie. Und deswegen will BlackRock diesen Unsicherheitsfaktor ausschalten, sonst sind Hunderte Milliarden Investitionen verloren und Billionen an Gewinnen nicht drin.

Der Markt für Nachhaltigkeit und Grüne Infrastruktur hängt zu fast 100 % von der Politik ab. Die Produktion von Windrädern, Solaranlagen, Wärmepumpen und Elektroautos kommt ja nicht von privaten Verbrauchern, weil sich "Spitzentechnologie am Markt durchsetzt", sondern ausschließlich, weil die Regierung staatliche Subventionen im Milliardenbereich verteilt, mit Verboten und Auflagen den Markt umpflügt und Kaufzwänge generiert.

Der große Unsicherheitsfaktor sind also Wahlen, da mit jedem Regierungswechsel die Möglichkeit besteht, daß die Klimagesetze zurückgenommen werden. Ein engmaschiges Lobbynetz soll genau das verhindern. Teil dieses Netzwerks ist Baerbocks Klima-Staatssekretärin Jennifer Morgan. Morgan leitete Greenpeace International. Zu Greenpeace-Großspendern gehört BlackRocks Partner, die Hewlett-Foundation. Bevor Morgan die Führung von Greenpeace übernahm, war sie Direktorin bei dem "World Resources Institute".

Zu den größten privaten Spendern dort gehört die Bill & Melinda Gates Foundation. Kommunikations-Chef der Gates Foundation war Trevor Neilson. Der gründete den "Climate Emergency Fund". Dieser finanziert die Klimaextremisten der "Extinction Rebellion" und die Klimakleber der "Letzten Generation".

Das Vermögen der Gates-Foundation beruht wiederum auf dem Verkauf von Bill Gates Microsoft-Anteilen. Die größten Käufer und jetzt institutionellen Anleger bei Microsoft sind: BlackRock, Vanguard und State Street. Gates` Projekt "Breakthrough Energy" wird von der BlackRock Foundation unterstützt.

Bill Gates und BlackRock-CEO Fink demonstrierten in einem gemeinsamen Bloomberg-Interview im September 2021 ihre Kooperation. Als Hauptproblem für das Null-Emissionen-Ziel machen sie dort das "Green Premium" aus. So bezeichnen sie die Tatsache, daß grüne Energien und Produkte viel zu teuer sind und deshalb nicht wettbewerbsfähig - kein Markt, keine Gewinne. Darum geht's. Für das "Green Premium" muß einer zahlen, viel zahlen. Und das sollen die Deutschen sein.

Der gigantomanische Ausbau der Windkraft und der LNG-Terminals, die planmäßige Zerstörung der preiswerten Konkurrenz durch Ausstieg aus Kohle und Kernkraft und das Verbot von Verbrennungsmotor, Öl- und Gasheizung hat allein den Zweck, die Investitionen von BlackRock & Co. profitabel zu machen. Die treibende Kraft hinter alledem war Patrick Graichen.

Doch Graichen ist nicht allein. Das Netzwerk hat an vielen strategisch wichtigen Punkten seine Leute postiert. Neben den zahlreichen Graichen-Freunden und -Verwandten ist das Jennifer Morgan, als Klima-Staatssekretärin im Außenministerium, und Elga Bartsch als Leiterin der Grundsatzabteilung im Bundes-Wirtschaftsministerium.

Bartsch ist der kürzeste Draht zwischen der Bundesregierung und BlackRock. Sie war noch bis zum Sommer letzten Jahres im BlackRock Investment Institut tätig, verantwortlich für Klima- und Geldpolitik.

Von dort holte sie Habeck dann ins Wirtschaftsministerium, und zwar nicht als Pförtner, sondern als Leiterin der Grundsatzabteilung. Bartsch als Chef-Ökonomin des Bundeswirtschaftsministeriums heißt den Bock zum Gärtner machen. In personeller Hinsicht war die Ernennung von Bartsch der vorläufige Höhepunkt der feindlichen Übernahme der deutschen Wirtschafts- und Energiepolitik durch die global Finanzindustrie.

Und wer hat sich besonders erfreut gezeigt darüber? Das war niemand anderes als Friedrich Merz höchstpersönlich. Das weiß Der Spiegel zu berichten.

Friedrich Merz war - wir wissen es alle, und wir sollten es nie vergessen - selbst Aufsichtsratsvorstand von BlackRock Deutschland.

Kein Wunder, daß der die AfD verteufelt und eine Koalition mit den Grünen will. Die AfD-Fraktion lehnt die Klimapolitik ab, weil sie komplett sinnlos ist und weil sie Deutschland und seine Bürger ruiniert, zum Vorteil BlackRocks.

Eine schwarz-grüne Koalition dagegen ist eine Koalition von BlackRock mit BlackRock - ein Traum für BlackRock-Mann Merz. Wir, die AfD, werden das verhindern. Und wenn Sie das auch verhindern wollen, dann haben Sie genau eine Alternative - für Deutschland."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. Juni 2023: >>Arktis: Russen-Eisbrecher kommt nicht durch

_ von Charles Rotter

In diesem Fall geht es um den neuesten russischen Eisbrecher, die Yevpatii Kolovrat, die wegen des unpassierbaren schweren Eises in den arktischen Gewässern eine längere Route nehmen mußte, um ihre Pazifikflotte zu erreichen.

Dieses Ereignis wirft wichtige Fragen für diejenigen auf, die sich Sorgen über "alarmistische" Ansichten zum Klimawandel machen. Trotz wiederholter Warnungen über das Abschmelzen der Eiskappen und den Anstieg des Meeresspiegels wird ein Eisbrecher, der sich einen Weg durch eisige Gewässer bahnen soll, durch ungewöhnlich schweres Eis umgeleitet. Das Eis war sogar so dick, daß selbst die Yevpatii Kolovrat, die für solche Bedingungen ausgelegt ist, nicht durchfahren konnte.

Unsichere Prognosen

Dieser Vorfall unterstreicht die Unvorhersehbarkeit der Prognosen zum Klimawandel, insbesondere in Bezug auf mehrjähriges Eis. Die Klimamodelle mögen zwar den Rückgang des Meereises insgesamt vorhersagen, doch scheinen sie Probleme zu haben, wenn es darum geht, diese mehrjährigen Eisformationen zu berücksichtigen. Dieses Eis, das sich über Jahre hinweg bildet und im Durchschnitt drei bis vier Meter dick ist, wird bei steigenden Temperaturen häufig verschoben und verlagert.

Jüngste Beobachtungen in der Arktis haben eine Zunahme dieser Art von Eis gezeigt, was seit Oktober 2022 die üblichen Seewege unterbrochen hat. Wenn die globale Erwärmung so stark ist, wie viele behaupten, sollten wir dann nicht einen Rückgang solch bedeutender Eisformationen beobachten?

Es ist auch erwähnenswert, daß die durchschnittliche sommerliche Meereisbedeckung in der kanadischen Arktis nach Angaben des kanadischen Bundesrechnungshofs in den letzten 50 Jahren aufgrund des Klimawandels um etwa 40 Prozent zurückgegangen ist, während das dauerhafte mehrjährige Meereis zugenommen zu haben scheint. Dies hat die Schifffahrtswege

unterbrochen und Regierungen und Organisationen unvorbereitet getroffen.

Komplexes Bild klimatischer Realitäten

Vor allem die kanadische Regierung ist wegen ihrer mangelnden Vorbereitung auf die Probleme, die sich aus dem zunehmenden mehrjährigen Eis ergeben, in die Kritik geraten. Als Land mit einer ausgedehnten arktischen Küste wirft dieser Mangel an Vorbereitung ernste Fragen darüber auf, wie gut wir die Auswirkungen des Klimawandels verstehen und vorhersagen können.

Während also viele weiterhin über eine immer wärmer werdende Welt mit schmelzenden Eiskappen und steigenden Meeren diskutieren und diese vorhersagen, zeichnen Ereignisse wie die Umleitung der Yevpatii Kolovrat ein komplexeres Bild der klimatischen Realitäten. Der Klimawandel ist nicht so einfach, wie manche uns glauben machen wollen, und die Vorhersage seines genauen Verlaufs erweist sich selbst für diejenigen, die über die fortschrittlichsten Instrumente verfügen, als eine Herausforderung.

Als Klimaskeptiker glauben wir, daß es wichtig ist, den Klimawandel mit einer rationalen Perspektive anzugehen, die die Komplexität des Klimasystems unseres Planeten und die beträchtlichen Unsicherheiten anerkennt, die in unserem Verständnis noch bestehen. Alarmismus trägt wenig dazu bei, sinnvolle Gespräche und durchdachte Maßnahmen zu diesem wichtigen Thema zu fördern.

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu.

Harte Fakten statt Ideologie: In COMPACT-Spezial "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt" entlarven wir die Lügen der Mainstream-Klimatologen zeigen, wer von der Panikmache profitiert. Sie werden erstaunt sein: Es sind ungefähr die gleichen Kreise wie jene, die Fridays for Future und Klima-Chaoten sponsern. Wir heben den Sumpf aus - und entlarven die menschenfeindlichen Ziele hinter der Klima-Ideologie.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 14. Juni 2023: >>**Heizungsverbot: Das Mogelpaket der Ampel**

Von *Sven Reuth*

Wenn das eigene Häuschen zum Albtraum wird: Vor allen Dingen ältere Mitmenschen werden von Habecks-Heizungsplänen kalt erwischt. Explodierende Kosten führen zu Notverkäufen. Die jetzt verkündeten Änderungen an dem hochumstrittenen Gesetz ändern daran nur wenig.

Im Streit um das von der Ampel geplante Heizungsverbot schien sich eine regelrechte Revolution gegen die Herrschenden zusammenzubrauen. Nun wird in Berlin hektisch umgesteuert und eine Mogelpackung auf den Weg gebracht. Das neue COMPACT-Magazin "Habeck in den Knast" belegt, wie der grüne Wirtschaftsminister sein eigenes Land vor die Wand fährt und begleitet den Protest.

Die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) soll nun doch noch diese Woche durch den Bundestag gepeitscht und bis zur Sommerpause verabschiedet werden. Die drei Ampel-Koalitionspartner haben sich zusammengerauft und gestern "Leitplanken" für das neue Gesetz vorgestellt, mit dem die insbesondere von den Grünen angestrebte Wärmewende forciert werden soll.

Angst vor dem Volkszorn

Es bleibt dabei, daß ab 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung zu mindestens 65 Prozent mit Öko-Energie betrieben werden soll, Öl- und Gasheizungen wären damit verboten. Nun aber soll die GEG-Novelle an das geplante Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung gekoppelt werden. Fernwärme - also die wegen der möglicherweise steigenden Gefahr von Erdbeben heftig umstrittene Geothermie ebenso wie die Abwärme von Kraftwerken, Industrieanlagen oder Rechenzentren - soll zukünftig stärker genutzt werden.

Damit wendet sich die Ampel zumindest ein Stück weit von ihrem ursprünglichen Konzept

ab, die Dekarbonisierung des gesamten Wärmesektors nur über den gesetzlich vorgeschriebenen Einbau von Wärmepumpen zu regeln. Aus der Kopplung der GEG-Novelle an die kommunale Wärmeplanung ergeben sich längere Übergangszeiten für Bestandsbauten. So hat die Ampel-Koalition einen Ausweg gefunden, um mit Blick auf das von ihr geplante Verbot von Öl- und Gasheizungen etwas Druck aus dem Kessel zu nehmen und den Volkszorn nicht noch weiter ansteigen zu lassen.

Alle Klarheiten beseitigt

Damit haben die betroffenen Wohnungs- und Hauseigentümer gleichzeitig aber mit noch mehr Unklarheiten zu kämpfen. Nun muß erst abgewartet werden, bis Städte, Gemeinden und Landkreise ihre kommunalen Wärmepläne vorgelegt haben. Diese sollen Bürgern eine wichtige Orientierung geben, indem sie erfahren, ob ihr Haus bald an ein Fern- oder Nahwärmenetz angeschlossen wird - oder sie ihre Heizung absehbar auf eine Wärmepumpe oder andere Optionen umrüsten müssen.

Das bedeutet, daß in den nächsten Jahren im gesamten Baubereich kaum mehr sinnvoll geplant werden kann, da man auf Jahre hinaus im Nebel stochern wird. Und: Wie bei der Migrationspolitik und dem Wohnungsbau schiebt die Bundesregierung erneut ein gigantisches Paket größter Belastungen einfach in den kommunalen Bereich ab.

Die Überlastung der Kommunen

Fraglich ist, warum die Ampel-Koalition überhaupt von einer signifikanten Erhöhung des Anteils kommunaler Fernwärmenetze in den kommenden Jahren ausgeht. Die Kommunen sind aufgrund der katastrophalen Asylpolitik des Bundes, deren Kosten sie tragen müssen, derzeit so klamm, daß sie größtenteils nicht in der Lage sein werden, die astronomisch hohen Kosten zum Aufbau moderner Fernwärmenetze zu stemmen. Damit ist das Thema Wärmepumpe im Heizungskeller dann aber nur für ein paar Jahre in die Zukunft geschoben, um Konfliktpotential aus den aktuellen Wahlkämpfen zu nehmen.

Außerdem enthält auch der aktuelle Gesetzesentwurf einen riesigen Pferdefuß: Dort, wo die Kommune nicht für ein klimaneutrales Wärmenetz sorgen kann, dürfen Gasheizungen ab 2028 nur noch eingebaut werden, wenn sie zu 65 Prozent mit Biogas oder Wasserstoffderivaten betrieben werden. In diesem Punkt hat sich nichts am ursprünglichen Entwurf geändert, der noch von dem mittlerweile in den Ruhestand versetzten früheren Staatssekretär und Agora Energiewende-Lobbyisten Patrick Graichen, einem Ultra-Hardliner der Energiewende, diktiert worden war.

Nichts ändert sich auch daran, daß die Bürger die Milliarden-, ja möglicherweise sogar Billionenkosten der von der Politik diktierten Energie- und Wärmewende zu tragen haben werden, auch wenn diese jetzt zeitlich gestreckt wird. Die EU-Kommission unter der deutschen Präsidentin Ursula von der Leyen erwägt außerdem den Erlass einer Wärmepumpen-Pflicht ab 2029. Dann wäre die insbesondere derzeit von der FDP so gefeierte Technologieoffenheit in der überarbeiteten GEG-Novelle also ganz schnell wieder Makulatur.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 14. Juni 2023: >>**Özdemir setzt Molkereiprodukte auf den Werbe-Index: Jetzt nehmen uns die Grünen auch noch die Butter vom Brot!**

Die Verbotsorgie der Grünen erreicht einen neuen irren Höhepunkt: Das Landwirtschaftsministerium hat jetzt die Höchstwerte für Zucker, Salz und Fett in Lebensmitteln drastisch heruntergeschraubt. Betroffen sind Butter, Quark und sogar Naturjoghurt, die jetzt plötzlich alle nicht mehr gesund sein sollen!

Das bedeutet im Umkehrschluß: Werbeverbot, vor allem wenn Kinder die Adressaten sind - und das unter knallharten Strafandrohungen. Die Landwirtschaft läuft Sturm gegen "ihren" Minister Cem Özdemir und moniert, daß diese Beschränkung Lebensmittel trifft, die zu einer gesunden Ernährung einfach dazu gehören.

Während es für die Grünen einerseits völlig in Ordnung ist, daß uns immer mehr Insekten ins Essen geschreddert werden, wollen sie uns andererseits vor Naturprodukten mit 25 Prozent Fettanteil "schützen". Das ist so irrational wie die Abschaltung der Kernkraftwerke in Zeiten der Energiekrise.

Oder die Belohnung von illegaler Migration mit dem Verteilen von deutschen Pässen. Die Politik der Grünen hat von außen betrachtet noch nie Sinn ergeben. Es geht einzig und allein um den totalitären Anspruch, die Leute zu erziehen. Die Grünen wollen bestimmen, was Du ißt, was Du sagst, was Du fährst, wie Du lebst und wen Du liebst. Das muß endlich aufhören, denn wir sind mündige Bürger und können das alles selbst entscheiden. Deshalb: Neuwahlen jetzt!<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 15. Juni 2023: >>**Kümmern Sie sich um Krankenhäuser und nicht ums Klima, Herr Lauterbach!**

Eigentlich hätte Gesundheitsminister Lauterbach in seinem eigenen fachlichen Zuständigkeitsbereich alle Hände voll zu tun: Das Kliniksterben setzt sich kontinuierlich fort, die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitsbereich sind mies, die Ausstattung oft unzureichend, die gesellschaftliche Anerkennung unterirdisch.

Es fehlt an wichtigen Medikamenten, während die Kassenbeiträge immer weiter ansteigen sollen. Doch wie reagiert Lauterbach auf all diese Großkrisen? Er beschäftigt sich mit dem Klimawandel und Kälteschutzräumen und malt alarmistisch den "Hitzetod" an die Wand.

Zwar gibt es grundsätzlich nichts gegen Hitzeschutz-Konzepte einzuwenden. Doch anstatt ins Horn der Klima-Panikmache zu blasen, sollte Lauterbach sich darauf konzentrieren, die chaotische Gesundheitspolitik unseres Landes wieder auf Kurs zu bringen. Doch es ist bei den Ampel-Parteien offenbar zu viel verlangt, sich auf die wirklichen Probleme zu fokussieren.

Und so bleibt als Anwalt der Bürger auch in der Gesundheitspolitik nur noch die AfD. Wir fordern seit Langem, daß die Gesundheits-Infrastruktur ausgebaut wird und daß die unsoziale Erhöhung der Kassenbeiträge gestoppt wird. Es ist nicht hinnehmbar, daß die Patienten und Beitragszahler für die völlige Unfähigkeit des Gesundheitsministers aufkommen müssen!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 17. Juni 2023: >>**Wärmepumpen-Murks: Wie die Ampel die Bürger wieder einmal für dumm verkauft!**

Stell dir vor, du wirst verarscht und merkst es nicht! Nach diesem Motto versuchen die Ampel-Hütchenspieler Olaf Scholz (SPD), Robert Habeck ("Grüne") und Christian Lindner (FDP) ihren Kompromiß zum Heizungs-Irrsinn den Bürgern schmackhaft zu machen. Marc Bernhard, baupolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, hat die Trickserei rund um den Wärmepumpen-Murks durchschaut: "Der Heizungshammer kommt mit voller Wucht!"

Das aberwitzige "Gebäude-Energie-Gesetz" (GEG) der Anti-Deutschland-Ampel soll noch vor der Sommerpause durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht werden. Zwar gelten jetzt längere Übergangsfristen für den volkswirtschaftlich in die Billionen Euro gehenden Wärmepumpen-Murks, aber im Kern ändert sich praktisch nichts. Immobilienbesitzer und letztlich auch Mieter, die auf den Kosten sitzen bleiben, wird Sand in die Augen gestreut.

Beratungspflicht wie bei einer Abtreibung

Konkrete Auswirkungen auf die Bürger könnte das Gesetz bereits ab Januar haben - nämlich dann, wenn man neu baut oder die Heizung kaputtgeht und die Kommune bereits eine Wärmeplanung hat. Der manisch-ideologische Reflex zeigt sich allein schon an einem, öffentlich bisher kaum wahrgenommenen Detail des Habeck-Gesetzes:

- Wer sich nach dem neuen Entwurf zum Horror-Heizgesetz doch noch eine Gasheizung einbauen will, muß sich VERPFLICHTEND beraten lassen und diese Beratung NACHWEISEN. Wie sonst nur bei einer Abtreibung. "Wir sind im Irrenhaus gelandet!", konstatiert "Ex-Bild-Chef" Julian Reichelt (ein freilich nicht ganz neuer Erkenntnisgewinn).

Investoren droht Totalverlust

AfD-Bauexperte Marc Bernhard faßt zusammen: "Der Heizungshammer ist nicht verschoben. Er kommt 2024. Und zwar mit voller Wucht!" Für Investoren könne dies sogar "den Totalverlust bedeuten". Denn: Weil eine vollständige Umrüstung auf Wasserstoff heute technisch nicht möglich ist, laufen neue Heizungen Gefahr, nach 2028 nochmals ersetzt werden zu müssen.

- Fakt ist: Etwa 20 Millionen Bürger heizen mit Öl, 40 Millionen mit Gas. Geht ihre Heizung kaputt, werden sie künftig in Städten auf Fernwärme oder Wärmepumpen umsteigen müssen. Im ländlichen Raum bleibt für wenige die Pellet- oder Holzheizung, aber die meisten werden gezwungen sein, auf die elektrische Wärmepumpe umzustellen. Dafür müssen Bestandsgebäude energetisch saniert werden.

Marc Bernhard: "Bei Ein- und Zweifamilienhäusern kann das über 100.000 Euro kosten. Dafür muß ein Kredit her oder das Sparschein, das eigentlich für die Altersversorgung gedacht war. Das Gesetz verteuert somit die Kosten des Wohnens schnell um 500 Euro pro Monat. Für Selbstnutzer wie Mieter. Mit seinem Heizungsdiktat kassiert Minister Habeck die private Altersversorgung der Bürger."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 19. Juni 2023: >>**Klimawahn: Deutschlands Eine-Billion-Dollar-Problem**

_ von Charles Rotter

Die Dringlichkeit, diese Energiekrise anzugehen, ergibt sich aus einer Kombination von Faktoren, einschließlich der Folgen des Krieges in der Ukraine und der zweifelhaften Entscheidung, von Atom- und Kohlekraftwerken wegzukommen. Das Dilemma, in dem sich Deutschland jetzt befindet, ist jedoch größtenteils eine Folge schlechter Planung und unzureichender Voraussicht im Energiesektor.

Während die Nation krampfhaft nach Lösungen sucht, wird deutlich, daß entscheidende Gelegenheiten verpaßt und schlechte Entscheidungen getroffen wurden, und die Kosten dieses Versäumnisses steigen nun.

Unterschätzte Komplexität

Einer der grundlegenden Fehler in der deutschen Planung war die Unterschätzung des Umfangs der erforderlichen Energiewende. Die politische Entscheidung, aus Atom- und Kohlekraftwerken auszusteigen, gepaart mit der gestiegenen Nachfrage nach Elektrofahrzeugen, Heizsystemen und wirtschaftlich selbstmörderischen Klimaverpflichtungen, hat einen überwältigenden Bedarf an neuer Stromerzeugung und verbesserten Stromnetzen geschaffen. Das schiere Ausmaß des Vorhabens, das die Installation von Solarzellen in der Größe von 43 Fußballfeldern und 1 600 Wärmepumpen pro Tag erfordert, deutet auf einen gravierenden Mangel an Voraussicht und Vorbereitung hin.

Deutschland hat mehr als 260 Mrd. € (275 Mrd. \$) für die Bewältigung der unmittelbaren Risiken einer durch Rußlands Krieg in der Ukraine ausgelösten Energiekrise zurückgestellt, aber die endgültige Lösung wird viel kostspieliger sein - wenn das Land sie überhaupt durchsetzen kann.

Das Menetekel von Ludwigshafen

Die Pläne der BASF SE, angesichts der Belastungen durch die Energiekrise 2.600 Arbeitsplätze abzubauen, sind ein Zeichen für die Dringlichkeit. Das Geschäft des Chemieriesen in Deutschland ist in der zweiten Jahreshälfte in die Verlustzone gerutscht, und er schließt nun eine Reihe energieintensiver Fabriken, darunter zwei Ammoniakanlagen und damit verbundene Düngemittelanlagen, was zu einem Abbau von 700 Arbeitsplätzen am Hauptstandort Ludwigshafen führt.

Deutschlands Dilemma wird durch den unklaren Weg zum Ersatz der auslaufenden Energiequellen noch verschärft.

Da Kernkraft und Kohle vom Tisch sind, ist das Land in hohem Maße auf den Import von Flüssigerdgas angewiesen, das mit höheren Kosten verbunden ist. Die Umstellung auf Elektroautos, Wärmepumpen und Wasserstoffproduktion erhöht den Energiebedarf zusätzlich. Es fehlt jedoch an konkreten Plänen für die Stromerzeugung in Zeiten geringer erneuerbarer Erzeugung.

Das Vertrauen in künftige, mit Wasserstoff betriebene Gaskraftwerke steht vor großen Hürden. Dazu gehören der Mangel an bereitwilligen Investoren, die Abhängigkeit von einer nicht existierenden und möglicherweise nie existierenden Technologie und die hohen Kosten, die damit verbunden sind, falls diese Probleme jemals gelöst werden sollten.

Der Mangel an Finanzmitteln und Investitionen im Energiesektor ist auf die große Marktunsicherheit und unklare Vorschriften zurückzuführen, und natürlich auf die zweifelhaften Rentabilitätsaussichten der intermittierenden Wind- und Solarenergie ohne umfangreiche Subventionen. Diese Probleme behindern die Entwicklung der notwendigen Infrastruktur. Investoren zögern nach wie vor, sich auf kostspielige Projekte einzulassen, so daß sich Deutschland in einem Zustand der Ungewißheit befindet. Klare Regelungen und finanzielle Anreize sind unabdingbar, um überhaupt eine Beteiligung des Privatsektors zu erreichen.

Deutschland als mahnendes Beispiel

Deutschlands 1-Billionen-Dollar-Energieproblem ist eine deutliche Mahnung bzgl. der Folgen, die eine schlechte Planung für die Energiezukunft eines Landes haben kann. Das Versäumnis, das Ausmaß der Energiewende genau zu antizipieren, und das Fehlen eines klaren Weges zum Ersatz der auslaufenden Energiequellen haben ein großes Hindernis geschaffen.

Die Bewältigung dieser Krise erfordert eine umfassende Neubewertung der Energiepolitik, einschließlich eines Überdenkens einiger politisch motivierter Ausstiegsmöglichkeiten aus der Kernenergie, verstärkter Investitionen in Forschung und Entwicklung und der Schaffung klarer Vorschriften und finanzieller Anreize. Deutschland muß aus den Versäumnissen der Vergangenheit lernen und sie rasch korrigieren, um eine stabile Energiezukunft für das Land zu gewährleisten. Die Zeit ist von entscheidender Bedeutung.

Dieser Beitrag erschien ursprünglich auf eike-klima-energie.eu. ... <<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 20. Juni 2023: >>**Umweltzerstörung: "Mr. Bean" warnt vor Elektroautos und wirbt für Verbrenner**

Der britische Schauspieler Rowan Atkinson, besser bekannt als "Mr. Bean", warnt vor Elektroautos. Atkinson gilt als Autofan und studierte vor seinem Durchbruch als Komiker Elektrotechnik an der Universität Oxford. Er plädiert dafür, am Verbrenner festzuhalten, sofern man ein Umweltgewissen habe. Vom Hype um die E-Mobilität fühlt sich der Brite zunehmend betrogen.

So habe der Autohersteller Volvo im Vorfeld der Klimakonferenz Cop26 in Glasgow 2021 eingeräumt, daß bei der Produktion eines E-Autos rund 70 Prozent höhere Treibhausgasemissionen als bei einem Benzin-Auto entstehen. Das Problem sei das Material der Batterien. Die Lithium-Ionen-Batterien seien absurd schwer, benötigten Metalle der "Seltenen Erden", was wiederum Umweltzerstörung mit sich bringe. Ihre Lebensdauer werde auf maximal 10 Jahre geschätzt.

Die Langlebigkeit bisheriger Autos könne bei entsprechender Pflege unterstützt werden. Dies sollte berücksichtigt werden, bevor unausgereifte Technologien den Markt überschwemmten, deren Potential überschätzt werde. Statt ölbasierendem Benzin könnte in Zukunft vielleicht synthetisches Benzin genutzt werden, so wie es bereits im Motorsport eingesetzt werde. Das Umweltproblem eines Verbrenners sei das Benzin, nicht der Motor, unterstrich Atkinson.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 26/23" berichtete am 23. Juni 2023 (x1.387/...):

>>Blackrocks Einfluß: Kritik an der globalen Finanzindustrie und der Klimapolitik ist weder antisemitisch noch ein Verschwörungsmythos

Wo falsches Wissen blüht

Beatrix von Storch

Mein Beitrag in der JUNGEN FREIHEIT "Am Goldenen Faden - Die globale Finanzindustrie als Treiber der Klimapolitik" (JF 22/23) hat ein vielfältiges Echo gefunden.

So reagierte der "Rechtsextremismus-Experte" Volker Weiß in der Süddeutschen Zeitung unter dem Titel "Die Angst vor der grünen Internationalen". Der Beitrag zeigt vor allem eins: die Angst vor der AfD, vor dem Verlust der Deutungshoheit und der Entzauberung der grünen Ideologie.

Weil Weiß die beschriebenen Beziehungen zwischen Finanzindustrie und Klimapolitik nicht widerlegen kann, wirft er mit Kampfbegriffen wie "Antisemitismus", "Verschwörungstheorie" und "antikapitalistischer Rhetorik" um sich, ohne seine kruden Unterstellungen zu belegen. Seine Antwort verdient Beachtung als Dokument der politischen und geistigen Hilflosigkeit.

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem dargestellten Beziehungsgeflecht beschränkt sich in einer Aufzählung von Allgemeinplätzen wie dem, daß eben "Weltkonzerne vielfältige Kontakte" pflegen.

Das mündet in dem in seiner Einfachheit erstaunlichen Satz: "Eine Zusammenarbeit mit Umweltorganisationen und der Wissenschaft wie die von Storch angeprangerte Climate Finance Partnership dient neben der Imagepflege daher auch eigenen Interessen."

Weiß scheint nicht bewußt zu sein, daß er mit der Aussage lediglich bestätigt, was kritisiert wurde, denn natürlich folgen Blackrock & Co. bei der Unterstützung der Klima-bewegung ihren eigenen harten wirtschaftlichen Interessen.

Der Punkt ist: Dieses Bestreben steht im krassen Gegensatz zu dem der Bevölkerung, die für die Klimapolitik zur Kasse gebeten wird.

Sein zweites Argument gegen den Einfluß von Blackrock lautet, daß der früher Aufsichtsrat des deutschen Ablegers Friedrich Merz (CDU) auf einen "Anti-Grünen-Kurs eingeschwenkt" sei. Das ist nicht passiert. Die Union setzt sich nicht für Kernkraft ein, nicht für die Revision der Klimaziele, und in der Graichen-Affäre hat sich Merz bedeckt gehalten. Wenn Friedrich Merz die Gelegenheit bekommt, mit Grün zu regieren, wird er das tun.

Da Weiß also substantiell zum Thema nichts beizutragen hat, schwurbelt er von "antisemitischen Zerrbildern." Weiß selbst ist Fellow am Zentrum für Antisemitismusforschung, das sich öffentlich hinter die antisemitische BDS-Bewegung stellt, die zum Boykott Israels aufruft und mit den islamistischen Terrororganisationen Hamas und Hisbollah kooperiert. Auf der Suche nach Antisemitismus würde Weiß also in seinem eigenen links-akademischen Umfeld leichter fündig werden.

Statt dessen laufen Weiß' absurde historische Analogien und anrühigen Unterstellungen auf die stupide Behauptung hinaus, daß jeder Hinweis auf den Einfluß der Finanzindustrie "antisemitisch" sei, obwohl die Akteure dort allen möglichen Nationen und Religionen angehören. Christopher Hohn, der größte Spender von "Extinction Rebellion", ist ein Agnostiker, dessen Eltern aus Jamaika nach England eingewandert sind. Bill Gates' Familie gehörte der protestantisch-reformierten Richtung an, und seine Frau Melinda ist bekennende Katholikin, was sie nicht daran hindert, Abtreibungen zu fördern.

Das hat im Weltbild von Weiß aber ebensowenig Platz wie die unbestrittene Macht von Blackrock: "Blackrock: Ein Geldkonzern auf dem Weg zur globalen Vorherrschaft", titelte der Tagesspiegel.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb: "Einem Kraken ähnlich, beeinflußt Blackrock über seine Beteiligungen nicht nur fast alle Aktiengesellschaften rund um den Erdball, sondern mischt auch noch als Berater bei Aufsichtsbehörden und Notenbanken mit." Im Juni 2022 veröffentlicht der öffentlich-rechtliche Kultursender Arte eine Dokumentation über "Blackrock: Die unheimliche Macht eines Finanzkonzerns". Der Publizist Jens Berger von

den "Nachdenkseiten" aus dem Umfeld der Linken schrieb über Blackrock das Buch "Wer schützt die Welt vor den Finanzkonzernen?"

Folgt man Weiß' "Verschwörungsmythos", reicht das Unterstützernetzwerk der AfD und der "Neuen Rechten" also offenbar von der FAZ über Arte, den Tagesspiegel bis zu den "Nachdenkseiten". Damit also zur "Verschwörungstheorie". Bezeichnend für den inflationären Gebrauch dieses Begriffs ist der Umstand, daß es bis heute keine trennscharfe Definition gibt. Selbst die Experten des Bundesamtes für Verfassungsschutz haben davor kapituliert.

Am 16. Dezember 2020 erklärte Sinan Selen, stellvertretender Vorsitzender dieser Behörde, vor dem Innenausschuß des Bundestags, der Verfassungsschutz werde sich wegen der Corona-Proteste der Gefahr durch "Verschwörungstheorien" und "Verschwörungsmethoden" widmen. Auf meine direkte Nachfrage im Ausschuß, wie der Verfassungsschutz diese Begriffe definiere, vermochte Selen keine Antwort zu geben. Auf Nachfrage äußerte das Innenministerium, die Erarbeitung einer Arbeitsdefinition werde durch Experten erfolgen. Ein halbes Jahr später mußte es jedoch einräumen, daß der "Ansatz einer spezifischen Arbeitsdefinition" nicht weiterverfolgt werde.

Diese Kapitulation vor der Aufgabe hatte gute Gründe: Es fand sich schlicht und einfach keine Definition für "Verschwörungstheorie", die auf die große Mehrheit der alternativen Medien und der Kritiker der Regierungspolitik anwendbar wäre. So sind weder die Kooperation zwischen Bill Gates und der WHO noch die Finanzierung der Klimabewegung durch Investmentbanker in irgendeiner Weise "geheim" oder "konspirativ." Über ihre Ziele, Motive und Strategien geben die Protagonisten ganz offen in Interviews, Presseerklärungen und ihren Internetseiten Auskunft. Die Geldströme lassen sich zweifelsfrei belegen, ebenso die damit verbundenen Erwartungen der Geldgeber.

Das betrifft auch die Bereiche der Gesellschaft, die besonders sensibel sind: Wissenschaft und Presse. Forschung und Berichterstattung bilden die Basis der politischen Meinungsbildung. Die wirtschaftliche Einflußnahme großer Finanzinvestoren beginnt nicht erst bei der Klimabewegung und der Klimapolitik, sondern bereits bei der Klimawissenschaft. Der Investmentbanker John Doerr jubelte: "Der Klimawandel bringt größere ökonomische Chancen als der Internetboom." Er spendete für die Klimawissenschaft an der Universität Stanford 1,1 Milliarden US-Dollar, die dem Forschungsinstitut sogar seinen Namen, "Stanford Doerr School of Sustainability", gab.

Ebenso glücklich schätzte sich die Harvard-Universität. Der Investmentbanker Jean Eric Satana spendete der Hochschule 200 Millionen US-Dollar mit der klaren Zielvorgabe, sich für die "Transformation" zur Klimaneutralität einzusetzen. Die Klimawissenschaftler forschen dort in dankbarer Anerkennung der finanziellen Zuwendung am "Satana Institute for Climate and Sustainability". Nebenbei: Satana gehört der EQT-Gruppe an, derselben Private Equity Firma, in der auch Wirtschaftsminister Robert Habecks Staatssekretär Udo Philipp als - nach eigenen Worten - eine der "größten Heuschrecken in Deutschland" tätig war.

Das Princeton "High Meadows Environmental Institute" trägt den Namen der Lieblingsfarm von Carl Ferenbach. Ferenbach war Mitbegründer von "Berkshire Partners" - einer Private-Equity-Firma, die 16 Milliarden Dollar verwaltet. Die genaue Höhe der Spende wird von Princeton nicht genannt, nur daß sie "transformativ" sei, also sie dem Institut ermöglicht, sich viel größer aufzustellen. Ferenbach verfolgt mit seiner Spende ganz klar eine politische Agenda, denn er selbst war Vorsitzender der Umwelt-Lobby-Organisation "Environmental Defense Fund" und Gründer seiner privaten Umwelt-Denkfabrik "High Meadows Foundation".

An diesen Forschungsinstituten werden Studien verfaßt, die später als Grundlage für den IPCC-Bericht und damit für die Klimaziele und die Klimapolitik dienen. Wie unabhängig und ergebnisoffen kann Forschung sein, die Institute ausführen, die schon mit ihrem Namen deutlich machen, daß sie sich den Werten und politischen Vorstellungen ihrer Großspender ver-

pflichtet fühlen? Dieselbe Frage stellt sich, wer die Unabhängigkeit der Presse betrachtet. Weiß hält die "Manipulation der Medien" für eine "Legende". Aber auch in diesem Fall geht es nicht um "Legenden" und "Theorien".

Die Fakten liegen offen auf dem Tisch: Das US-Nachrichtenportal "Mint Press" wertete rund 30.000 Einzelspenden der Gates-Foundation aus. Demnach hat die Bill und Melinda Gates Foundation 320 Millionen US-Dollar an Nachrichtensender, Zeitungen und Magazine überwiesen. Darunter CNN, NBC, PBS, BBC, The Guardian, Financial Times und The Daily Telegraph. Zu den glücklichen Zuwendungsempfängern gehören in Deutschland Der Spiegel (2,5 Millionen Euro) und der Fernsehdoktor der Nation, Eckart von Hirschhausen (1,2 Millionen Euro).

Die notwendige Debatte, ob es zum Schaden der Bevölkerung ist, wenn sich mächtige Finanzinteressen in Wissenschaft, Presse und Politik einkaufen, versucht Weiß mit Beleidigungen aus dem antifaschistischen Phrasenlexikon, wie "antikapitalistische Rhetorik" und "nationalsozialistische Propagandaphrasen von Plutokratenherrschaft", zu unterbinden.

Der Historiker versteht von Wirtschaft offenbar noch weniger als von Politik. Die Kritik an mächtigen Kartellen geht nicht auf die düsteren Kapitel der deutschen Geschichte zurück, sondern auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Ludwig Erhard nannte Kartelle die "Feinde der Verbraucher". Deshalb gründete er gegen den Widerstand der Wirtschaft das Bundeskartellamt.

Die Kartelle, gegen die Erhard kämpfte, waren aber Zwerge gemessen an den Finanzriesen, die heute das Geschehen bestimmen. Blackrock und die globale Finanzindustrie stehen für alles, was Ludwig Erhard und die Vordenker von der Freiburger Schule, die Ordoliberalen, die Vertreter der christlichen Soziallehre, immer verhindern wollten.

Der Wettbewerbs-Ökonom Professor Einer Elhauge bezeichnete den Einfluß dieser Finanzkonzerne über ganze Branchen hinweg als die "größte Bedrohung des freien Wettbewerbs unserer Zeit". Ökonomen haben untersucht, wie sich die Marktkonzentration durch die Beteiligung von Blackrock und Vanguard bei den US-Fluggesellschaften für den Verbraucher ausgewirkt hat.

Ergebnis: Die Ticketpreise liegen zehn Prozent höher als ohne die Beteiligung.

Jeder Mensch mit ein bißchen Verstand begreift, welche enorme Gefahr die konzentrierte Finanzmacht für die Demokratie und Marktwirtschaft darstellt. Daß Weiß das nicht begreift, widerspricht dieser Aussage nicht. Allen Ernstes stellt er die "finanzstarken Förderer, Kampagnen- und Fundraising-Netzwerke" der AfD mit denen der amerikanischen Superreichen auf eine Stufe. Um sich einmal die völlig andere Dimension klarzumachen: Allein die zehn größten Stiftungen, die die Klimapolitik fördern, verfügen zusammen über ein Stiftungskapital von 150 Milliarden Dollar. Davon entfallen allein auf die Gates-Foundation 40 Milliarden Dollar.

Leute wie Weiß werden behaupten, daß all diese grünen Milliardäre ihr Geld aus purer Herzengüte an die Klima-bewegung verschenken, daß es für die Marktwirtschaft völlig unbedenklich sei, wenn fast alle Großunternehmen sich in den Händen einer Handvoll Kapital-sammelstellen befinden, wenn diese gleichzeitig die Notenbanken und die Politik beraten und ihre Manager die Führungspositionen in den Parteien und den Ministerien übernehmen, wenn sie nicht nur die Presse finanzieren, sondern auch die Wissenschaft. Wenn in der Wissenschaft in ihrem Sinne geforscht, in der Presse berichtet und in der Politik entschieden wird, sei das keine Gefahr für die Demokratie.

Dabei ist der Interessengegensatz zwischen grünen Milliardären mit Gottkomplex wie Bill Gates und Christopher Hohn, Finanzkonzernen wie Blackrock und Vanguard und der großen Mehrheit der Bevölkerung völlig offensichtlich. Was den meisten Menschen lieb und teuer ist, Familie, Tradition, soziale Sicherheit und politische Freiheit, ist für sie bedeutungslos. Demo-

kratie und nationale Grenzen sind lästige Hindernisse bei der Umsetzung der grünen "Transformation". Die starken konservativen Bewegungen, wie die Gelbwesten in Frankreich, die Bauernpartei in den Niederlanden und die AfD in Deutschland, sind nicht "extrem" und "demokratiefeindlich", sondern die wahren Verteidiger von Freiheit und Demokratie.

Beatrix von Storch, Jahrgang 1971, ist Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionssprecherin der AfD im Bundestag. Die Rechtsanwältin war zuvor Mitglied des EU-Parlaments. Von Storch ist Mitglied in der Hayek-Gesellschaft.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 24. Juni 2023: >>E-Auto-Chef: Viele Menschen werden sich Stromer nie und nimmer leisten können!

Während Politik und Autobauer am aberwitzigen Stromer-Hype festhalten, hat ein E-Auto-Chef jetzt den Mut, es offen auszusprechen: Leute mit schmalem Geldbeutel werden sich einen Stromer nie und nimmer leisten können!

"Fakt ist, daß Elektromobilität aktuell kaum unter 20.000 Euro dargestellt werden kann", sagte Nissans E-Auto-Chef Guillaume Pelletreau in einem Interview mit dem Magazin "Vision Mobility". Es seien vor allem die Kosten für den Akku, die den Gesamtpreis nach oben treiben. "Und solange diese Kosten nicht merklich sinken, bekommen wir hier keine günstigeren Modelle", erklärte Pelletreau. Sein Fazit: "Ich glaube, daß wir uns wohl von der magischen 10.000-Euro-Marke verabschieden müssen."

War es bis vor wenigen Jahren - bevor die politische Hexenjagd auf den Verbrenner losging - noch möglich, einen neuen Kleinwagen für eben diese Summe zu kaufen, wird diese Preiskategorie beim E-Auto auf absehbare Zeit also nicht darstellbar sein.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 29. Juni 2023: >>Stimmung kippt: Deutsche lehnen Klimakleber ab

Von *Sven Eggers*

In der Bundesrepublik Deutschland nimmt das Verständnis für Klimakleber rapide ab. ...

Die Stimmung kippt: Jetzt sind es schon 85 Prozent der Bundesbürger, die Straßenblockaden und vergleichbare Aktionen von Letzter Generation und ähnlichen Gruppen ablehnen. Das geht aus einer Umfrage des SWR hervor.

Kein Verständnis mehr

Selbst Wähler der Grünen sind in dieser Frage gespalten. In Reihen der Baerbock-Partei gibt es noch 48 Prozent, die entsprechende Klebeaktionen gutheißen. Verbliebene Freunde der SPD sind zu 11 Prozent mit Letzter Generation & Co. einverstanden, bei der Union wie auch bei der AfD sind es sechs, unter FDP-Anhängern drei Prozent.

Eine Mehrheit der Bundesdeutschen ist darüber hinaus der Auffassung, die bisher verhängten Strafen gegen Klimakleber seien zu lasch. 56 Prozent denken so, in AfD-Reihen sind es sogar 81 Prozent. Parteiübergreifend teilen nur 25 Prozent die Meinung, die Strafen seien angemessen.

Solche Stimmungen aufnehmend, mimt FDP-Justizminister Marco Buschmann (FDP) jetzt sogar den Hardliner:

"Wenn dann fortgesetzt immer wieder Straftaten begangen werden, dann müssen irgendwann auch Freiheitsstrafen verhängt werden, um eben eine echte Sanktionierungswirkung bei den Betroffenen zu haben. Ich glaube, es macht schon Eindruck auf Menschen, wenn sie mal mehrere Monate in einer Justizvollzugsanstalt eingesessen haben."

Wie es in der Realität aussieht, konnte am Dienstag in Berlin erlebt werden. Eine besonders hartnäckige Klima-Kriminelle wurde zu einer Strafe von 1.300 Euro für sechs Straßenblockaden verurteilt. Außerdem hatte sie sich am historischen Gemälde eines Cranach-Gemäldes aus dem 15. Jahrhundert angeklebt.

Völlig uneinsichtig ...

Die Richterin erläuterte, Autofahrer dürften nicht für die Ziele der Letzten Generation instru-

mentalisiert werden. Die Gruppe müsse sich legale Mittel suchen, um auf ihre Ziele aufmerksam zu machen. Grundrechte anderer Menschen seien eingeschränkt worden, das sei verwerflich.

"Es gibt andere Mittel als destruktives Verhalten des Festklebens", so die Richterin. Von solchen Taten gehe schließlich auch ein erhebliches Gefährdungspotential aus. "Es gibt viele Beeinträchtigungen - Rettungsfahrzeuge könnten behindert werden."

Die Verurteilte gab sich anschließend betont uneinsichtig und erklärte: "Ab September kommen wir wieder alle nach Berlin. Wir sind stark gewachsen. Wir hatten in Berlin bisher über 30 Blockaden an einem Tag. In der nächsten Phase rechne ich mit einem vierstelligen Bereich an Menschen, die auf die Straße gehen."<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/23" berichtete am 30. Juni 2023 (x1.387/...):
>>**Klimanotstand statt Oldtimer**

Nach drei Jahren Corona verhindern grüne Autohasser das 20. Klassikertreffen in Rüsselsheim

Jörg Fischer

Für zwei Neuerungen sollte man dem früheren CSU-Verkehrsminister Peter Ramsauer (2009 bis 2013) noch heute dankbar sein: Autofahrer können ihr Nummernschild bei Umzügen seither bundesweit mitnehmen, und die Richtlinie für die Begutachtung von Oldtimern nach Paragraph 23 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) wurde endlich entbürokratisiert.

Seither ist die Zahl der über 30 Jahre alten Fahrzeuge mit dem H-Kennzeichen kontinuierlich gestiegen: 2012 waren es bundesweit nur 213.107, 2022 schon 648.403. Und Klassiker wie die Mercedes-Baureihe 123, der Lexus LS400 oder der Toyota Land Cruiser sind für Jahrzehnte und eine Million Kilometer Laufleistung gebaut.

Wirklich "nachhaltig" ist kein ständiger Neuwagenkauf, sondern die möglichst lange Nutzung solider und qualitativ hochwertiger Autos. Für über 30 Jahre alte Young- und Oldtimer werden jährlich nur 192 Euro Kfz-Steuer fällig, und die Versicherung ist in der Regel günstiger - wenn der TÜV alle zwei Jahre überstanden wird. Und das Beste: Selbst VW Käfer, Golf II Diesel, Opel Ascona und stinkende Zweitakter à la Trabant und Wartburg dürfen Umweltzonen ohne Euro-Norm, Katalysator und Plakette befahren. Und es ist immer ein Stück Technik- und Kulturgeschichte. All das geht den Autohassern aus dem Kreisverband Groß-Gerau des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) natürlich gegen den Strich.

Mit juristischen Spitzfindigkeiten war der BUND maximal erfolgreich

Fürs Festkleben auf der Straße sind die Gelenke der Altachtundsechziger ungeeignet, aber juristische Spitzfindigkeiten sind ohnehin erfolgreicher - und eines der größten Oldtimertreffen Deutschlands, das seit 2001 jährlich in Rüsselsheim stattfindet, wurde so vier Tage vor seinem Beginn verhindert. 3.000 Oldtimer, 30.000 Besucher und die Stadt Rüsselsheim mußten sich vergangenen Samstag dem unerbittlichen Willen von wenigen BUND-Mitgliedern beugen.

Denn das Klassikertreffen findet nicht nur im Rüsselsheimer Stadtpark, sondern auch auf den Wiesen am Mainufer statt - und die gehören seit 1987 zum Landschaftsschutzgebiet Hessische Mainauen.

Das war jahrzehntelang kein Problem - aber nun ein juristisches Einfallstor für den BUND, der auch Mitglied in der internationalen Dachorganisation "Friends of the Earth" ist. Und die wird unter anderem von der EU und globalen Philanthropen mitfinanziert.

"Mit Betroffenheit" habe man zur "Kenntnis genommen, daß der Rüsselsheimer Magistrat für die kostenfreie Bereitstellung der Flächen im Verna-Park, am Mainvorland, am Parkplatz Landungsplatz, im Bereich rund um die Opelvillen und Rüsselsheimer Festung, um das Rathaus sowie an der Marktstraße bis zum Opelhauptportal für das 'Klassikertreffen' grünes Licht

gegeben hat", schrieb am 7. März BUND-Vorstandssprecher Herbert A. Debus aus dem benachbarten Mörfelden-Walldorf an den Rüsselsheimer Oberbürgermeister Udo Bausch, Bürgermeister Dennis Grieser (Grüne), Abdelkader Al Ghouz (Chef des Rüsselsheimer Eigenbetriebs Kultur123 und städtischer Veranstalter des Klassikertreffens), die hessische Umweltministerin Priska Hinz (Grüne), die Obere Naturschutzbehörde des Regierungspräsidiums Darmstadt und Leif Rohwedder von Opel Klassik.

Bei "zu erwartenden Besucherzahlen von bis zu 45.000" würde "nicht nur bei Trockenheit, sondern erst recht bei plötzlich einsetzendem Starkregen die Grasnarbe schwerste, nicht korrigierbare Schädigungen von bis zu 90.000 Füßen erleiden". Und es folgt eine Drohung: "Sie können davon ausgehen", daß sich der BUND "vehement dafür einsetzen wird, daß der Natur auf dem Landschaftsschutzgebiet auf Basis geltender rechtlicher Bestimmungen zu ihrem Recht verholfen wird", so Debus.

Der BUND erinnere "auch an den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, in Rüsselsheim den Klimanotstand auszurufen, was nach unserem Verständnis die drohende Zerstörung einer Treibhausgas-Senke wie dem Mainvorland" verbiete. Das Klassikertreffen stelle "kein überragendes öffentliches Interesse dar, das zwingend eine Ausnahmegenehmigung zur erheblichen Schädigung des Landschaftsschutzgebietes rechtfertigen würde".

Doch der Magistrat der Opel-Stadt hielt an seiner im Januar erteilten Genehmigung fest - der BUND klagte allerdings erfolgreich im Eilverfahren dagegen. Die Stadt Rüsselsheim wiederum ging mit einem Eilantrag dagegen vor - und scheiterte vor dem Verwaltungsgericht in Darmstadt. Und da sich die 62jährige grüne Juristin Brigitte Lindscheid, 2014 mit Zustimmung der CDU von der Darmstädter Stadträtin zur Regierungspräsidentin aufgestiegen, der absurden Auffassung des BUND selbstverständlich anschloß, konnte die 20. Auflage des Klassikertreffens - nach drei Jahren Corona-Zwangspause - nicht stattfinden.

Das nicht gewählte Darmstädter Regierungspräsidium hebt also als Obere Naturschutzbehörde einen Beschluß des gewählten Rüsselsheimer Magistrats als "unterer Naturschutzbehörde" aus.

"Autofeindliche Stimmungsmache und ideologische Verblendung"

Geht es allerdings um Windkraftanlagen (WKA), "das Arbeitspferd der Energiewende", spielen Grasnarben und sogar Wälder für den BUND keine Rolle. "Die Bodenversiegelung durch Masten ist minimal und nach 20 bis 30 Jahren können sie ohne bleibende Schäden und Strahlen- oder Giftmüllprobleme wieder abgebaut werden", argumentiert der BUND-Bundesverband.

Die "Diskussionen um die Probleme des Windenergieausbaus" dürften "nicht auf den Natur- und Artenschutz verkürzt werden". Und als "großer Waldeigentümer (über 341.000 Hektar)" sollte das Land Hessen das "Ausschreibungsregime von HessenForst grundlegend" ändern, heißt es in den gemeinsamen Forderungen von BUND und Bundesverband WindEnergie (BWE) zur hessischen Landtagswahl am 8. Oktober. Sprich: WKA müßten auch in Wäldern errichtet werden.

Das gilt selbstverständlich auch für den Odenwald. Und hier hat Regierungspräsidentin Lindscheid ihren Ermessensspielraum bislang großzügig im Sinne der Windindustrie genutzt, die wiederum mit dem BUND verbündet ist. Grasnarben verhinderten noch kein Windrad. Bleibt nur zu hoffen, daß die hessischen Oldtimer-Freunde, die Bratwurst- und Bierverkäufer oder Schausteller am 8. Oktober auch ihren großen Ermessensspielraum als Wähler oder als Spender für Umweltvereine wie den BUND zu nutzen wissen.

Der "woke" ADAC als größter deutscher Autofahrerverein hat sich übrigens nicht zum Veranstaltungsverbot geäußert. Der kleinere Automobilclub von Deutschland (AvD) hingegen schon: Die Verhinderung des Klassikertreffens sei "skandalös", und dieser Vorgang reihe sich "in eine Abfolge autofeindlicher Stimmungsmache ein, die aus einer bestimmten Ecke des

politischen Spektrums im Rhein-Main-Gebiet seit Jahren aus ideologischer Verblendung heraus betrieben wird". ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 2. Juli 2023 (x1.328/...): >>Özdemir verordnete vegetarisches Essen im Ernährungsministerium - jetzt findet er keinen Caterer mehr

Im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft will Cem Özdemir (Grüne) nur noch auf vegetarisches Essen setzen. Nun findet das Ministerium keinen Caterer mehr.

Larissa Fußer

Wurden Sie schon einmal zu einer Feier eingeladen, bei der es nur vegetarisches Essen gibt? Nein? Dann möchte ich Ihnen gratulieren. Sie haben sich offenbar mit den richtigen Leuten umgeben. In Berlin ist das schwer. Ich wurde während meiner Studentzeit nun schon mehrmals von Kommilitonen zu explizit vegetarischen oder vegane Picknicks eingeladen. Bei denen ich leider, leider immer keine Zeit hatte - erst recht dann, wenn der Gastgeber direkt nach Aussprache der Einladung den Wunsch äußerte, daß doch jeder Gast bitte selbst ein Gericht zum Buffet mitbringen solle. Was genau, war egal - nur vegetarisch mußte es sein.

Ich habe mir dann immer vorgestellt, daß es doch ein schöner Akt wäre, einfach überhaupt nichts zur Party mitzubringen. Friedlicher Protest sozusagen, ein Boykott einer Ideologie, die man ablehnt, so wie es die Amerikaner neulich mit dem Bud Light Bier gemacht haben. Das wäre ein Bild für die Götter gewesen: ein karger Picknicktisch, auf dem nur ein paar Möhrensticks und Sesamstangen stehen, dazu hungrige Gesichter der Gäste und betretendes Schweigen, bis schließlich einer schelmisch sagt: "Wollen wir uns kurz Döner holen? Wer will, kann ja den Gemüsekebab nehmen."

Fleischlose Feten im Bundeslandwirtschaftsministerium

Sie werden's jetzt nicht glauben, aber genau so hat es sich nun im Bundeslandwirtschaftsministerium zugetragen. Eine kleine Anfrage der Unionsfraktion legte kürzlich offen, daß Landwirtschaftsminister Cem Özdemir die hausinterne Regel beschlossen hat, daß bei Veranstaltungen seines Ministeriums ausschließlich vegetarische Speisen serviert werden sollen. Zusätzlich müssen die angebotenen Lebensmittel zu hundert Prozent aus biologischem Anbau stammen. Ausnahmen von dieser Regelung soll es nur noch mit einer internen Sondererlaubnis geben.

Nicht nur Özdemir macht einen auf Gutmensch-Gastgeber: Auch im grün geführten Bundesumweltministerium soll es nur noch vegetarisches Catering geben, ebenso im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das von Ex-Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) geleitet wird.

Womit Özdemir wohl nicht gerechnet hat: Sein bisheriger Caterer war anscheinend von den neuen Vorgaben so gar nicht begeistert und soll die Zusammenarbeit mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium kurzerhand beendet haben. Das berichtet agrarheute. Die moralischste Cafeteria Deutschlands bietet also vorerst überhaupt kein Essen mehr an - und konnte bisher auch noch keinen neuen Betreiber finden.

Özdemir, der einsame Ernährungsberater

Guckt man sich die Ausschreibung des Ministeriums für den neuen Kantinenbetreiber an, ist man wenig verwundert, daß kein ehrenhafter Koch sich so etwas antun möchte. Wie Bild berichtet, stellt sich Özdemir auch im Alltagsbetrieb der Kantine "eine schrittweise Reduzierung des Angebots an Mittagsgerichten mit Fleisch-/Wurstwaren" vor. Statt dessen sollen die rund 350 Mitarbeiter des Ministeriums vermehrt Hülsenfrüchte, Nüsse und Ölsamen aufgetischt bekommen. Außerdem soll es täglich ein Gericht "in ovo-lacto-vegetarischer Form" geben. Und: "Die Milch und Ei enthaltenden Komponenten sind dabei nach Möglichkeit getrennt anzubieten, um lactovegetarische bzw. vegane Varianten zu ermöglichen."

Damit sie das nicht wie ich googeln müssen: Ovo-Lacto-Vegetarier essen kein Fleisch und

Fisch, aber Eier und Milchprodukte. Ich dachte ja immer, das sei die Definition von Vegetarismus, im Gegensatz zum Veganismus, die dann gar keine tierischen Produkte mehr essen. Nun gibt es aber anscheinend auch noch sogenannte Ovo-Lacto-Pisce-Vegetarier, die essen "fich (sic!)-vegetarische Gerichte, wie Karl Lauterbach sagen würde, und Eier und Milchprodukte. Oder reine Lacto-Vegetarier, die Milchprodukte essen, aber keine Eier.

Ja, das müssen sehr anregende Gespräche gewesen sein, als Özdemir mit seinen Vegetarier-Freunden im Ministerium darüber diskutierte, ob man die eigenen Mitarbeiter nun zu Ovo-, Lacto- oder Pisce-Vegetariern umerziehen sollte, oder ob man sie besser gleich zum Veganismus nötigt.

Nun gibt es vorerst wohl keinen, der für Özdemirs Partys im Bundesumweltministerium das Essen besorgt. Man würde ihm ja freundlich empfehlen, seine Frau zu fragen, ob sie nicht ein paar Happen zubereiten könnte - allerdings ist diese bekanntlich Argentinierin und bekennende Fleischliebhaberin. Das wird also auch nichts.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 4. Juli 2023 (x1.328/...):
>>**Sympathie für "Letzten Generation"**

Klimakleber kommen mit Straftat davon, weil der Richterin die Aktion gefällt

Fünf Klimakleber der "Letzten Generation" können sich über einen Freispruch freuen - obwohl die Richterin zugab, daß sie Nötigung gegenüber Autofahrer begangen. Das Urteil begründete sie politisch.

Max Roland

Am Dienstag endete der Prozeß gegen fünf Mitglieder der "Letzten Generation" in Leipzig mit einem Freispruch. Die drei Frauen und zwei Männer waren aufgrund einer Straßenblockade im vergangenen Jahr wegen Nötigung angeklagt worden. Der Freispruch der Aktivisten ist bemerkenswert - immerhin hatten die Angeklagten die Vorwürfe und ihre Schuld im wesentlichen eingeräumt und, wie so häufig, den Gerichtssaal als Bühne für ihre politischen Ansichten zum Klimawandel benutzt.

Doch Laura Jankowski, die zuständige Richterin am Amtsgericht Leipzig, schien den Tätern gerade deswegen zugetan zu sein - und begründete den Freispruch mit einer bemerkenswerten Aussage. "Der Protest richtete sich gegen die Folgen der Klimakrise und speziell gegen den Autoverkehr", so Jankowski.

Die Tat sei zwar Nötigung gewesen, erklärte die Richterin und erkannte somit eine begangene Straftat an. Allerdings seien die Aktion und ihre Beweggründe nicht verwerflich. Aufgrund politischer Sympathien belohnte die Richterin die Täter einer von ihr selbst anerkannten Straftat also mit einem Freispruch.

Dammbruch in der Justiz?

Das Urteil ist bemerkenswert - und vor allem gefährlich für den Rechtsstaat. Denn es legt einen weiteren Grundstein für politisierte Justiz. Es ist nicht die Aufgabe von Richtern, politische Motive als gut oder schlecht zu bewerten - trotzdem ist es nicht das erste Mal, daß das so passiert.

Beim Prozeß gegen die inzwischen verurteilte Linksterroristin Lina E. bekundete der Richter ebenfalls Sympathien für die Beweggründe der Angeklagten. Auch nur der Verdacht, daß Richter und Gerichte politische Schlagseite haben könnten, untergräbt Vertrauen in die Justiz - und ein solches Urteil wie der Freispruch der Klimaaktivisten sabotiert es geradezu.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.12.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x363/79) = Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30, Seite 79.

x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
------	--

Internet

x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x1.253	https://www.kla.tv - April 2023
x1.277	https://www.mopo.de/news/politik-wirtschaft/kungelei-familienbande-rund-um-habecks-ministerium/ - April 2023
x1.281	https://dirkspaniel.de/2023/04/08/gruene-familienbanden-rund-um-habecks-ministerium/ - April 2023
x1.311	https://www.kla.tv - Juni 2023
x1.315	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/06/06/hinter-der-klima-agenda-der-grunen-stehen-die-profitinteressen-der-globalen-finanzindustrie/ - Juni 2023
x1.328	https://apollo-news.net/ - Oktober 2023
x1.387	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Juli 2024